

(A) **Beginn: 10.02 Uhr**

Präsident Ulrich Schmidt: Meine Damen und Herren! Ich heiÙe Sie alle zu unserer heutigen, der 47. Sitzung des Landtags Nordrhein-Westfalen in dieser Wahlperiode herzlich willkommen. Mein Gruß gilt besonders unseren Gästen auf der Zuschauertribüne und den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Medien. Herzlich willkommen!

Für die heutige Sitzung haben sich sechs Abgeordnete **entschuldigt**; ihre Namen werden in das Protokoll aufgenommen.

Meine Damen und Herren, wir treten in die **Tagesordnung** der heutigen Sitzung ein. Ich rufe auf:

1 **Nachwahl einer Schriftführerin des Landtags**

Wahlvorschlag
der Fraktion der FDP
Drucksache 13/1888

Eine Debatte zu diesem Tagesordnungspunkt ist nicht vorgesehen. Wir kommen deshalb sofort zur **Abstimmung** über den **Wahlvorschlag Drucksache 13/1888**. Wer dafür ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Wer ist dagegen? - Stimmenthaltungen? - Bei einer Stimmenthaltung ist dieser Wahlvorschlag **angenommen** und Frau Capune-Kitka als Schriftführerin gewählt. Ich gratuliere zu dieser Wahl und hoffe auf eine gute Zusammenarbeit im Präsidium.

(Allgemeiner Beifall)

Wir kommen dann zum Tagesordnungspunkt

2 **Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2002 (Haushaltsgesetz 2002) und Gesetz zur Änderung und Aufhebung haushaltswirksamer Landesgesetze (Haushaltsbegleitgesetz 2002) und Gesetz zur Überleitung von Lehrkräften mit den Befähigungen für die Lehrämter für die Sekundarstufen I und II an Gymnasien und Gesamtschulen in die Besoldungsgruppe A 13 (höherer Dienst)**

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 13/1400

Erste Ergänzung
der Landesregierung
Drucksache 13/1700

Zweite Ergänzung
der Landesregierung
Drucksache 13/1790

Beschlussempfehlungen und Berichte
des Haushalts- und Finanzausschusses
zur zweiten Lesung
Drucksachen 13/1800 bis 13/1816

Beschlussempfehlung und Bericht
des Haushalts- und Finanzausschusses
zur dritten Lesung
Drucksache 13/1900

dritte Lesung

In Verbindung damit:

Mittelfristige Finanzplanung des Landes Nordrhein-Westfalen für die Jahre 2001 bis 2005

Unterrichtung
durch die Landesregierung
- zur Beratung -
Drucksache 13/1401

Beschlussempfehlung und Bericht
des Haushalts- und Finanzausschusses
Drucksache 13/1901

Und:

Gesetz zur Regelung der Zuweisungen des Landes Nordrhein-Westfalen an die Gemeinden und Gemeindeverbände im Haushaltsjahr 2002 und zur Regelung des interkommunalen Ausgleichs der finanziellen Beteiligung der Gemeinden am Solidarbeitrag zur Deutschen Einheit im Haushaltsjahr 2002

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 13/1402

Erste Ergänzung
der Landesregierung
Drucksache 13/1700

Zweite Ergänzung
der Landesregierung
Drucksache 13/1790

(C)

(D)

(Präsident Ulrich Schmidt)

- (A) **Beschlussempfehlung und Bericht des Haushalts- und Finanzausschusses zur zweiten Lesung**
Drucksache 13/1817
- Beschlussempfehlung und Bericht des Haushalts- und Finanzausschusses zur dritten Lesung**
Drucksache 13/1902
- dritte Lesung
- Meine Damen und Herren, außerdem liegen Ihnen nachfolgende **acht Entschließungsanträge** vor, über die wir erst nach der Verabschiedung des Haushaltsgesetzes 2002 abstimmen werden. Es sind im Einzelnen:
- Drucksache 13/2094** der FDP-Fraktion: "Abitur nach 12 Jahren" in NRW generell einführen
- Drucksache 13/2095** der CDU-Fraktion: Abitur nach 12 Jahren in NRW einführen
- Drucksache 13/2096** der CDU-Fraktion: "Rettet die Kommunen" - Erhöhung der Gewerbesteuerumlage zurücknehmen
- (B) **Drucksache 13/2097** der Fraktionen SPD und Bündnis 90/Die Grünen: PISA benennt Defizite an deutschen Schulen
- Drucksache 13/2098** der Fraktionen von SPD, CDU, FDP und Grünen: Integrationsoffensive
- Drucksache 13/2110** der Fraktionen SPD und Bündnis 90/Die Grünen: Die Konsolidierung des Haushalts konsequent fortsetzen - Einnahmeorientierte Personalstellen besonders würdigen
- Drucksache 13/2111** der FDP-Fraktion: Haushaltspolitische Wende
- Drucksache 13/2112** der Fraktionen SPD und Bündnis 90/Die Grünen: Kommunale Selbstverwaltung stärken - für eine umfassende Gemeindefinanzierungsreform.
- Eine Übersicht über diese Entschließungsanträge mit den dazugehörigen Anträgen habe ich Ihnen als Tischvorlage vorgelegt.
- Ich eröffne dann zu diesem Gesamtkomplex die Beratung und erteile das Wort dem Oppositionsführer Herrn Dr. Rüttgers, CDU-Fraktion.
- (Jürgen W. Möllemann [FDP]: Dem "Oppositionsführer der CDU-Fraktion" müssten Sie richtigerweise sagen! - Edgar Moron [SPD]: Was hat der denn gesagt? - Weitere Zurufe - Glocke)
- Dr. Jürgen Rüttgers** (CDU) (von Beifall begleitet): Herr Präsident! Werte Kolleginnen und Kollegen! Nur kein Neid, Herr Moron!
- (Heiterkeit und Beifall bei der CDU)
- Wir beraten heute den Haushalt für das Jahr 2002. In wenigen Tagen geht das Jahr 2001 zu Ende.
- (Marc Jan Eumann [SPD]: Alles richtig, was Sie sagen! - Beifall bei der SPD)
- Es war für unser Land ein schwieriges, ja in mancher Hinsicht schweres Jahr. Die Terroranschläge vom 11. September haben nicht nur unsere Freunde in den Vereinigten Staaten von Amerika getroffen, sondern sie haben auch uns getroffen.
- (D) Wir haben unsere Bundeswehr in diesem Jahr zu Einsätzen auf den Balkan geschickt. In wenigen Tagen verlassen Soldaten auch aus Nordrhein-Westfalen unser Land, um im Ausland beim Kampf gegen den internationalen Terrorismus zu helfen. Ich werde morgen einen Teil dieser Soldaten beim ABC-Abwehrbataillon VII in Höxter besuchen und bin sicher, ihnen sagen zu können, dass die Mitglieder des Landtages bei diesem schwierigen Einsatz hinter ihnen stehen.
- (Allgemeiner Beifall)
- Ich werde auch das Friedensdorf in Oberhausen besuchen. Dort sind am letzten Sonntag 30 schwer verletzte Kinder aus Afghanistan angekommen - Kinder, die bei uns ärztlich betreut werden, Kinder, die hoffentlich bald wieder gesund sind.
- Ich empfinde das als ein Zeichen dafür, dass wir in Deutschland keinen Kampf der Kulturen wol-

(Dr. Jürgen Rüttgers [CDU])

- (A) len - wie Bin Laden und die Terroristen von Al Qaida -, sondern ein friedliches Miteinander aller Kulturen nicht nur überall auf der Welt, sondern auch in unserem Land anstreben.

(Beifall bei CDU und FDP und von Edgar Moron [SPD])

Verehrte Damen und Herren, die CDU im Westen ist mit dem zu Ende gehenden Jahr sehr zufrieden. Vieles von dem, was wir wollten, konnten wir auch durchsetzen - teilweise in schwierigen Verhandlungen mit den anderen Fraktionen. Ich bin froh, dass es uns gelungen ist, hier im Landtag ein gemeinsames Integrationskonzept zu verabschieden. Ich hoffe, dass dies schlussendlich auch in Berlin gelingt.

Ich bin froh, dass wir den Tierschutz in die Landesverfassung aufgenommen haben. Die Neuordnung der WestLB ist auf einem guten Weg. Wir sind stolz darauf, dass wir mit dem Petersberger Modell ein Konzept für ein neues Bildungssystem in Nordrhein-Westfalen erarbeitet haben, damit alle Kinder in unserem Land wieder Zukunftschancen bekommen.

- (B) Wir sind stolz darauf, dass wir mit unseren Leitsätzen für die Erneuerung der Sozialen Marktwirtschaft über ein Konzept verfügen, wie wir das Land aus der Rezession führen. Die CDU im Westen, meine Damen und Herren, hat sich erneuert, und wir sind optimistisch und richtig gut gelaunt am Ende dieses Jahres.

(Beifall bei der CDU)

Das kann man übrigens nach dem letzten Wochenende von der Landesregierung und der rot-grünen Koalition wahrlich nicht behaupten. Wenn ich da eine Bilanz aus der Opposition ziehen muss, dann fallen mir folgende Begriffe ein: ausgelagt, abgewirtschaftet, alt und verbraucht. So wirkt zumindest die Landesregierung am Ende dieses Jahres.

(Beifall bei der CDU)

Ein Bildungssystem, das noch nicht einmal mitteleuropäischen Maßstäben genügt, ein Finanzminister, der die Fäden selbst nach Auffassung seiner eigenen Fraktion nicht mehr in der Hand hat, eine Landesregierung, die nicht mehr weiß, wie sie die Rezession bekämpfen soll, gleichsam ein Clement-Schock in der Bildungspolitik, das Clement-Elend in der Sozialpolitik und den Clement-Ab-

schwung in der Wirtschaftspolitik, meine Damen und Herren! (C)

(Beifall bei der CDU)

Wenn die Berichte über den Parteitag der SPD am letzten Wochenende stimmen, merkt das inzwischen sogar die SPD. All das zeigt: Dieses Land braucht eine andere Politik.

(Beifall bei der CDU - Jürgen W. Möllemann [FDP]: Ja!)

Herr Schartau, ich will die Gelegenheit nutzen, Ihnen zu Ihrem Wahlergebnis am Wochenende zu gratulieren. Sie wissen ja, so gut wird das nie mehr.

(Zuruf von der SPD: Er spricht aus Erfahrung! - Allgemeine Heiterkeit)

Nun habe ich gelesen, dass Sie zwei Ziele anstreben. Sie haben in Ihrer Rede gesagt, Sie wollten die soziale Gerechtigkeit wieder zum Thema der SPD machen. Sie ist es also zurzeit anscheinend nicht.

(Beifall bei der CDU)

Aber vielleicht erklären Sie uns einmal, ob Sie es für sozial halten, wenn in diesem Haushalt die Mittel für die Arbeitsmarktpolitik um 55 Millionen Euro gestrichen werden, ohne dass Sie etwas für die Ausweitung der Beschäftigung tun. Ich finde das unfair und ungerecht. (D)

(Beifall bei der CDU)

Sie kürzen die Mittel für die Stiftung Wohlfahrtspflege zugunsten alter und behinderter Menschen fast um die Hälfte - auf nur noch 15 Millionen Euro. Ich frage Sie: Ist das sozial? - Ich finde das unfair und ungerecht.

(Beifall bei der CDU)

Sie lassen die alten Menschen im Land im Stich. Sie kürzen die Mittel für die Alten- und Pflegeheime, obwohl dort ein Investitionsstau von rund 5 Milliarden Euro besteht. Sie kürzen die Ausbildungsplätze für Altenpfleger von 15.000 Mitte der 90er-Jahre auf jetzt rund 11.000 Stellen.

Bei den Landschaftsverbänden, die das verwalten, wird inzwischen angesichts der Wartelisten für Pflegeheime sowie der fehlenden Mittel für die Renovierung und den Neubau von Altenpflegeplätzen wieder davon gesprochen, ob man vielleicht Vier-Bett-Zimmer für die alten Menschen

(Dr. Jürgen Rüttgers [CDU])

- (A) wieder einrichten müsse. Finden Sie das sozial? - Wir finden das unfair und ungerecht.

(Beifall bei der CDU)

9,6 % weniger für das Ministerium für Arbeit und Soziales - das ist der größte Sozialabbau, den NRW je erlebt hat. Sie, Herr Schartau, tragen dafür die Verantwortung.

(Beifall bei der CDU)

Dann haben Sie verkündet, Sie wollten die nächsten Kommunalwahlen gewinnen. Na ja. Ich frage Sie: Mit wem denn eigentlich? Mit wem wollen Sie denn antreten gegen z. B. so erfolgreiche Oberbürgermeister wie Oliver Wittke in Gelsenkirchen,

(Widerspruch bei der SPD)

Berthold Tillmann in Münster, Wolfgang Reiniger in Essen, Joachim Erwin in Düsseldorf, Jens Baganz in Mülheim, Eberhard David in Bielefeld, Dieter Pützhofen in Krefeld, Monika Bartsch in Mönchengladbach und all die anderen erfolgreichen Oberbürgermeister, Bürgermeister und Landräte im Land?

(Beifall bei der CDU - Widerspruch bei der SPD)

- (B) Was wollen Sie denn dann eigentlich in dem Wahlkampf den Bürgern sagen? Dass Sie z. B. den Kommunen im kommenden Jahr 700 Millionen DM wegnehmen wollen, dass Sie Ihre eigenen Finanzprobleme hier im Land auf Kosten der Kommunen lösen, dass Rot-Grün die Kommunen ausplündert? Wollen Sie das den Menschen sagen? - Einer solchen kommunalfeindlichen Politik können Menschen überhaupt nicht zustimmen. Deshalb brauchen Sie mit dem Ergebnis gar nicht erst anzutreten. Sie sehen in der Kommunalpolitik verdammt alt aus, sage ich Ihnen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU)

Damit es klar ist: Sie tragen die Verantwortung, wenn die Kommunen nicht investieren, wenn Jugendheime, Erziehungsberatungsstellen, städtische Bibliotheken und andere Einrichtungen geschlossen werden müssen. Wir finden das unfair und ungerecht.

(Beifall bei der CDU)

Nun haben ja, verehrte Damen und Herren, solche Debatten auch ein Stück weit eine gewisse Dra-

maturgie und einen bestimmten Ablauf. Herr Möllemann kennt das, er lacht und freut sich auch. Deshalb ist es nicht so schwierig - vor allen Dingen, wenn man die erste und zweite Lesung mitbekommen hat - zu erraten, was der wertere politische Gegner antworten wird, wenn man hier geredet hat. (C)

Gleich werden der Finanzminister oder der Ministerpräsident oder Herr Moron ans Mikrofon treten, und wir werden wieder hören: Die Opposition redet das Land schlecht. Dann kommt als Nächster: Die Opposition hat keine Alternativen.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Dann kommt: Natürlich haben wir bei der Landesregierung Schwierigkeiten, aber Schuld für die internationale Lage, die amerikanische Wirtschaft oder gar den 11. September haben wir natürlich nicht. Auf jeden Fall ist die Richtung insgesamt, sagt die Landesregierung oder die SPD, auf einem guten Weg.

Erstens. Sehen wir uns den Bereich Alternativen einmal an. Die CDU hat in diesen Haushaltsplanberatungen 102 Anträge vorgelegt.

(Rüdiger Sagel [GRÜNE]: Keine Zahlen!)

Jede beantragte Mehrausgabe haben wir bei diesen Anträgen durch Einsparungen gedeckt. Alle diese Anträge haben Sie abgelehnt, die Mehrausgaben wie die Sparvorschläge. (D)

(Rüdiger Sagel [GRÜNE]: Das ist nicht wahr!)

Wer allerdings alle Anträge ablehnt, hat kein Recht, sich hier hinzustellen und zu sagen, die anderen hätten keine Alternativen. Das ist die Wahrheit solcher Haushaltsplanberatungen.

(Lebhafter Beifall bei CDU und FDP)

Zweitens. Wie ist das mit dem Sparen? Ich finde zumindest, wer gegen Ihre unfairen und ungerechten Kürzungen ist, ist noch lange nicht gegen das Sparen. Denn statt bei sich selbst zu sparen, sparen Sie bei den Armen, bei den Alten, bei den jungen Leuten und bei den Behinderten im Land. So lange diese Regierung noch Geld hat, zwei neue Ministerien in Düsseldorf zu bauen, so lange werden wir uns gegen diese unfairen Kürzungsvorschläge wehren.

(Beifall bei der CDU)

(Dr. Jürgen Rüttgers [CDU])

- (A) Drittens. Wer die Regierung Clement kritisiert, redet noch lange nicht das Land schlecht. Wir reden dieses Land nicht schlecht. Aber wahr ist: Sie regieren dieses Land schlecht und das muss geändert werden.

(Lebhafter Beifall bei CDU und FDP)

Viertens. Seit über einem Jahr habe ich bei unseren Debatten im Landtag immer wieder darauf hingewiesen, dass Nordrhein-Westfalen in eine wirtschaftliche Krise gerät. Die Konjunktur bricht ein, die Steuereinnahmen sinken, die Schuldenlast steigt, die Arbeitslosenzahlen steigen immer weiter - halt der alte Kreislauf sozialdemokratischer Wirtschaftspolitik.

Noch am 13. November - man höre und staune - hat der Ministerpräsident in der "Berliner Zeitung" gesagt:

"Aber dennoch lasse ich mich nicht in eine Rezession hineinreden. Wir sind in einer Phase viel zu schwachen Wachstums, aber nicht in einer Rezession."

(Rüdiger Sagel [GRÜNE]: Wann fängt denn bei Ihnen eine Rezession an?)

- (B) Herr Ministerpräsident, soll ich Ihnen mal sagen, wie das klingt?

(Ministerpräsident Wolfgang Clement: Bitte, Herr Rüttgers!)

Wenn die Rezession nicht wäre, hätten wir in Nordrhein-Westfalen glatt Aufschwung. Das ist genau die Botschaft, die Sie versuchen zu verbreiten. Trotz Ihrer Weigerung: Die Rezession ist da. Mit Schönfärberei wurde noch nie etwas besser. Statt zu handeln, haben Sie die Augen vor der Wirklichkeit verschlossen, und die Menschen im Land müssen jetzt unter Ihrer Wirklichkeitsverweigerung leiden. Das ist die Wahrheit.

(Beifall bei der CDU)

777.000 Arbeitslose hatten wir in Nordrhein-Westfalen am Ende des letzten Monats. In diesem Winter werden es wohl deutlich über 850.000 Menschen ohne Arbeit werden.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Menschen, die arbeitslos sind, sind Menschen, die Weihnachten traurig zu Hause sitzen und Angst vor dem neuen Jahr haben. Es sind etwa Menschen, die Angst haben, ihren Kindern keine

Schulcomputer kaufen zu können, obwohl das heute von den Lehrern fast vorausgesetzt wird. Es sind ältere Menschen, die Angst haben, nie mehr in ihrem Leben eine Stelle zu finden. Es sind 86.300 junge Menschen, 12.847 mehr als vor einem Jahr - eine Steigerung von 17,5 % -, die am Anfang ihres selbstständigen Lebens von dieser Gesellschaft das Signal bekommen: Ihr werdet nicht gebraucht.

Herr Clement, ich sage nicht, dass Sie für diese schlimme Lage alleine verantwortlich sind.

(Ministerpräsident Wolfgang Clement: Da bin ich schon mal dankbar!)

Aber ich werfe Ihnen vor, dass Sie vor und nach der Wahl die Menschen über die tatsächliche Lage getäuscht haben. Sie wollten die Jugendarbeitslosigkeit besiegen, die Zahl der Arbeitslosen halbieren, die Modernisierung des Landes vorantreiben, Spitzenreiter in Deutschland und Europa werden, auch in Konkurrenz zu den USA, wie es in der "WAZ" nachzulesen war. Nichts davon ist eingetreten. Sie haben vom Jobwunder geredet, doch statt Jobs haben Sie Flops produziert, statt neuer Arbeit gibt es neue Arbeitslosigkeit und statt neuer Firmen gibt es neue Pleiten. Das ist die Wirklichkeit im Land vor dem Hintergrund Ihrer Politik.

(Beifall bei CDU und FDP)

Sie haben sich immer mit Ihrer Gründungsoffensive gebrüstet.

(Rüdiger Sagel [GRÜNE]: Zu Recht! Sie schafft Arbeitsplätze!)

Die Wahrheit ist aber, dass seit Ihrem Amtsantritt die Zahl der Gewerbeanzeigen von Jahr zu Jahr abnimmt.

(Rüdiger Sagel [GRÜNE]: Das Gegenteil ist der Fall!)

Von 136.272 im Jahre 1998 auf 127.556 im Jahre 2000, und im ersten Halbjahr 2001 noch einmal ein Verlust von rund 4 % gegenüber dem ersten Halbjahr 2000. Das sagt übrigens Ihr Statistisches Landesamt. Man muss sich schon sehr weit von der Wirklichkeit entfernt haben, wenn man die offiziellen Daten nicht mehr zur Kenntnis nimmt.

(Rüdiger Sagel [GRÜNE]: Sie sind doch weltfremd!)

(C)

(D)

(Dr. Jürgen Rüttgers [CDU])

- (A) 1,75 Millionen Euro stehen für die so genannte Gründungsoffensive in diesem Jahr zur Verfügung. Davon werden - man höre und staune - 100.000 Euro für Gutachten genommen, 600.000 Euro für Agenturen, 950.000 Euro für Veröffentlichungen. Bei der Mittelstandsoffensive werden 740.000 Euro für Geschäftsbesorger und 860.000 Euro für Veröffentlichungen ausgegeben - und kein einziger Euro für die Gründung eines neuen Unternehmens. Statt Gründungsoffensive PR-Aktionen, statt Mittelstandsoffensive Broschüren. Das ist die Wirklichkeit der Regierung Clement im Jahre 2001!

(Beifall bei der CDU)

Wenn man sich die Begriffe anhört - Gründungs-offensive, Mittelstandsoffensive, Infrastrukturoffensive, Baugipfel, City-Offensive -: Je weniger Sie tun, desto martialischer werden die Titel Ihrer Programme, mit denen Sie versuchen, Ihre Untätigkeit zu verschleiern, Herr Clement.

(Beifall bei der CDU)

Die Arbeitslosigkeit in Deutschland steigt. Dass wir in diesem Jahr einen neuen Rekord an Pleiten, vor allem im Mittelstand, haben, dass die Arbeitskosten steigen, dass Deutschland im Hinblick auf fast alle wirtschaftlichen Daten Schlusslicht in der Europäischen Union ist und NRW im Vergleich zu den westdeutschen Flächenländern am Tabellenende steht - alles das ist hausgemacht. Denn alle diese Bundesländer und alle diese europäischen Länder haben die gleichen weltwirtschaftlichen Rahmenbedingungen, haben die gleichen Probleme mit der amerikanischen Konjunktur und mit der Rezession in anderen Regionen der Welt.

- (B) Deshalb sage ich: Die Tatsachen, die dazu führen, dass wir hinten stehen, dass wir nicht vorne stehen, wo wir eigentlich aufgrund unserer Kraft stehen müssten, haben alle zwei Namen, nämlich in Berlin Gerhard Schröder und in Düsseldorf Wolfgang Clement.

(Beifall bei der CDU)

Der Präsident der Landesvereinigung der Arbeitgeberverbände in NRW, Jochen Kirchhoff, ein Mann, der in allen politischen Lagern hohes Ansehen genießt, hat in diesen Tagen die wirtschaftliche Situation in unserem Land wie folgt beschrieben - Zitat -:

"In den 90er-Jahren erreichte NRW nur etwa drei Viertel des Durchschnittswachstums. Auch

im Jahre 2001 müssen wir für NRW einen Wachstumsrückgang feststellen. Bundesweit ist mit einem mageren Zuwachs von 0,6 % zu rechnen. NRW wird voraussichtlich nur ein Plus von 0,4 % machen."

(C)

Jochen Kirchhoff fährt fort:

"Die Arbeitsmarktsituation in NRW ist absolut unbefriedigend. Die Arbeitslosenzahl von November war um 5,9 % höher als vor einem Jahr. Die Kurzarbeit hat sich verdoppelt. Die Arbeitslosenquote ist überdurchschnittlich hoch, vor allem im Ruhrgebiet."

Für 2002 sagt er:

"Anzeichen einer baldigen Erholung fehlen. Die Stimmung in den Unternehmen ist überwiegend negativ. Der Auftragseingang in der Wirtschaft ist seit Monaten rückläufig. Das Gleiche gilt für die Produktion."

Herr Ministerpräsident, ich zitiere das, damit Sie aufhören, sich und den Menschen etwas vorzumachen. Ich sage dies vor allen Dingen, damit Sie endlich etwas tun. Wir bitten Sie: Tun Sie endlich etwas gegen die Rezession und tun Sie etwas dagegen, dass wir anscheinend mit sehenden Augen, aber untätig immer schlimmer in eine wirtschaftliche Situation hineinlaufen, die dazu führt, dass die Menschen leiden, weil die Arbeitslosigkeit steigt! Tun Sie endlich was in diesem Land für die Menschen und die Arbeitslosen!

(D)

(Beifall bei CDU und FDP)

Wer sich den Haushalt ansieht, stellt fest: Von diesem Haushalt geht in dieser Hinsicht gar nichts aus: kein Wachstumsimpuls, kein Investitionsschub, kein wirtschaftlicher Neuanfang!

Wenn man sich fragt, wer da denn etwas unternehmen kann, und wenn man guckt, was eigentlich der Bundeswirtschaftsminister macht, stellt man fest, dass von dem seit Wochen nichts mehr zu hören ist. Man fragt sich, wofür der eigentlich sein Geld noch bekommt.

(Zurufe von den GRÜNEN)

Der Landwirtschaftsminister hat offensichtlich nichts zu sagen, sonst wären die Fördermittel, die insbesondere für den Mittelstand gedacht sind, nicht von 1997 bis heute von 720 Millionen DM auf gerade noch 193 Millionen Euro gekürzt worden.

(Dr. Jürgen Rüttgers [CDU])

(A) Dann denkt man, wenn man noch ein bisschen Gespür für Geschichte hat, und wünscht sich inbrünstig, dass es in einer solchen Situation so jemanden wie Ludwig Erhard oder Karl Schiller geben müsste, die kommen und den Menschen Hoffnung geben. Sie dagegen tun gar nichts und lassen die Karre gegen die Wand fahren. Deshalb lege ich Ihnen ein Fünf-Punkte-Programm zur Ankurbelung der Wirtschaft vor:

Erstens. Steuererhöhungen mitten in der Rezession sind grundfalsch. Wenn Sie schon die Steuerreform nicht vorziehen wollen, dann ergreifen Sie wenigstens in Berlin eine Initiative! Die angekündigten Erhöhungen bei der Öko-, der Tabak- und der Versicherungssteuer müssen zurückgenommen werden, um die Nachfrage zu stärken. Statt "Rauchen für Renten": "Kaufen für die Konjunktur" - das würde einen Impuls geben.

(Beifall bei CDU und FDP)

Zweitens. Nordrhein-Westfalen hat einen Investitionsstau von mehr als 15 Milliarden Euro:

(Ewald Groth [GRÜNE]: Das ist Steuerharkiri!)

(B) 5 Milliarden Euro bei den Schulen und 5 Milliarden Euro bei den Alten- und Pflegeheimen, 2,5 Milliarden Euro bei den Hochschulen, 2 Milliarden bei den Krankenhäusern und 1 Milliarde bei den Landstraßen. In dieser Situation fährt die Landesregierung, fährt Rot-Grün die Investitionsquote im Landeshaushalt auf 9,3 % zurück. Sie lag einmal bei 26 %. Nach der mittelfristigen Finanzplanung soll sie weiter heruntergehen.

Herr Clement, Ihr groß angekündigtes Investitionsprogramm von 900 Millionen DM bezeichnen das Bauhandwerk - Sie wissen das auch - und die Bauindustrie als Mogelpackung, weil Sie keine einzige frische Mark in die Hand nehmen.

Deshalb schlagen wir Ihnen vor: Zur Bekämpfung des Investitionsstaus beschließt der Landtag ein Investitionsprogramm von einer Milliarde DM in den kommenden Jahren. Die CDU hat entsprechende Anträge und auch die Finanzierungsmöglichkeiten vorgelegt.

(Zuruf von Edith Müller [GRÜNE])

Wer will, dass die Wirtschaft in NRW wieder ans Laufen kommt, der stimmt diesen Anträgen zu, Frau Müller. Da nützt auch das Schreien nicht.

Tun Sie etwas, statt nur zu reden! Das ist das, was wir von Ihnen fordern. (C)

(Beifall bei CDU und FDP)

Drittens. Um die Kommunalinvestitionen zu steigern, werden die Zuweisungen an die Kommunen um eine Milliarde DM in den kommenden Jahren aufgestockt. Auch hier haben wir Antrag und Finanzierung vorgelegt.

(Beifall bei der CDU)

Gleichzeitig - so schlagen wir vor - initiiert die Landesregierung in Berlin einen Vorstoß, um die gerade zu Lasten der Kommunen erhöhte Gewerbesteuerumlage wieder von 30 % auf 20 % zurückzuführen. Wer den Kommunen Geld für Investitionen gibt, schafft neue Arbeitsplätze im Mittelstand und er sorgt für mehr Wachstum. Deshalb wäre das eine gute Investition und eine gute Initiative, statt die Kommunen weiter auszuplündern. Das ist das, was wir brauchen: den Wechsel in der Kommunalpolitik.

(Beifall bei der CDU und einzelnen Abgeordneten der FDP)

Viertens. Zur Bekämpfung der Dauerarbeitslosigkeit und zur Bekämpfung der Schwarzarbeit wird das 630-Mark-Gesetz aufgehoben und ein Niedriglohnsektor nach den Plänen des Bündnisses für Arbeit in Berlin geschaffen. (D)

Das ist übrigens eine tolle Sache. Wir haben das im Frühjahr als CDU auf dem Petersberg bei unserer Klausurtagung erarbeitet, beschlossen und vorgestellt. Wir haben nie gesagt, dass das eine Sache ist, die wir originär entwickelt haben. Vielmehr lag das Problem darin, dass Wissenschaftler aus allen Bereichen - vom Max-Planck-Institut in Köln, vom Institut der Deutschen Wirtschaft, von der Benchmarking Group - gesagt haben: Ihr müsst so etwas tun, damit die Schwarzarbeit bekämpft wird und Menschen wieder in legale Arbeit kommen.

Im Landtag haben wir die ersten Debatten geführt. Herr Moron hat in der letzten großen Debatte gesagt: Mit uns nicht! Der Ministerpräsident war vorsichtig. Dann habe ich mit Interesse zur Kenntnis genommen, dass Herr Schartau plötzlich Interviews überall im Land gegeben hat und gesagt hat: Ich will einen solchen Sektor. Dann hat es die ersten Gespräche bei Herrn Riester und mit der SPD-Bundestagsfraktion gegeben. Herr Schartau kam ohne Ergebnis wieder.

(Dr. Jürgen Rüttgers [CDU])

(A) Am Freitag haben wir hier darüber diskutiert, weil wir das eingebracht haben. Das war schon ein tolles Schauspiel. Es ist nicht so richtig wahrgenommen worden, weil es hinter der Aktuellen Stunde und schon etwas spät Freitagmittag war. Es war schon spät.

(Marc Jan Eumann [SPD]: Sie waren wieder nicht da!)

- Ich war hier. Ich habe hier geredet. Herr Eumann, schalten Sie erst das Gehirn ein, und machen Sie dann den Mund auf. Das ist übrigens ein guter Tipp für Ihre weitere Karriere.

(Beifall bei der CDU)

Dann habe ich gedacht, Herr Schartau käme jetzt hier hin und würde sagen: Wir haben da ein gemeinsames nordrhein-westfälisches Interesse; erst kommt das Land und dann die Partei; die Gewerkschaften kommen schon gar nicht als erstes; ich kämpfe jetzt mit euch in Berlin dafür, um das zu machen.

Stattdessen haben wir von Rednern der SPD und von den Grünen gehört, das sei alles höchst bedenklich.

(B) Ich habe aber seitdem wieder die Zeitung gelesen. Ich habe gelesen, was auf dem Landesparteitag der SPD zu hören war. Ich war erstaunt. Der Ministerpräsident, der plötzlich für den leider verhinderten Parteivorsitzenden die Eröffnungsrede halten musste, hat gesagt, er begrüße, dass Herr Schartau diese tolle Idee gehabt habe.

(Ministerpräsident Wolfgang Clement: Sie haben Zeitung gelesen?)

- Nicht nur die Zeitung! Ich habe es sogar nachgelesen, weil ich immer gerne weiß, was Sie sagen. Dann weiß ich meistens, was falsch ist. Genauso ist das.

(Beifall bei der CDU)

Dann haben Sie gesagt, Herr Schartau sei jetzt derjenige ---

Mir ist egal, wer damit angefangen hat. Hauptsache ist, wir kommen im Interesse der Menschen zu einer Lösung.

Frau Löhrmann, gestern und heute habe ich in der Zeitung gelesen, dass Grüne in Berlin sagen: Wir wollen das durchsetzen! Wir halten das für vernünftig.

(C) Darüber hinaus lese ich wiederum in der Zeitung, dass der stellvertretende Fraktionsvorsitzende der SPD im Deutschen Bundestag, Thönnies, sagt: Auf keinen Fall! Das ist mit uns nicht zu machen.

Heute Morgen höre ich auf der Fahrt zu dieser Debatte vom Deutschen Gewerkschaftsbund, von der Dame mit den großen Ohrhängern: Nicht mit uns! Nur über unsere Leichen!

Wann wollen Sie denn endlich etwas gegen die Arbeitslosigkeit tun? Wenn Sie der Auffassung sind, dass das richtig ist, dann lassen Sie uns das doch beschließen. Machen Sie doch nicht nur Gutachten in einer solchen Fragen!

(Beifall bei der CDU)

Fünftens. Die Landesregierung legt ein Sonderprogramm zur Förderung von Wirtschaft und Forschung auf. Damit soll jungen Hightech-Firmen in der Startphase geholfen werden. Vor allem die Biotechnologie im Land wird besser gefördert, damit sie nicht ins Hintertreffen gerät.

(Ministerpräsident Wolfgang Clement: Das muss man sich mal vorstellen!)

(D) - Herr Ministerpräsident, ich wäre etwas vorsichtiger mit solchen Sachen. Sie waren doch gerade in Schweden. Da hat man Ihnen ein Gutachten vorgelegt. Da ist niemand auf die Idee gekommen, dass wir in Nordrhein-Westfalen - etwa im Vergleich zu München oder Heidelberg - noch an der Spitze liegen. Im nächsten Frühjahr läuft die Förderung des Bioregio-Wettbewerbs aus. Sie haben noch kein Konzept, wie wir das auffangen können. Wir schmieren wieder ab, weil Sie irgendwelchen Sachen hinterherlaufen, statt sich zu konzentrieren. Es geht um eine gezielte Förderung. Gehen Sie nicht mit der Gießkanne durch das ganze Land. Tun Sie endlich auch da etwas, damit wir in Nordrhein-Westfalen an der Spitze mitspielen können!

(Beifall bei der CDU)

Stattdessen hat der Ministerpräsident auf dem SPD-Landesparteitag die Arbeitgeber für die jetzige wirtschaftliche Situation verantwortlich gemacht. Er hat sie beschimpft, sie sollten gefälligst keine Leute entlassen.

(Ministerpräsident Wolfgang Clement: Richtig!)

(Dr. Jürgen Rüttgers [CDU])

- (A) - Dann sind Sie wahrscheinlich trotz Ihres Images "Genosse der Bosse" im Kern noch nicht auf der Höhe der Debatte. Ein Arbeitgeber entlässt keine Leute, weil es ihm Spaß macht, sondern weil er nicht genügend Aufträge hat, weil er sie nicht beschäftigen kann

(Beifall bei der CDU)

und weil Sie immer noch nicht den Arbeitsmarkt dereguliert haben, damit er sich im Interesse der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer flexibel anpassen kann. Wir haben ein enges Korsett. Wir haben den am härtesten regulierten Arbeitsmarkt auf der Welt. Nichts haben Sie in dieser Legislaturperiode als Initiative in Berlin oder hier gestartet. Darunter leiden auch die Menschen, die nicht in Arbeit kommen, weil ein Arbeitgeber keine Leute mehr einstellt, weil er Angst hat, darauf sitzen zu bleiben und irgendwann am Arbeitsgericht dazu verdonnert zu werden, hohe Abstandssummen zahlen zu müssen. Das sind die Gründe, warum so wenig Leute vom Arbeitsamt in die Arbeit geschickt werden.

(Beifall bei der CDU)

- (B) Schlimm finde ich es vor allen Dingen, wenn man andere beschimpft und gleichzeitig in seiner Rede sagt: Wir können leider nichts tun; alles ist ganz schwierig. Schlimm finde ich es, wenn man selbst unfähig ist, die Rahmenbedingungen für die Wirtschaft zu verbessern. Dann darf man sich nicht wundern, wenn in NRW statt Optimismus Pessimismus herrscht, statt Aufbruchstimmung Depression, statt Fortschritt Stillstand. De Quintessenz der Analyse lautet: Die Landesregierung ist wirtschaftspolitisch handlungsunfähig.

Herr Ministerpräsident, wer nicht mehr in der Lage ist, für Wachstum und Beschäftigung zu sorgen, hat seinen Job verfehlt und sollte abtreten.

(Beifall bei der CDU)

Den gleichen Versuch, vom eigenen Versagen abzulenken, indem man andere beschimpft, haben wir in der vorigen Woche auch im Bildungsbereich erlebt.

(Ernst-Martin Walsken [SPD]: Das machen Sie auch!)

- Herr Walsken, dass Sie nicht der Hellste sind, ist wirklich eine allseits und landesweit bekannte Tatsache. Sie haben einfach nicht verstanden,

dass Sie die Verantwortung tragen, weil Sie die Regierung stellen. Sie können sich nicht hier hinstellen und sagen, die Opposition sei schuld. Nehmen Sie Ihre Verantwortung wahr. Wir nehmen unsere Verantwortung schon wahr. Darauf können Sie sich verlassen. (C)

(Beifall bei der CDU)

Was Sie machen, ist doch genau das alte System: Wenn man nicht mehr weiter weiß, fängt man an, um sich zu schlagen und beschimpft andere. Das ist genau das, was Sie machen.

(Lachen und Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Ich schlage hier nicht um mich, sondern ich halte Ihnen den Spiegel vor. Das tut Ihnen weh. Das weiß ich genau.

(Beifall bei der CDU - Zurufe von der SPD)

Wirklichkeit ist das, was Sie nicht mehr wahrnehmen.

Wenn man sich einer Wahl gestellt hat, wenn man Mitglied eines Parlaments oder einer Regierung ist, kann man sich dieser Verantwortung nicht dadurch entziehen, dass man die Menschen im Land für die Fehler der Politik verantwortlich macht wie etwa der Ministerpräsident gegenüber den Arbeitgebern oder Frau Behler gegenüber den Lehrern, weil diese Regierung auch in der Bildungspolitik gescheitert ist. (D)

(Beifall bei der CDU)

Das hat alles etwas damit zu tun, dass das notwendige Vertrauensverhältnis, das zwischen der Bevölkerung und der Politik bestehen muss, konkret im Bereich der Bildungspolitik zur Kultusministerin, zwischen den Schulen und der Kultusministerin, nachhaltig gestört ist. 7.000 Lehrerinnen und Lehrer der GEW - soll ich es noch einmal wiederholen?: GEW -, nicht irgendein rechter Club, nicht irgendwelche Leute, die schon immer gegen die SPD und die SPD-Bildungspolitik waren, sondern eigentlich die Speerspitze Ihrer Bildungspolitik, haben gegen die Schulpolitik in Düsseldorf demonstriert.

Frau Speth, wie war das denn mit Ihrem Brief von 1999? Sie wollten ja noch nicht einmal wissen, wie die Ergebnisse sind und haben die Kultusministerkonferenz davor gewarnt, irgendwelche Gutachten in Auftrag zu geben, auf keinen Fall! Wir

(Dr. Jürgen Rüttgers [CDU])

- (A) machen die Augen zu, damit wir in unserer ideologischen Schulpolitik nicht gestört werden! - Das war die Politik, für die Sie waren.

(Beifall bei der CDU und einzelnen Abgeordneten der FDP)

Wenn 7.000 Lehrerinnen und Lehrer der GEW hier in Düsseldorf gegen die Schulpolitik demonstrieren, wenn Frau Behler als Kultusministerin aus der Lehrgewerkschaft austritt, um Mitglied in der IG Metall - man höre und staune! - zu werden,

(Heiterkeit bei der CDU)

wenn bei dem Modellversuch "Selbstständige Schule" Lehrerkollegien und Schulkonferenzen reihenweise ihre Beteiligung mit der Begründung verweigern, dass sie nicht mehr dem trauen, was aus dem Kultusministerium an Rahmenbedingungen vorgegeben wird, wenn PISA zeigt, dass Deutschland im internationalen Vergleich nicht einmal mehr Mittelmaß ist,

(Ministerpräsident Wolfgang Clement: Daran waren Sie schuld!)

- (B) wenn der Regierungschef der Kultusministerin das Misstrauen ausdrückt, indem er sich hier hinstellt und sagt: "Diese Ergebnisse sind für mich ein Schock", dann ist klar, meine Damen und Herren, dass die ideologische Schulpolitik der letzten 30 Jahre vollends gescheitert ist.

(Beifall bei der CDU und einzelnen Abgeordneten der FDP)

Nun haben Sie jahrelang ihre verfehlte Schulpolitik immer wieder damit gerechtfertigt, das Sie Bildungsreserven ausschöpfen und Kindern aus sozial schwachen Familien bessere Ausbildungsmöglichkeiten geben wollten. Damit wir uns richtig verstehen: Ich teile beide Ziele. Wir haben in Deutschland nicht zu viele, sondern zu wenige Akademiker. In den kommenden zehn Jahren werden jährlich rund 20.000 Akademiker fehlen.

(Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Dann verstärken Sie doch nicht die Selektionsinstrumente! - Gegenrufe von der CDU)

Wenn, Frau Löhrmann, PISA - Seite 22 - aber feststellt, dass ein Viertel der 15-Jährigen als Risikogruppe eingestuft werden müsse, weil ihre mathematische Grundausbildung nur bedingt für

die erfolgreiche Bewältigung einer Berufsausbildung ausreicht, wenn PISA feststellt, dass nirgendwo auf der Welt die Unterschiede zwischen der mittleren Lesekompetenz von 15-Jährigen aus Familien des oberen und unteren Viertels der Sozialstruktur so groß sind wie in Deutschland - Seite 39 -, wenn PISA feststellt - man höre und staune! -, dass selbst die Vereinigten Staaten, die von Ihnen immer wieder als Beispiel für große soziale Disparitäten in den Bildungschancen angeführt wurden, zwar immer noch beträchtliche, aber signifikant niedrigere sozial bedingte Leistungsunterschiede aufweisen als wir in Deutschland - Seite 40 -, dann zeigt dies: Sie sind mit Ihrer Bildungspolitik nicht nur an unseren, sondern selbst an Ihren eigenen Maßstäben jämmerlich gescheitert.

(Beifall bei der CDU)

Wenn der "Spiegel" feststellt, dass "gesellschaftlicher Aufstieg durch Bildung" und die viel beschworene Chancengleichheit, das Lieblingskind sozialdemokratischer Bildungspolitik, hierzulande offenkundig nicht stattfinden, und dann schreibt: "Das ist die ernüchterndste Erkenntnis aus PISA", dann sage ich: Es ist ein Skandal, wenn man nicht mehr sicher sein kann, dass die Absolventen nordrhein-westfälischer Schulen ausreichend Rechnen, Schreiben und Lesen können.

(Beifall bei der CDU und einzelnen Abgeordneten der FDP)

Jetzt sind wir natürlich bei der Frage: Was tun Sie? Der Ministerpräsident hat gesagt: Wir wollen das Abitur nach 12 Jahren forcieren. Wir haben einen Entschließungsantrag vorgelegt, und wir würden und wollen gern heute darüber abstimmen. Dieses "Forcieren" ist nicht das, was wir uns eigentlich wünschen. Das geht uns eigentlich nicht weit genug. Wir wollen es einführen, nicht nur forcieren. Aber uns interessiert schon, ob Sie von den Koalitionsfraktionen Ihrem Ministerpräsidenten heute in der Abstimmung zustimmen.

Wenn Sie glauben, Sie könnten das mit Ihrem Entschließungsantrag, den schon in der vorigen Woche in der Aktuellen Stunde unterzubringen versuchten, in irgendeiner Form lösen, dann sage ich Ihnen: Dieser Entschließungsantrag ist wiederum ein Dokument der Untätigkeit. Das Aufzählen dessen, was in PISA steht, kann vielleicht nicht schlecht sein, damit Sie es wahrnehmen. Das ist vielleicht ein Beitrag gegen die Wirklichkeitsver-

(Dr. Jürgen Rüttgers [CDU])

(A) drängung. Das Aufzählen dessen, was die Kultusministerkonferenz macht, ist nun wahrlich nicht das, was wir brauchen, um in Deutschland das beste Bildungssystem aller Bundesländer zu bekommen. Das ist allenfalls Mittelmaß, selbst wenn sich alle darauf geeinigt haben, auch wenn sich übrigens die CDU/CSU-Kultusminister darauf geeinigt haben. Die Kultusministerkonferenz ist ein Anschlag auf Exzellenz im Bildungswesen in der Bundesrepublik Deutschland, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU und einzelnen Abgeordneten der FDP)

Dann kommt noch eine Liste dessen, was Sie sowieso alles schon gemacht haben. Das ist Ihre Antwort. Dazu sage ich Ihnen: Genau das reicht nicht. Vor allen Dingen reicht es dann auch nicht, wenn Sie in der Wirklichkeit des Schulalltags genau etwas anderes tun.

Die Bezirksregierung Köln hat am 19. Oktober Folgendes an die Schulleitungen geschrieben:

(B) "Aufgrund des für das Jahr 2002 vorgesehenen Stellenabbaues reduzieren sich die Einstellungsmöglichkeiten in den Schulformen Grundschule und Gymnasium zum 02.09.2002 erheblich. Ich bitte deshalb, bei Ihren Planungen zu Schuljahresbeginn zu berücksichtigen, dass Berufsaustritte voraussichtlich nicht in vollem Umfang durch Neueinstellungen ausgeglichen werden können."

Das ist die traurige Wirklichkeit im Lande. Lehrer, die pensioniert werden, ersetzen Sie nicht einmal durch neue. Unter anderem deshalb haben wir ein so schlechtes Schulsystem: weil wir zuwenig Lehrerinnen und Lehrer haben und Unterricht massenweise ausfällt. Nur Unterricht, der nicht ausfällt, hat die Chance, Kindern etwas zu vermitteln, nicht der Unterricht, der ausfällt, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU und einzelnen Abgeordneten der FDP)

Die CDU hat in diesem Jahr ein neues Bildungsprogramm erarbeitet, nämlich das Petersberger Modell. Im Kampf gegen die Not in unserem Bildungssystem schlagen wir Ihnen Folgendes vor:

Erstens. In den kommenden fünf Jahren werden 8.600 neue Lehrerinnen und Lehrer zur Bekämpfung

des massenhaften Unterrichtsausfalls eingestellt. (C)

(Beifall bei der CDU)

Zur Finanzierung werden jedes Jahr 1,5 % der Stellen in der allgemeinen Verwaltung abgebaut.

(Minister Peer Steinbrück: Das haut nicht hin!)

Unsere Kinder haben einen Anspruch auf Unterricht. Deshalb sollten wir Lehrerinnen und Lehrer einstellen.

Zweitens. Um die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu verbessern und Kindern aus sozial benachteiligten Familien bessere Chancen zu geben, wird in den kommenden Jahren in Nordrhein-Westfalen Schritt für Schritt ein flächendeckendes Ganztagschulsystem aufgebaut. Statt Billigbetreuung à la Clement wollen wir Unterricht, um Defizite zu beheben und spezielle Förderungen zu ermöglichen.

(Beifall bei der CDU)

Drittens. In der neuen Aufbauschule werden praktisch Begabte besser gefördert. SPD und Grüne - das weiß jeder - haben die Hauptschule in vielen Teilen des Landes zur Restschule verkommen lassen. Wer heute ohne Ausbildung ist, ist morgen arbeitslos. Wir wollen, dass die Kinder in unserem Land ihre Bildungschance erhalten, und zwar gleichgültig, ob die Eltern arm oder reich sind. Das ist Gerechtigkeit in der Bildungspolitik. (D)

(Beifall bei der CDU)

Viertens. Wir brauchen eine bessere Ausbildung für Kinder ausländischer Herkunft. Wir haben gemeinsam im Landtag beschlossen, dass alle Kinder spätestens im Alter von vier Jahren auf ihre Sprachfähigkeit getestet werden. Wer nicht ausreichend Deutsch spricht, erhält eine Sprachschulung.

Was haben die Landesregierung und die rot-grüne Koalition gerade getan? - Zuerst haben Sie die Mittel für die Sprachförderung von Migrantenkindern im Schuletat um fast 430.000 Euro gekürzt. Dann streichen Sie mit der ersten Ergänzungsvorlage den entsprechenden Titel im Schuletat komplett. Eine spezielle Sprachförderung für Migrantenkinder ist in Ihrem Haushalt überhaupt nicht mehr vorgesehen. Wir haben beantragt,

(Dr. Jürgen Rüttgers [CDU])

- (A) speziell für diese Sprachförderung von Migrantenkindern 1.300.000 Euro zur Verfügung zu stellen. Sie haben das abgelehnt.

PISA hat eines noch einmal gezeigt - das haben wir mit unserem Integrationskonzept auch schon gemeinsam betont -: Nur wer ausreichend Deutsch spricht, hat die Chance, sich in unsere Gesellschaft zu integrieren. Es ist falsch, in einer solchen Situation die Mittel auf null zu kürzen. Es ist falsch, es bleibt falsch und es muss geändert werden.

(Beifall bei der CDU)

Fünftens. Wir wollen das Abitur nach zwölf Jahren. Wir werden gleich darüber abstimmen und sehen, ob es hierüber einen Konsens geben kann.

Der designierte Herr Ministerpräsident Schartau hat am Samstag auf dem Parteitag gesagt, dass er sich um die sozial Schwachen kümmern wolle.

(Frank Baranowski [SPD]: Da haben Sie den Parteitag richtig verfolgt!)

Ich sage Ihnen: Wer das Bildungssystem in Nordrhein-Westfalen nicht grundlegend reformiert, zerstört die Zukunftschancen unserer Kinder.

(B)

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, der Bereich der inneren Sicherheit, der Bereich von Recht und Ordnung, ist der dritte Bereich, in dem die Landesregierung handlungsunfähig ist.

Wir alle haben erlebt, dass die Landesregierung nach den verheerenden Terroranschlägen vom 11. September plötzlich anfang, Aktivitäten zu entwickeln und die innere Sicherheit neu zu entdecken. Am 2. Oktober wurde das erste Anti-Terror-Paket vorgestellt, am 19. November das zweite.

Eines ist wichtig und muss festgehalten werden: Es ist eigentlich völlig unverständlich, dass es in Nordrhein-Westfalen - anders als in Berlin - keine Gesetzesänderung gibt. Es gibt keinen Vorschlag des Innenministers, Vorfeldbeobachtungen der organisierten Kriminalität einzuführen, wie von uns gefordert. Es gibt keine verdachtsunabhängigen Kontrollen durch die Polizei, wie von uns gefordert.

(Frank Baranowski [SPD]: Seit Jahren!)

- Bezüglich der Videoüberwachung gibt es keine erweiterte Befugnis für die Polizei, wie von uns gefordert. (C)

(Frank Baranowski [SPD]: Sie lesen nur Sachen aus Ihrem Zettelkasten vor!)

Es gibt keine Verlängerung des Unterbindungsgewahrsams, wie von uns gefordert.

Kurzum: Aus Behrens wird nie ein Schily. Der Kampf für die innere Sicherheit und gegen den internationalen Terrorismus wird im Land Nordrhein-Westfalen unzureichend geführt.

(Beifall bei der CDU - Frank Baranowski [SPD]: Wie bekämpfen Sie Terroristen? Das wäre interessant!)

Das Justizministerium tut zu wenig; nach wie vor fehlen 1.000 Richter und 500 Staatsanwälte. Stattdessen werden in diesem Haushalt 3 Millionen Euro für die Eingangskontrollen an Justizgebäuden durch Wachfirmen zur Verfügung gestellt. Welch entschlossenes Durchgreifen gegen den internationalen Terrorismus.

(Britta Altenkamp-Nowicki [SPD]: Das können Sie den Angehörigen der Todesopfer in Hessen sagen! Das ist ja unfassbar!)

(D)

- Ich sage Ihnen: Maßnahmen, die wegen einiger Ereignisse, die schon lange vor dem 11. September eingetreten sind, ohnehin notwendig waren, hätten von Ihnen schon längst erledigt werden müssen. Das dürfen Sie jetzt nicht unter einer neuen Überschrift als Kampf gegen den internationalen Terrorismus verkaufen. Das ist nämlich das, was Sie tun; das sind Taschenspielertricks.

(Beifall bei CDU und FDP - Frank Baranowski [SPD]: Videoüberwachung! Das ist doch lächerlich, was Sie da fordern!)

Gemäß dem ersten Anti-Terror-Paket sollten 129 zusätzliche Stellen bei Polizei und Verfassungsschutz geschaffen werden. Gleichzeitig werden im allgemeinen Polizeidienst 186 Stellen gestrichen. Meine Damen und Herren, welch entschlossenes Durchgreifen.

Im Sicherheitspaket II werden für die innere Sicherheit zusätzlich 190 Millionen Euro in fünf Jahren angekündigt. 190 Millionen Euro dividiert durch fünf - das gilt auch nach PISA - ergeben 38 Millionen Euro pro Jahr. Stattdessen werden in der zweiten Ergänzungsvorlage für das Sicher-

(Dr. Jürgen Rüttgers [CDU])

- (A) heitspaket II nur 9,4 Millionen Euro zur Verfügung gestellt. Statt jetzt und heute in den Bereichen zu investieren, in denen der Terrorismus entschlossen bekämpft werden muss, kündigt die Landesregierung nur etwas an. Sie kündigt an, später einmal etwas tun zu wollen.

Jetzt sage ich Ihnen einmal, was die Polizeigewerkschaften dazu sagen: Augenwischerei! - Ich nenne das Mogelpackung. Die Gewerkschaft der Polizei sagt zu dieser Politik: "Ausverkauf der inneren Sicherheit." Recht hat sie.

Die Polizei im Land ist sauer. Der Vorsitzende der GdP sagt:

"Der Fahrzeugpark ist völlig überaltert. Viele Wagen haben ihr Aussortierungsdatum längst überschritten. Wenn wir nach Berlin müssen, nehmen wir drei Autos mit, weil das, mit dem wir fahren, garantiert irgendwann zwischendurch stehen bleibt. Dann sind wir froh, wenn wir noch welche haben."

"Die Bereitschaftspolizei ist in den vergangenen Jahren von der Politik regelrecht kaputtgespart worden." - Das war ein Zitat von Herrn Swienty. "Da kommt die Lumpenpolizei, weil die Bekleidungen aufgetragen werden müssen. Die Folge: zigmal geflickte Einsatzanzüge, ausgerissene Reißverschlüsse und verschlissene Schutzwesten." Auch das sagt Herr Swienty, Vorsitzender der GdP.

(B)

Die eingeplanten 1.500 modernen Computer für das Polizeipräsidium Köln werden wegen der Haushaltssperre nicht gekauft. Somit muss die Kripo mit alten Schätzchen, wie einem 486er-Computer, auskommen. Das sagt GdP-Sprecher Diefenthaler.

Seit 1999 sind 1.500 Stellen gestrichen worden. Wir haben Ihnen hier einen durchgerechneten und finanzierbaren Antrag vorgelegt, mit dem in den kommenden Jahren 1.000 Polizisten und 250 Justizbeamte eingestellt werden können. Dieser Antrag ist von Rot-Grün abgelehnt worden.

Meine Damen und Herren, merken Sie denn nicht, was hier passiert? Statt die innere Sicherheit zu stärken, lässt die Landesregierung die Polizisten im Stich.

(Beifall von Horst Engel [FDP])

(C) Die Handlungsunfähigkeit der Landesregierung schreit zum Himmel. Es ist einfach unehrlich, wenn man sagt: "Wir kämpfen gegen den Terrorismus." In Wahrheit haben unsere Polizisten noch nicht einmal die Grundausstattung, die es ihnen ermöglicht, Kriminelle und Terroristen zu bekämpfen.

(Beifall bei CDU und FDP)

Meine Damen und Herren, wer sich fragt: "Wie kann das eigentlich geschehen?", der entdeckt drei Antworten.

Erstens. Rot-Grün ist verbraucht. Die Landesregierung hat keine Ziele, keine neuen Ideen, keine Kraft.

Zweitens. Der Ministerpräsident denkt nur in Schlagzeilen, in Leuchtturmprojekten und vergisst die alte Weisheit: Aufsehen ist nicht Ansehen.

Drittens. Die Regierung ist pleite.

(Vorsitz: Vizepräsident Dr. Helmut Linssen)

(D) Was man von einem Haushalt halten muss, der nur deshalb ausgeglichen werden kann, weil direkt und indirekt höhere Kredite aufgenommen als Investitionen getätigt werden, das will ich Ihnen sagen: In diesem Haushalt werden 3,352 Milliarden Euro unmittelbar als Kredit aufgenommen. 634 Millionen Euro werden aus Kreditaufnahmen des Vorjahres über die Rücklage als Einnahme verbucht und der Einnahmenseite zugeführt. Das ergibt 3,986 Milliarden Euro. Dem stehen 3,402 Milliarden Euro an Investitionen gegenüber. Damit ist die in der Verfassung vorgeschriebene und erlaubte Kreditobergrenze überschritten.

Meine Damen und Herren, der Haushalt ist verfassungswidrig.

(Frank Baranowski [SPD]: Dann gehen Sie doch nach Münster!)

Die CDU-Fraktion wird, wenn Sie den Haushalt heute verabschieden, gegen diesen Haushalt beim Verfassungsgericht in Münster Klage erheben.

(Beifall bei der CDU)

Dies hat die CDU-Fraktion auf ihrer gestrigen Sitzung beschlossen. Die CDU-Fraktion wird diesem verfassungswidrigen Haushalt nicht zustimmen, weil wir nicht bereit sind, einem Verfassungsverstoß unsere Zustimmung zu geben.

(Dr. Jürgen Rüttgers [CDU])

(A) Der Haushalt ist nicht nur verfassungswidrig, er enthält auch keine Impulse: weder für die Wirtschaft noch im Kampf gegen die Arbeitslosigkeit, noch für ein besseres Bildungssystem; und im Kampf gegen den internationalen Terrorismus versagt die Landesregierung ebenfalls. Wir lehnen den Haushalt ab.

(Anhaltender Beifall bei der CDU - Lachen bei der SPD)

Präsident Ulrich Schmidt: Vielen Dank, Kollege Rüttgers. - Das Wort hat für die SPD-Fraktion der Fraktionsvorsitzende Moron.

Edgar Moron (SPD): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir beraten heute in dritter Lesung. Wir werden heute einen Landeshaushalt beschließen. Wir beschließen diesen Landeshaushalt in finanziell schwierigen Zeiten. Wir werden in diesem Haushalt Einsparungen vornehmen; aber wir werden dabei nichts kaputtsparen.

(B) Wir setzen Schwerpunkte für die Bildung, die Arbeit und die innere Sicherheit. Wir sind stolz auf unser Land, und wir sind fest entschlossen, Nordrhein-Westfalen weiter zu modernisieren und auch sicher durch die finanziellen Untiefen der Gegenwart hindurchzuführen.

Der Oppositionsführer, Herr Rüttgers, hat gerade gesprochen. Das war im Übrigen, wie ich meine, eine durchschnittliche Rede. Ich hatte mehr von Ihnen erwartet. Aber immerhin, das kann noch etwas werden. Sie haben ja noch ein paar Jahre als Oppositionsführer vor sich.

(Beifall bei der SPD - Marc Jan Eumann [SPD]: Lebenslänglich!)

Der Oppositionsführer hat die Pflicht, die Landesregierung und die sie tragenden Koalitionsfraktionen kritisch zu begleiten. Er hat auch die Pflicht, hier parlamentarische Alternativen offen zu legen. Sie haben aber nicht das Recht, Herr Dr. Rüttgers - Sie sind in Ihrer Rede bereits kurz darauf eingegangen -, die Politik dieses Landes und das Land schlecht zu reden.

(Zurufe von der CDU)

(C) Sie haben nicht das Recht, die Regierung und die sie tragenden Koalitionsfraktionen zu verunglimpfen. Sie haben auch nicht das Recht, die Wahrheit zu verdrehen, Herr Dr. Rüttgers.

(Beifall bei der SPD)

Ich sage Ihnen sehr deutlich: Es ist auch nicht Ausdruck eines guten politischen Stils und einer persönlichen Souveränität, wenn Sie Mitglieder dieses Parlaments wie beispielsweise meinen Fraktionskollegen Ernst-Martin Walsken auch persönlich beleidigen.

(Beifall bei der SPD und einzelnen Abgeordneten der GRÜNEN)

Dies zeigt Ihre Schwäche, dies zeigt nicht Ihre Stärke, Herr Dr. Rüttgers.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD)

An einer sachlichen Auseinandersetzung sind Sie nicht interessiert. Ihre Politik wird die Zukunft unseres Landes nicht gestalten.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD)

(D) Zur Vorlage belastbarer Alternativen und Konzepte ist die CDU-Fraktion nicht in der Lage, auch wenn Sie 102 Änderungsanträge zum Haushalt vorgelegt haben.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Diese waren durch die Bank nicht realisierbar, schlecht finanziert und politisch nicht in Ordnung. Sie sind eine alternativlose Opposition.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD - Widerspruch bei der CDU)

Herr Dr. Rüttgers, Ihre Aggressivität und auch Ihre Polemik - das kommt bei Ihnen manchmal eruptiv heraus - verstellen Ihnen den Blick auf die Wirklichkeit unseres Landes. Sie sollten sich davon freimachen und versuchen, sachlicher zu argumentieren, statt immer wieder in die Grabbelkiste der Polemik hineinzugreifen.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, mit dem Haushalt, den die Mehrheit dieses Parlaments heute verabschieden wird, wird nicht bei den Schwächsten ge-

(Edgar Moron [SPD])

(A) kürzt, werden nicht, wie Sie behaupten, die Kommunen ausgeplündert, wird für Bildung und innere Sicherheit mehr Personal eingesetzt und werden die Arbeitsmarktprogramme wirksam gebündelt und wirkungsvoller eingesetzt.

Weil Sie, Herr Dr. Rüttgers, keine belastbaren Konzepte für die Führung dieses Landes haben - das beweisen Sie uns immer wieder überzeugend -,

(Herbert Reul [CDU]): Abwarten!

tun Sie das, was schon viele Oppositionsführer vor Ihnen getan haben: Sie zweifeln die Verfassungsmäßigkeit des Landeshaushalts an. Hier stehen Sie in einer langen Tradition Ihrer Vorgänger. Aber all ihre Bemühungen haben nichts gebracht. Herr Dr. Rüttgers, nicht zu Unrecht hat die "NRZ" vor einigen Wochen geschrieben: "Rüttgers prüft und prüft und prüft". Damit hat diese Zeitung nichts anderes gemeint, als dass die CDU in dieser Frage eine unentschlossene Oppositionsfraktion ist.

Gestern sollen Sie nun beschlossen haben - möglicherweise ist das richtig -,

(B) (Lachen bei der CDU)

wegen des Landeshaushalts den Verfassungsgerichtshof anzurufen. Dazu kann ich Ihnen nur sagen, Herr Dr. Rüttgers: Viel Spaß! Machen Sie das; wir begrüßen dies. Wir haben Sie mehrfach dazu aufgefordert, das zu tun. Wir sind fest davon überzeugt, dass dieser Haushalt in allen seinen Bestandteilen verfassungskonform ist. Daher sind wir auch fest davon überzeugt, dass Sie vom Verfassungsgerichtshof ein entsprechendes Urteil erhalten werden.

(Beifall bei der SPD)

Herr Dr. Rüttgers, Sie haben auch in Ihrer eigenen Partei von sich selbst ein bestimmtes Bild erzeugt. Von Ihren Parteifreunden in Berlin hört man - dies wurde im "Focus" vor wenigen Tagen zitiert -, Rüttgers stänkere nur aus dem Hintergrund. Genau dies haben Sie auch in dieser Frage wieder getan: Sie stänkern aus dem Hintergrund.

(Beifall bei der SPD)

Jetzt kommen Sie in einer Frage einmal heraus. Wir begrüßen das und dann soll der Verfassungsgerichtshof entscheiden. Ich sage Ihnen vorher,

dass Sie auch an dieser Stelle wieder einmal eine deutliche Niederlage erleben werden. (C)

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD)

Meine Damen und Herren, unser Oppositionsführer hat manchmal eine merkwürdige Art, mit diesem Land umzugehen. In der Ferne redet er ganz anders als bei uns in Nordrhein-Westfalen. Ich gebe Ihnen dafür ein Beispiel: Vor wenigen Wochen waren Sie in den Vereinigten Staaten und haben dort etwas Bemerkenswertes über die Hochschullandschaft kundgetan - ich zitiere das aus einer Zeitung, die über Ihre Amerikareise berichtete -:

"Viele Hochschulen und Colleges in den USA sind lausig schlecht. Der Durchschnitt an deutschen Unis ist besser als der US-Durchschnitt."

(Dietrich Kessel [SPD]): Das ist wahr!

Wahrscheinlich haben Sie Recht. Was die deutschen Universitäten angeht, haben Sie bestimmt Recht. Sehen wir einmal davon ab, dass man seine Gastgeber nicht beschimpft - aber das ist Ihr Stil -, frage ich Sie, warum Sie so etwas nicht auch einmal in einer Rede vor dem Landtag von Nordrhein-Westfalen sagen. Nein, Sie beschimpfen unsere Wissenschaftsministerin bei jeder passenden Gelegenheit. Im Ausland aber verkünden Sie, unsere Universitäten seien besser als die hochgelobten Universitäten in den USA. Sagen Sie das doch einmal hier, wechseln Sie Ihre Meinung nicht immer in Abhängigkeit davon, wo Sie sich gerade aufhalten. Sie könnten auch in unserem Land einmal berichten: Ich war in den USA und habe festgestellt, dass die Universitäten auch in Nordrhein-Westfalen besser als diejenigen in den Vereinigten Staaten sind. So etwas haben wir hier von Ihnen noch nie gehört; aber im Ausland erzählen Sie so etwas. (D)

(Beifall bei der SPD)

Vielleicht haben Ihre Parteifreunde ja Recht, wenn sie behaupten - das konnte man vor wenigen Tagen in der "Rheinischen Post" lesen -, Herr Rüttgers hänge sein Fähnchen nach dem Wind. Das ist wohl so. Wollen Sie aber mehr Glaubwürdigkeit in der Politik gewinnen, dann dürfen Sie nicht Gabi Behler beleidigen und zugleich unsere Universitäten im Ausland loben. Dann seien Sie einmal konsequent und tun Sie das auch hier.

(Edgar Moron [SPD])

- (A) Herr Dr. Rüttgers, Sie sind ein personifizierter Widerspruch. Damit müssen Sie leben und deshalb werden Sie auch nie in die Funktion hineinkommen, die Sie sich gewünscht haben.

(Beifall bei der SPD)

Was meinen Sie denn eigentlich, wenn Sie im "Focus" davon sprechen - das war am 3. Dezember nachzulesen -, dass Sie keine Lust hätten, mit Herrn Stoiber einen Rechtsruck zu bewerkstelligen und dann im Jahre 2005 bei der NRW-Landtagswahl in die Mitte zurückrudern zu müssen? Zwei Tage später konnte man aber Folgendes aus der "Westfalenpost" erfahren:

"Wir müssen das tun, was Franz-Josef Strauß immer gesagt hat: Wir müssen dafür sorgen, dass es rechts von uns keine demokratisch legitimierte Partei gibt."

(Wolfgang Schmitz [CDU]: Sprechen Sie mal zum Haushalt!)

Was wollen Sie eigentlich, Herr Dr. Rüttgers, wollen Sie keinen Rechtsruck oder wollen Sie wie Franz-Josef Strauß so weit rechts stehen, dass zwischen Ihnen und der Wand überhaupt kein Platz mehr ist? Sie reden mal so und mal so, Sie sind der personifizierte Widerspruch. Deshalb haben Sie auch in Berlin als Politiker kein Ansehen mehr.

(B)

(Beifall bei der CDU - Zuruf von der CDU: Wir wollen etwas zum Haushalt hören!)

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich noch einmal betonen, dass dieser Landeshaushalt verfassungskonform ist. Viele Ihrer Vorgänger, Herr Dr. Rüttgers, haben versucht, eine gleiche Politik wie Sie zu machen, waren aber nicht so mutig, zum Verfassungsgerichtshof zu gehen. Wahrscheinlich wollten Sie sich keine blutige Nase holen. Aber schon in den Haushaltsjahren 1988, 1989 und 1995 ist angekündigt worden, man werde zum Verfassungsgerichtshof gehen. Getan hat es niemand. Sie sind nun der Erste, der das tut. Wir werden einmal sehen, welches Ergebnis dabei herauskommt. Wir zweifeln nicht daran, dass unser Landeshaushalt verfassungskonform ist.

Im Übrigen gibt es dafür eine ganz schlichte Erklärung: Unser Finanzminister Peer Steinbrück ist so penibel, wie es die Hanseaten nun einmal sind. Er würde niemals einen Haushalt vertreten, der

nicht verfassungskonform ist. Das kann er mit seiner hanseatischen Korrektheit überhaupt nicht vereinbaren. Insofern, lieber Peer, hast Du unser volles, uneingeschränktes Vertrauen.

(C)

(Beifall bei der SPD - Lachen bei der CDU)

Wir widersprechen der Opposition sehr nachdrücklich, wenn sie behauptet, die Bildung von Rücklagen sei nicht zulässig, unwirtschaftlich und haushaltspolitisch nicht sinnvoll. Nein, Herr Dr. Rüttgers, die Rücklagen, die in unseren Haushalten gebildet worden sind, sind rechtlich zulässig und politisch gewollt. Entgegen anderslautenden Behauptungen sind sie nicht aus Krediten finanziert. Die Rücklagen sind im gesamten Haushalt vom Personalbereich bis hin zu den Sachausgaben erwirtschaftet worden. Letztlich ergibt sich aus dem Gesamtdeckungsprinzip, dass man hieraus keinen Vorwurf ableiten kann.

Ich sage auch sehr deutlich: Nur die sparsame Haushaltswirtschaftspolitik der vergangenen Jahre hat es uns überhaupt ermöglicht, jetzt - in einer Zeit, in der wir rasant wegbrechende Einnahmen verzeichnen - noch politische Schwerpunkte zu setzen und einen guten Haushalt in diesem Land zu verabschieden.

Ja, meine Damen und Herren, wir haben erhebliche Belastungen; das ist zutreffend. Die wirtschaftliche Entwicklung und die vom Bundestag beschlossenen Steuererleichterungen bedeuten für Nordrhein-Westfalen in den Haushaltsjahren 2001 und 2002 Mindereinnahmen in der Größenordnung - das muss man sich einmal vorstellen - von 4,9 Milliarden DM, also fast 5 Milliarden DM. Diese resultieren aus wegbrechenden Steuern und der Steuerreform.

(D)

Zum ersten Mal in der Geschichte unseres Landes wird deshalb von uns ein konsequenter Einsparhaushalt vorgelegt.

(Jürgen W. Möllemann [FDP]: Haben Sie das vorher noch nie gemacht?)

Die Ausgaben des Landes in diesem Haushalt werden gegenüber den Ausgaben des Vorjahres um 0,5 % - das sind 500 Millionen DM - sinken. Wir haben weniger Ausgaben in diesem Jahr als im Vorjahr. Und trotz der extremen Belastungen des Haushaltes auf der Einnahmeseiten sind die Mehrausgaben, die wir mit diesem Haushalt vornehmen, gezielt für die erforderlichen Aufgaben bereitgestellt worden, die wir zurzeit zu finanzieren haben.

(Edgar Moron [SPD])

(A) Dazu gehören beispielweise auch die von Ihnen kritisierten Ausgaben für Terrorismusbekämpfung und für Maßnahmen zur Finanzierung der inneren Sicherheit. Beides ist finanziert, obwohl wir den Haushalt enger fahren, als wir es in den Vorjahren getan haben.

(Beifall bei der SPD)

Trotz der starken finanziellen Belastungen, die auf dem Haushalt liegen, trotz der massiv eingebrochenen Einnahmen: Wir halten politisch Kurs. Wir sind stolz darauf, dass es uns auch bei diesen Haushaltsplanberatungen gelungen ist, Kurs zu halten in den politischen Schwerpunkten, die wir in einem Landeshaushalt wiedersehen möchten.

(Beifall bei der SPD)

Es gibt nicht eine einzige politische Zusage, die die SPD-Fraktion zwar gemacht hat, in schwierigen Haushaltszeiten - und sie sind schwer - aber nicht einhält.

(Dr. Bernhard Kasperek [SPD]: Das ist wahr!)

Wir halten Kurs in schwieriger Zeit. Unsere Politik bleibt auch bei knappen Kassen verlässlich und berechenbar.

(B)

Es zeichnet diesen Haushalt und den politischen Gestaltungswillen der Koalitionsfraktionen aus, dass wir alle großen Reformprojekte auch mit dem Haushalt 2002 fortschreiben werden.

Dazu gehört beispielsweise die Zusage, in dieser Legislaturperiode - also bis 2005 - 6.100 Lehrerinnen und Lehrer zusätzlich einzustellen. Das wird Schritt für Schritt, Jahr für Jahr realisiert.

(Beifall bei der SPD)

Dazu gehört, dass alle Stellen von ausscheidenden Lehrerinnen und Lehrern wieder besetzt werden.

(Zurufe von der CDU)

Das sind bis zum Ende der Wahlperiode 25.000 Stellen. All diese Stellen werden wieder besetzt.

(Beifall bei der SPD - Anhaltend Zurufe von der CDU)

Dazu gehört die Zusage, in dieser Legislaturperiode 200.000 zusätzliche Angebote in der Ganz-

tagsbetreuung zu schaffen. Dieses Programm wird Schritt für Schritt umgesetzt werden. (C)

(Beifall bei der SPD)

Dazu gehört die Zusage, die soziale Balance zu wahren und beim Sparen nicht bei den Ärmsten zu beginnen. Wir streichen nicht die Mittel bei den Arbeitsmarktprogrammen.

(Beifall bei der SPD)

Dazu gehört auch die Stiftung Wohlfahrtspflege, die mit den jetzt bereitgestellten Mitteln in der Lage ist, alle zugesagten Projekte zu finanzieren.

(Zuruf von Herbert Reul [CDU])

Dazu gehört auch, dass es keine Kürzungen bei den Investitionen für neue Landesstraßen geben wird.

(Zurufe von der CDU - Heinz Hardt [CDU]: Ist doch weniger geworden!)

Dazu gehört schließlich auch - und das sage ich sehr deutlich -, dass der Wohnungsbau in Nordrhein-Westfalen künftig ein Schwerpunkt der Landespolitik bleibt. 8,7 Millionen Euro mehr für das Wohnungsprogramm 2002 sichern ein konsequentes Fortführen der Wohnungsbaupolitik in Nordrhein-Westfalen. (D)

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Ich bin noch nicht zu Ende mit meiner Liste. Sie müssen sich all das anhören, weil Herr Dr. Rüttgers hier mit seinen allgemeinen Bemerkungen über die Dinge hinwegging.

Dazu gehört auch die Zurücknahme der Kürzungen im Landesjugendplan. Dafür werden wir jetzt vom Steuerzahlerbund kritisiert. Der möchte ja - ohne irgendwelche politische Verantwortung tragen zu müssen - überall kürzen: bei der Jugend, beim Sozialen und allem Möglichen.

(Dr. Bernhard Kasperek [SPD]: Der hat doch gar keine Achtung vor diesen Sachen!)

Wir tragen politische Verantwortung auch gegenüber der Jugend in dieser Zeit, und deshalb wird der Landesjugendplan weiter finanziert.

(Beifall bei der SPD)

Wir werden in 2002 wieder die Mittel zur Verfügung stellen, die in den Vorjahren zur Verfügung

(Edgar Moron [SPD])

(A) gestellt worden sind. Wir haben unser Wort gehalten, und wir halten es auch in schweren finanziellen Zeiten.

Letztlich - ich sage das auch einmal sehr deutlich - wird auch an die Bibliotheken in unserem Land nicht mit dem Rotstift herangegangen. Auch da wird nicht gekürzt. Auch da stehen wir zu unserem Wort.

Was wir politisch zusagen, halten wir ein und finanzieren wir. Wir setzen keine unrealistischen Ziele wie die CDU. Wir reden nicht wie die CDU von unrealistischen Personalkürzungen, wie Sie sie vorgeschlagen haben, und fordern gleichzeitig Tausende von Stellen für andere Bereiche.

Wir haben Ihnen doch in zweiter Lesung nachgewiesen, und zwar Punkt für Punkt, dass das, was Sie an Kürzungen auf dem Personalsektor vorgeschlagen haben, nämlich 1,5 % aller Stellen zu kürzen, purer Unsinn ist.

(Marc Jan Eumann [SPD]: Unfug!)

Ich muss Ihnen das so deutlich sagen: Das ist purer Unsinn, weil es überhaupt nicht realisierbar ist.

(B) (Beifall bei der SPD)

Aus Luftbuchungen heraus finanzieren Sie an anderer Stelle Ausgaben. Das sind dann auch Luftbuchungen, Herr Dr. Rüttgers. Das, was Sie im Bereich der Schulen zugesagt haben, ist nicht solide finanziert. Das ist pure Angeberei. Das können Sie mit Ihren Vorschlägen überhaupt nicht finanzieren.

(Beifall bei der SPD)

Bei uns stehen Effekthascherei und Showeffekt nicht im Vordergrund. Wir sorgen uns um die Menschen in diesem Land, und wir werden auf der Basis einer schwierigen Haushaltssituation die Entscheidungen treffen, die erforderlich sind, um das Leben in unserem Land gut zu gestalten und etwas in der Zukunft voranzubringen.

Die CDU-Opposition, meine sehr verehrten Damen und Herren und Herr Dr. Rüttgers, hat gegen drei sozialdemokratische Ministerpräsidenten mittlerweile sechs Herausforderer verschlissen. Mit der Politik, die die CDU unter Ihrer Führung betreibt, können Sie sich ganz sicher sein, Herr Dr. Rütt-

gers: Sie werden nicht der letzte Herausforderer sein. (C)

(Beifall bei der SPD - Zurufe von der CDU)

Ich danke Ihnen auch für den Hinweis, dass Harald Schartau der neue designierte Ministerpräsident sein solle. Damit zeigen Sie ja letztlich, dass Sie die Hoffnung auf 2005 schon längst aufgegeben haben.

(Beifall bei der SPD)

Diese Einsicht zeigt, dass Sie ab und zu ganz heile politische Momente haben.

(Zuruf von der CDU)

Sie schätzen Ihre Möglichkeiten durchaus realistisch ein.

(Anhaltend Zurufe von der CDU)

Die sozialdemokratischen Ministerpräsidenten Heinz Kühn, Johannes Rau und Wolfgang Clement haben unser Land seit 35 Jahren gut und sicher regiert.

(Anhaltend Zurufe von der CDU)

Wir haben uns das Vertrauen der Menschen verdient durch klare politische Konzepte, durch eine an der Wirklichkeit und den Bedürfnissen der Menschen orientierte Politik, durch Mut zur Veränderung und durch Vertrauen in die Kraft. Nordrhein-Westfalen ist ein starkes Land. Die Menschen sind stolz auf ihr Land, sie lieben ihr Land, und sie lassen es sich nicht von einer konzeptionslosen CDU schlechtreden. (D)

(Beifall bei der SPD - Zurufe von der CDU)

Herr Präsident, meine Damen und Herren, ich sagte es schon: Die Rahmenbedingungen für den Landeshaushalt 2002, also für den heute zu beschließenden künftigen Landeshaushalt, sind hart. Die Konjunkturdaten haben sich bundesweit entgegen allen Prognosen und Erwartungen viel schlechter als angenommen entwickelt. Das bestätigen im Übrigen auch alle Wissenschaftler. Die Steuereinnahmen gehen rapide zurück. Die Arbeitslosigkeit sinkt nicht mehr; sie steigt leider wieder an. Aber ich erkläre für die sozialdemokratische Fraktion sehr deutlich - das ist auch die Politik des Ministerpräsidenten -:

(Zuruf von der CDU: Noch!)

(Edgar Moron [SPD])

- (A) Unser Ziel bleibt, die Arbeitslosigkeit zu verringern. Wir wollen sie ganz beseitigen, mindestens aber halbieren. Sie wird auch bei uns in Nordrhein-Westfalen weiter sinken, wenn die internationale Konjunkturkrise hinter uns liegt, wenn das Wirtschaftswachstum wieder ansteigt und die Auslandsaufträge ebenfalls wieder zunehmen. Aktuelle Prognosen geben Anlass zu ganz vorsichtigem Optimismus, aber das sollte man nicht übertreiben.

(Lachen bei der CDU)

Es war ein merkwürdiger Hinweis von Herrn Dr. Rüttgers, dass er sich plötzlich an die Seite der Unternehmensführungen stellen will. Die Unternehmer, die Unternehmensführungen sollten jetzt nicht den Fehler begehen, Arbeitnehmer in großer Zahl zu entlassen, die sie möglicherweise in wenigen Monaten wieder einstellen müssen, denn die Diskussion über die Green Card und darüber, wie viele Arbeitsplätze nicht besetzt worden sind, haben wir doch alle noch im Ohr. Das ist doch nicht vor zehn Jahren passiert, das ist doch nur Monate her.

(Beifall bei der SPD)

- (B) Daran kann man doch deutlich erkennen, wie schnell sich diese Situation verändern kann. Deshalb ist es kurzsichtig, Menschen jetzt in die Arbeitslosigkeit zu schicken, um dann zu fordern: Wir brauchen wieder Arbeitnehmer aus dem Ausland.

Auch der Expertenstreit, ob wir uns in einer Rezession befinden oder nicht, hilft uns überhaupt nicht weiter.

(Zuruf von der CDU: Was denn?)

Bundesbankpräsident Ernst Welteke hat doch Recht, wenn er sagt: Im Augenblick verringern vor allem psychologische Faktoren die Wachstumsaussichten. Das ist richtig. Einige Leute haben offenbar Interesse daran, die Wirtschaftslage schlechter zu reden als sie ist. Möglicherweise ist das auch Ihr Interesse, weil Sie sich parteipolitisch davon etwas versprechen.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD)

Aber wir werden uns von Schwarzmalern und Katastrophenpropheten nicht irremachen lassen.

- (C) Die wirtschaftliche Lage ist nicht gut, aber die Probleme sind dennoch bewältigbar. Wir werden aus diesem Tal wieder herauskommen.

(Zuruf von der CDU: Dazu muss man etwas tun!)

Hierzu können im Übrigen öffentliche Aufträge auch des Landes hilfreich sein. Deshalb sage ich: Das Bau- und Investitionsprogramm der Landesregierung ist richtig. Es ist allein deshalb richtig, weil mehr Geld für Schulbauten zur Verfügung gestellt und mehr Geld im Landesstraßenbau investiert wird. Richtig ist auch, dass wir voll auf unsere Investitions- und Innovationsprogramme wie beispielsweise mit dem Metrorapid setzen. Wenn wir in dieses Projekt 7 Milliarden Mark investierten, so bedeutete das für Nordrhein-Westfalen ein riesiges Investment, das größte überhaupt, das man sich denken kann,

(Zurufe von der CDU)

verbunden mit einem Modernisierungsschub. Davon haben wir in Ihrer Rede überhaupt nichts gehört.

(Beifall bei der SPD)

- (D) Setzen Sie sich mit uns gemeinsam dafür ein, dass wir über den Bund die Mittel dafür bekommen.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wir wollen, dass es in diesem Land einen stetigen Wohlstand gibt und dass er weiter wächst. Gerade auch deshalb hat Bildungspolitik allergrößte Bedeutung.

(Jürgen W. Möllemann [FDP]: Das muss sich aber noch herumsprechen!)

Die Ergebnisse der so genannten PISA-Studie sind erschreckend. Dazu stehen wir. Daran kann man nicht vorbeireden.

(Jürgen W. Möllemann [FDP]: Ja!)

Wir werden und wir wollen die Mängel aufdecken. Wir werden und wir wollen auch Reformen einleiten. Deshalb muss sich die Bildungspolitik in Deutschland mit den Defiziten unseres Schulsystems ideologie- und tabufrei auseinandersetzen. Vorzeitige Schuldzuweisungen, wie wir

(Edgar Moron [SPD])

- (A) sie hören und wie sie Ihrer Argumentation, Herr Dr. Rüttgers, zu entnehmen waren, helfen überhaupt nicht weiter.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD)

Ihre Angriffe auf Frau Ministerin Behler zeigen mehr als alles andere, dass Sie, Herr Dr. Rüttgers, zu einer vorurteilsfreien, nüchternen Analyse überhaupt nicht fähig sind.

(Beifall bei der SPD - Frank Baranowski [SPD]: Erst das Gehirn einschalten und dann reden!)

Im Übrigen, Herr Dr. Rüttgers - das muss man Ihnen immer wieder sagen -, sind Sie als Mahner in Sachen Bildung denkbar ungeeignet.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Waren Sie denn nicht der so genannte Zukunftsminister in Deutschland, für den Sie sich in Amerika ausgegeben haben? Waren Sie das nicht?

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD)

- (B) Waren Sie nicht politisch dafür verantwortlich, dass in Ihrer Amtszeit als Bundesbildungsminister mehr als 1,5 Milliarden DM im Bildungsbereich gekürzt wurden?

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD)

Herr Dr. Rüttgers, ich frage Sie einmal ganz direkt:

(Zuruf von der SPD: Oh ja!)

Tragen nicht vielleicht auch Sie als ehemaliger Bildungs- und Forschungsminister bzw. Zukunftsminister Mitverantwortung für unser jetziges Schul- und Bildungssystem?

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Ich erwähne dies nur, weil Sie mit Schuldzuweisungen an andere immer flott bei der Hand sind. Das geht Ihnen einfach locker über die Lippen, aber überhaupt kein einziges selbstkritisches Wort im Hinblick auf die Verantwortung, die Sie hatten.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

- (C) Sie - nicht Sie allein, sondern auch Ihre Partei - hatten doch bis 1998 16 Jahre lang auf Bundesebene Bildungspolitik zu verantworten.

(Widerspruch bei der CDU - Frank Baranowski [SPD]: Das tut weh!)

Kann man wirklich so sehr unter Vergesslichkeit leiden, um so tun zu können, als hätte es die eigene Verantwortung nie gegeben?

(Frank Baranowski [SPD]: Aber keine Amnestie für Amnesie!)

Es wäre schön, wenn man von Ihnen statt solcher ständiger platter Aussagen auch einmal ein Wort der Selbstkritik oder etwas Nachdenkliches hören könnte, Herr Dr. Rüttgers.

(Zurufe von der CDU)

In einer gewaltigen finanziellen Kraftanstrengung - man erkennt dies, wenn man den Haushalt ansieht - werden die Koalitionsfraktionen 2 Milliarden DM für über 6.000 Lehrerinnen und Lehrer zusätzlich bereitstellen. Wenn es um die Umsetzung dieser Bildungsinvestitionen geht, werden wir ganz dicht hinter unserer Bildungsministerin Gabi Behler stehen.

(Zuruf von der CDU: Oh!)

(D) Wir werden uns aber auch einer kritischen Bilanz und Analyse unseres Schulsystems in Nordrhein-Westfalen nicht entziehen. Wir werden uns dieser Bilanz stellen. Aber wir werden - das sagten wir schon bei der Vorlage der PISA-Studie - auch feststellen, dass manches von dem, was wir auf den Weg gebracht haben, sich als belastbar und richtig erweist. Vieles davon ist auch von unserer Schulministerin Frau Behler konzipiert und in die Wege geleitet worden. Ich erwähne ein paar Maßnahmen, die bereits jetzt auf dem Weg sind und von denen ich glaube, dass sie sich auch in der Zukunft im Rahmen einer Reform als richtig und belastbar herausstellen werden.

Im Schuljahr 2001/2002 werden 500 neue Stellen für die Realschulen sowie 300 Stellen für das Budget für besondere Aufgaben zur Verfügung gestellt. Das ist doch richtig.

(Zurufe von der CDU)

Im Schuljahr 2002 und 2003 werden 300 zusätzliche Stellen für das Fach praktische Philosophie

(Edgar Moron [SPD])

- (A) bereitgestellt. Ab 2003 werden wir 670 Stellen für Englischunterricht ab der dritten Klasse zur Verfügung stellen. Das geht dann so weiter.

Seit August 2001 werden alle zu besetzenden Stellen in den Gymnasien und 44 % der zu besetzenden Stellen in den Gesamtschulen nach A 13, das heißt, im höheren Dienst besetzt und besoldet. Die Höchstaltersgrenze für die Verbeamtung von Lehrerinnen und Lehrern in Mangelfächern ist von 35 Jahren auf 45 Jahre heraufgesetzt worden. Für die Gewinnung von Referendarinnen und Referendaren in Mangelfächern werden 12 Millionen Euro zusätzlich bereitgestellt.

Leistungsschwache Schülerinnen und Schüler, die den Hauptschulabschluss nicht erreichen, werden im Projekt "Beruf und Schule" gefördert: zwei Tage im Betrieb und drei Tage in der Schule. Das Projekt läuft mit großem Erfolg. Die Schulen, die in dem Projekt "Beruf und Schule" arbeiten, erhalten für jede Gruppe von 10 bis 15 Jugendlichen eine Lehrerstelle zusätzlich, und die Betriebe erhalten für jeden Jugendlichen, den sie aufnehmen, einen Zuschuss.

Das sind konkrete Maßnahmen, die wir bereits mit Erscheinen der PISA-Studie eingeleitet haben

- (B) (Beifall bei SPD und GRÜNEN)

und die - so glaube ich - Bestand haben werden, auch wenn wir die PISA-Studie detailliert und kritisch ausgewertet haben. Das alleine wird nicht ausreichen. Wir werden auch darüber hinaus Veränderungen vornehmen müssen. Dazu sind wir bereit, aber ich sage Ihnen sehr deutlich: Das wird nur nach einer vorurteilslosen - das meine ich wirklich so - Analyse der Ergebnisse der Studie möglich sein. Wir werden das tun.

Die Investitionen in die Bildung - auch das muss in einer Haushaltsplanberatung einmal betont werden - sind in diesem Land von Jahr zu Jahr gestiegen. Im Haushaltsjahr 2000 betragen die Gesamtausgaben unseres Landes für Bildung 29,5 Milliarden DM. In diesem Jahr werden es 30,3 Milliarden DM sein und im nächsten Jahr 31,2 Milliarden DM. Ein Drittel unseres Gesamthaushalts investieren wir in Bildung. 23,5 % aller Ausgaben gehen dabei allein in den Bereich der Schulen. Bei diesen Ausgaben bezogen auf den Landeshaushalt liegt Nordrhein-Westfalen im Län-

dervergleich auf Platz 2 der Länderliste hinter Baden-Württemberg und weit vor Bayern. (C)

(Beifall bei SPD und GRÜNEN - Zuruf von der SPD: Zuhören!)

Deshalb ist der Ruf nach mehr Geld unrealistisch und im Prinzip die billigste Art, mit den Ergebnissen der PISA-Studie umzugehen.

(Beifall bei der SPD - Zuruf von der SPD: Mehr kann der nicht!)

Bei der weiteren Beratung werden uns die politischen Schnellredner oder die, die immer gerne aus der Hüfte schießen und Schuldzuweisungen aussprechen, genauso wenig helfen wie - Herr Kollege Reul ist gerade nicht da - die schulpolitischen Eiferer und Dogmatiker. Was wir brauchen, ist Sachverstand, nüchterne Intelligenz, aber auch politische Durchsetzungskraft.

(Dr. Axel Horstmann [SPD]: Das Gegenteil vom Reul!)

Die Reformen, die auf uns zukommen - das zeigen die schulpolitischen Debatten der Vergangenheit -, werden von eigensüchtigen Interessenvertretern genauso bekämpft werden wie von mit Sendungsbewusstsein geschlagenen Eiferern und Propheten. Um uns dann durchzusetzen, müssen wir Mut und Durchsetzungskraft haben. Die bringen wir auf; das kann ich Ihnen versprechen. (D)

(Beifall bei der SPD)

Wir stellen uns den bildungspolitischen Herausforderungen. Es treibt uns um, wenn unser Schulsystem in Deutschland die Kinder benachteiligt, deren Elternhaus nicht reich ist, deren Eltern nicht eine besondere Bildung haben, wenn unser Schulsystem nicht von unten nach oben durchlässig ist, sondern nur von oben nach unten. Wir werden das ändern und Korrekturen ansetzen, um das zu beseitigen.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Das ist ein sozialdemokratisches Grundanliegen,

(Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Unseres auch!)

und dafür werden wir kämpfen.

(Beifall bei der SPD)

(Edgar Moron [SPD])

- (A) Auf diesem Weg kann der Ausbau eines Ganztagserschulsystems zur offenen Ganztagschule richtig sein. Aber wir werden auch der Grundschule größere Aufmerksamkeit widmen müssen. Wir werden in Sprachförderung im Vorschulalter investieren, und ich glaube, dass wir auch bei der Qualität der Lehrerbildung und Lehrerfortbildung einiges verbessern müssen.

Wir stehen aber nicht nur am Beginn einer grundlegenden Reform unseres Bildungs- und Schulsystems, sondern auch das System der Finanzierung unserer Städte und Gemeinden muss reformiert werden. Auch das ist nicht nur ein Ergebnis dieser Haushaltsberatungen. Wir wissen schon seit geraumer Zeit, dass das System der Gemeindefinanzierung auf Dauer nicht so bleiben kann, wie es jetzt ist.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

In diesem Zusammenhang muss ich das einmal erwähnen: Herr Dr. Rüttgers, zu Ihren Standardforderungen - vor allen Dingen Ihren, aber vielleicht wird das von der CDU-Fraktion geteilt; das kann ich mir eigentlich nicht vorstellen - gehört beispielsweise das Vorziehen der zweiten und dritten Stufe der Steuerreform auf den Beginn des Jahres 2002.

(B)

Abgesehen davon, dass der konjunkturfördernde Effekt von Wirtschafts- und Konjunkturforschern nachhaltig bestritten wird, führte das Vorziehen der Steuerreformstufen 2 und 3 auf das nächste Jahr zu gravierenden Auswirkungen auf die Haushalte des Bundes, der Länder und der Gemeinden. Für die Gemeinden wäre das verheerend - im Übrigen auch für das Land Nordrhein-Westfalen.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Wir hätten auf einen Schlag in den Städten 2 Milliarden DM und im Land 5 Milliarden DM weniger Einnahmen. Das könnte keiner finanzieren - weder wir noch die Kommunen. Deshalb bin ich auch davon überzeugt: Die Kämmerer, die Ihrer Partei angehören, aber auch die parteineutralen - davon soll es auch noch einige geben, obwohl ich merke, dass die CDU gerade in der Kommunalpolitik dabei ist, alle frei werdenden Posten nur noch mit Parteigängern zu besetzen ---

(Widerspruch und Heiterkeit bei der CDU - Zurufe von der SPD)

- Ja, gerade im Erftkreis gibt es ein tolles Beispiel; ich will es einmal erwähnen. Meine Damen und Herren, dort ist eine Stelle für einen Dezernenten neu ausgeschrieben. Denn der Dezernent, den die CDU gerade eingestellt hatte, hat schon nach eineinhalb Jahren das Handtuch geworfen und ist woanders hingegangen. Was meinen Sie, wo? - In den "Kommunalpolitischen Blättern", also in der kommunalpolitischen Zeitung der CDU. Das ist schon ein tolles Stück. Aber das nur nebenbei.

(C)

(Zurufe von der CDU)

Ich komme zu den Finanzen zurück. Ihre Politik, meine Damen und Herren von der CDU, wäre nicht nur der finanzielle Ruin des Landes, sondern auch der Städte und Gemeinden. Ich sage Ihnen sehr deutlich: Das machen wir nicht mit. Wir werden nicht mit Herrn Dr. Rüttgers russisches Roulette spielen: Mal sehen, vielleicht klappt es, vielleicht klappt es nicht. Mal schauen, ob in der Kammer eine Kugel ist. - Nein, Herr Dr. Rüttgers, das machen Sie mal alleine. Politisches Abenteuer ist mehr ein Kennzeichen Ihrer Politik und nicht unserer Politik.

(Beifall bei der SPD - Frank Baranowski [SPD]: Hasardeur!)

Was wir brauchen, ist eine grundlegende Neuordnung der Finanzbeziehungen zwischen Bund und Ländern. Wir brauchen ein eigenes Hebesatzrecht für die Kommunen. Wir brauchen eine qualitativ und quantitativ gewichtige Steuer, über die unsere Städte und Gemeinden in eigener Verantwortung entscheiden können. Wir brauchen auch eine Steuer, die den Kämmerern, den Räten wieder eine mittel- und langfristige Finanzplanung möglich macht.

(D)

(Jürgen W. Möllemann [FDP]: Richtig!)

Die jetzige Gewerbesteuer lässt das gar nicht zu. Sie ist mal hoch und mal niedrig.

(Jürgen W. Möllemann [FDP]: Richtig!)

Wer soll denn da noch über Jahre hinweg planen? Aber genau das erwarten das Land und auch die Bürgerinnen und Bürger.

(Jürgen W. Möllemann [FDP]: Deswegen weg damit!)

- Es geht um 50 Milliarden DM. Machen Sie doch einmal einen Vorschlag, wie man 50 Milliar-

(Edgar Moron [SPD])

- (A) den DM Gewerbesteueraufkommen im Bund ersetzen soll. Sagen Sie, wie man das finanzieren soll; dann können wir darüber reden. Wir warten auf Ihre Finanzierungsvorschläge für den Wegfall der Gewerbesteuer. Sie können gleich etwas dazu sagen; Sie reden ja nach mir. Ich bin gespannt, was Sie dazu sagen.

Herr Präsident, meine Damen und Herren, deshalb haben wir die Landesregierung aufgefordert, im Rahmen ihrer Möglichkeiten darauf hinzuwirken, dass auf Bundesebene eine Reformkommission eingesetzt wird, die jetzt mit der Arbeit beginnt und direkt nach der Bundestagswahl eine umfassende und grundständige Gemeindefinanzierungsreform als erstes großes Reformvorhaben auf den Weg bringt. Wir wollen, dass das nicht mehr auf die lange Bank geschoben wird; wir wollen hier ganz schnell eine Entscheidung.

Im kommenden Haushaltsjahr 2002 werden die Kommunen genauso wie das Land durch eine finanziell schwierige Zeit gehen müssen. Die Steuermindereinnahmen wirken sich - ich sagte es bereits - natürlich auch auf die kommunalen Finanzen negativ aus. Aber dennoch - auch das gehört zur Wahrheit, meine Damen und Herren, wenngleich es von Ihnen immer unterschlagen wird - erhalten die Kommunen im nächsten Jahr 171 Millionen DM mehr als im laufenden Jahr 2001. Das ist eine Steigerung, wenn auch nur eine geringe, um 0,1 %.

- (B)

(Dr. Axel Horstmann [SPD]: Zuhören!)

Zur gleichen Zeit gehen aber die Ausgaben des Landes um 0,5 %, um 500 Millionen DM, zurück. Hier gibt es keine Parität, hier haben wir Disparitäten: Bei uns sinken die Ausgaben, bei den Kommunen steigen die Einnahmen. So ist die Realität; das sollte man doch einmal zur Kenntnis nehmen.

(Beifall bei der SPD)

Ich sage aber sehr deutlich: Mit dem Gemeindefinanzierungsgesetz bekommen wir die gravierenden Probleme der kommunalen Finanzen nicht in den Griff. Allein durch Veränderungen im GFG können wir das nicht hinbekommen. Deshalb brauchen wir eine umfassende Reform der Gemeindefinanzierung.

Meine Damen und Herren, ganz platt gesagt und auf einen einfachen Nenner gebracht: Die Kommunen sind für die Schulen, für die Gebäude, zuständig, und das Land ist für die Lehrer zustän-

dig. Im nächsten Jahr - das haben wir gemeinsam beschlossen, und darauf sind wir auch stolz - wird es eine Pauschale für den Bau von Schulen in der Größenordnung von 1 Milliarde DM geben. Die Kommunen müssen dann keine umständlichen Förderanträge mehr stellen.

Wir erleichtern also die Verwaltungsarbeit und stärken auf diese Weise auch die kommunale Selbstverwaltung. Die Städte und Gemeinden können dann entscheiden, ob sie ein Gebäude neu bauen, ob sie die Mittel für Sanierungen einsetzen oder sie für ein größeres Projekt ansparen wollen. Sie haben viele alternative Möglichkeiten. Auch alternative Finanzierungsformen sind jetzt möglich. Es gibt aber eine Bedingung an die Räte, Kämmerer, Bürgermeister und Oberbürgermeister: Das Geld muss für die Schulen eingesetzt werden.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Ich halte diesen Hinweis für sehr wichtig; denn man gewinnt in manchen Städten den Eindruck, dass dem Bau einer neuen Fußballarena mehr Aufmerksamkeit geschenkt wird als dem Bau von neuen Schulen. Auch in unserem Land gibt es hierfür genügend Beispiele.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD)

Meine Damen und Herren, wir haben schon in der zweiten Lesung über die so genannte Feuerchutzpauschale gestritten. Auch wenn man darüber diskutieren kann, ob ihre Höhe auskömmlich ist oder nicht, so ist der Grundsatz doch richtig. Auch hier erleichtern wir die Verwaltungsarbeit und stärken die Selbstständigkeit der Kommunen. Die Städte und Gemeinden können künftig entscheiden, ob sie ein neues Löschfahrzeug kaufen oder ansparen, ob sie in ein Feuerwehrgerätehaus oder in Ausrüstung investieren. Das ist künftig kommunale Entscheidung und wird nicht mehr von irgendwelchen Bewilligungsbehörden vorgegeben. Dieser Weg ist richtig.

(Hans Peter Lindlar [CDU]: Sie kennen das Problem doch gar nicht!)

Ich sage sehr deutlich: Es ist richtig, den Kommunen über Pauschalen mehr Eigenverantwortung zu übertragen. Diesen Grundsatz würden wir sehr gerne auch auf die Sportstättenmittel anwenden. Das haben wir in diesem Jahr noch nicht machen können. Hierzu bedarf es noch vieler Gespräche

(C)

(D)

(Edgar Moron [SPD])

- (A) mit unserem Koalitionspartner, mit den Sportverbänden und mit der kommunalen Familie. Diese Gespräche werden wir im nächsten Jahr führen. Wir sind guten Mutes, dass wir im Jahre 2003 auch die Mittel für die Sportstätten pauschalieren können.

(Beifall bei der SPD)

Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, der Oppositionsführer Jürgen Rüttgers hat die Politik der Landesregierung und der sie tragenden Koalitionsfraktionen auch in Bezug auf die innere Sicherheit kritisiert. Ich sage Ihnen, Herr Dr. Rüttgers: Ihre Vorschläge sind realitätsfremd und teilweise auch abenteuerlich.

(Marc Jan Eumann [SPD]: So ist er!)

Sie haben ernsthaft vorgeschlagen, das Land solle Hilfspolizisten beschäftigen, die in einem Schnelkurs von drei Monaten Dauer ausgebildet werden sollen.

(Widerspruch von Dr. Jürgen Rüttgers [CDU])

Dazu sage ich ganz klar: Das ist mit uns nicht zu machen; denn das bedeutet nicht mehr, sondern weniger innere Sicherheit, Herr Dr. Rüttgers. Wir wollen keine Polizei light. Wir wollen gut ausgebildete, kompetente, verantwortlich handelnde Polizeibeamte.

(B)

(Hermann-Josef Arentz [CDU]: Popanzbildung!)

Eine solche Ausbildung dauert aber drei Jahre; so etwas braucht eben seine Zeit.

Für die Verstärkung der Terrorismusbekämpfung werden wir in den nächsten fünf Jahren zusätzliche Mittel in Höhe von 190 Millionen Euro in die Hand nehmen. Diese Mittel dienen der Verstärkung von Polizei, Verfassungsschutz, Feuerwehr und Katastrophenschutz.

Ich will ein paar Beispiele nennen - denn Herr Dr. Rüttgers bewegt sich immer im Allgemeinen und springt ab, wenn es konkret wird -: 235 Stellen und im Jahr 2003 weitere 190 Stellen bei der Polizei; 71 Stellen beim Verfassungsschutz; 53 neue Finanzermittler zur Unterstützung der Polizei bei der Bekämpfung der Geldwäsche - auch das hat etwas mit Terrorismus zu tun -; Aufrüstung der Polizei und des Verfassungsschutzes mit Informationstechnik und Einsatzfahrzeuge; 26

neue Einsatzleitfahrzeuge für den Katastrophenschutz; 144 Spezialausrüstungen zum ABC-Schutz. (C)

Direkt nach dem 11. September 2001 wurden in der ersten Ergänzungsvorlage des Landeshaushaltes schon 120 zusätzliche Stellen veranschlagt; in der zweiten Ergänzungsvorlage wurden weitere 188 Stellen für die Terrorismusbekämpfung eingesetzt.

Das ist ein beachtliches Programm. Es ist mit dem, was andere Bundesländer getan haben, vergleichbar. Sie gucken ja immer auf Bayern wie das Kaninchen auf die Schlange. Manchmal habe ich den Eindruck, dass Ihnen Bayern besser als Nordrhein-Westfalen gefällt. Das kann aber nicht wegen der Politik so sein.

(Jürgen W. Möllemann [FDP]: Warum denn?)

- Wahrscheinlich aus ganz anderen Gründen. - Die Bayern haben auch nicht mehr Geld eingesetzt und mehr Polizei aktiviert als wir. Wenn Sie den Zeitraum von vier Jahren nehmen, in denen dieses Programm realisiert wird, ist das vergleichbar.

(Zuruf von der CDU: Das ist falsch!)

Es sind angemessene und sachgerechte Antworten auf die Herausforderungen, vor denen wir stehen. (D)

Ich sage aber, damit das nicht in den falschen Hals kommt, sehr deutlich: Man weiß, auch mit solchen Mitteln wird man terroristische Anschläge nie ganz verhindern können. Aber wir bemühen uns um ein Höchstmaß an realisierbarer Sicherheit für die Bürgerinnen und Bürger.

(Beifall bei der SPD)

Neben der Bildung, der Ganztagsbetreuung, der Finanzierung kommunaler Aufgaben und der inneren Sicherheit ist die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit eines der Kernziele unserer Politik und auch unserer Haushaltspolitik. Bei der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit sind wir zurückgeworfen worden, aber wir geben unser Ziel nicht auf - das hatte ich schon gesagt -: Eine wirkungsvolle Verringerung der Arbeitslosigkeit steht in unserer Prioritätenliste ganz oben.

Um dieses Ziel zu erreichen, müssen die Mittel zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit auf solche Projekte konzentriert werden, die nachweisbar

(Edgar Moron [SPD])

- (A) Arbeit sichern und neue Erwerbsperspektiven eröffnen. Deshalb konzentrieren wir uns auf den regulären Arbeitsmarkt.

(Beifall bei der SPD)

Wir wollen neben klassischer Wirtschaftsförderung die Förderung von Wachstums- und Kompetenzfeldern auf eine neue Grundlage stellen. Es muss umgesteuert werden: weg von verlorenen Zuschüssen an Unternehmen, hin zu Darlehen! Das ist nach unserer festen Überzeugung das einzig wirkungsvolle Instrument zur effizienten und nachhaltigen staatlichen Förderung des Arbeitsmarktes.

Transfergesellschaften haben den Beweis dafür erbracht. Harald Schartau hat es exzellent in die Wege geleitet, dass wir mit solchen Transfergesellschaften Arbeitslosigkeit erfolgreich verhindern können. Wir drängen darauf und unterstützen unseren Arbeitsminister dabei, dieses Instrument verstärkt einzusetzen. Hier sind wir mit Harald Schartau - aber nicht nur hier, sonst auch -

(Jürgen W. Möllemann [FDP]: Nicht überall?)

in einem gemeinsamen Boot, eng an seiner Seite.

- (B) (Jürgen W. Möllemann [FDP]: Das ist ein Schlauchboot!)

Wir halten gemeinsam mit Wolfgang Clement daran fest, dass jeder Jugendliche, der ausgebildet werden will, auch einen Ausbildungsplatz erhält. Und die Bilanz ist gut - darüber redet auch keiner; das unterschlagen Sie ja alles -: Wir haben für jeden Jugendlichen einen Ausbildungsplatz,

(Beifall bei der SPD)

zwar nicht gleichmäßig in allen Landesteilen - das ist leider so -, aber wir haben einen. Sie gehen darüber hinweg und ignorieren das. Na ja, man muss nehmen, wie es kommt.

Der Haushaltsansatz für Arbeitsmarktpolitik wurde zugunsten arbeitsmarktpolitischer Modellprojekte erhöht. Investitionen, die jetzt möglich sind, sollen vorgezogen worden. Das tut der Wirtschaft gut, das sichert Arbeitsplätze, und das ist auch einer der Gründe dafür, warum Ministerpräsident Wolfgang Clement angekündigt hat, dass Investitions- und Baumaßnahmen des Landes vorgezogen werden. Die SPD-Fraktion begrüßt das

- Zwölf-Punkte-Programm der Landesregierung in diesem Bereich nachdrücklich. (C)

(Beifall bei der SPD)

Wir freuen uns auch darüber, meine Damen und Herren, dass Nordrhein-Westfalen seit vielen Jahren zum ersten Mal wieder bei der Vergabe von Straßenbaumaßnahmen des Bundes, Herr Möllemann, nicht mehr benachteiligt wird.

(Beifall bei der SPD)

Die Zeiten, als unter einer anderen Bundesregierung - Sie können sich denken, wen und welche Parteien ich damit meine ---

(Jürgen W. Möllemann [FDP]: Da komme ich nicht drauf!)

- Ja, das kann ich mir denken, weil Sie da auch einen Verdrängungskomplex haben. Damit wollen Sie nichts mehr zu tun haben. Das ist für Sie nur unangenehme Geschichte.

(Beifall bei der SPD)

Daran wollen Sie nicht erinnert werden.

Die Zeiten, als unter einer anderen Bundesregierung die Mittel vor allem nach Süddeutschland geflossen sind, sind endgültig vorbei. Heute wird eine bedarfsorientierte Verkehrspolitik gestaltet, und dabei ist logischerweise Nordrhein-Westfalen als das Land mit der höchsten Verkehrsdichte auch das Land, das die meisten Verkehrsinvestitionen braucht. Die Investitionsprogramme des Bundes für die nächsten Jahre betragen in Nordrhein-Westfalen allein 270 Millionen Euro. Da ist nach oben noch viel Luft, und wir werden mit Verkehrsminister Bodewig noch kräftig darüber reden, dass es noch mehr wird, u. a. auch, wenn wir über Metrorapid sprechen. Das ist sachgerecht, das ist angemessen und im Übrigen auch ein Beweis dafür, dass Nordrhein-Westfalen mit einer SPD-geführten Bundesregierung gut fährt. (D)

(Beifall bei der SPD)

Zur Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik gehört aber auch eine klare Politik, eine klare Aussage, eine klare Position zur heimischen Kohle. Herr Möllemann und die von ihm geführte FDP hat eine klare und eindeutige Position. Er sagt: Schluss mit der deutschen Steinkohle! Lasst die Gruben ab-

(Edgar Moron [SPD])

(A) saufen und schickt die Bergleute in die Arbeitslosigkeit! - Das ist seine Politik.

(Beifall bei der SPD - Zuruf von der FDP:
Nein, nein!)

Wir haben eine andere: Wir halten an der Steinkohle fest, aber nicht aus romantischer Verklärung.

(Jürgen W. Möllemann [FDP]: Natürlich nicht!)

Wir sind aus nüchternen energiepolitischen Erwägungen für die Steinkohle und sagen: Sie hat auch eine Zukunft. Wir brauchen gerade in Zukunft den heimischen Energieträger Steinkohle. Wir wollen bei der Energie nicht noch mehr Importabhängigkeit. Wir brauchen mehr Sicherheit in der Energieversorgung.

Das sieht man mittlerweile auch auf der EU-Ebene genauso. EU-Kommissar Romano Prodi hat in einem Brief an den Präsidenten des Beratenden Ausschusses der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl, Wolfgang Reichel, Folgendes geschrieben: Seine, Prodis, Auffassung sei, dass aufgrund der aktuellen energiepolitischen Vorgaben Maßnahmen zur Sicherung der Verfügbarkeit von europäischen Produktionskapazitäten getroffen werden müssten, um etwaige Unwägbarkeiten des Energiemarktes abfedern zu können.

(B) (Jürgen W. Möllemann [FDP]: Donnerwetter!)

Der Primärenergiesockel, auf den Herr Prodi in seinem Brief hinweist,

(Jürgen W. Möllemann [FDP]: Hat er das Geld mitgeschickt?)

Herr Möllemann, zeigt eindeutig, dass auch die EU auf einen Primärenergiesockel setzt.

(Jürgen W. Möllemann [FDP]: Sitzt!)

Kohle werde auch in Zukunft eine Rolle spielen. So hat sich Herr Prodi in seinem Brief geäußert.

(Beifall bei der SPD)

In der Frage der Kohlepolitik im Übrigen irren Sie, Herr Möllemann, genauso, wie Sie sich auch am 11. Mai des Jahres 2000 im Deutschen Bundestag geirrt haben. Sie sagten damals im Deutschen Bundestag - ich darf das einmal zitieren, obwohl

ich Herrn Möllemann nicht sehr oft direkt zitiere - wörtlich: (C)

"Meine Damen und Herren, ich spreche heute zum letzten Mal als Abgeordneter im Deutschen Bundestag. Da möchte ich mich von Ihnen verabschieden und Ihnen für gute und böse Worte danken. Ich war gerne hier. Nun gehe ich nach Düsseldorf in den Landtag und in die Landesregierung."

(Lachen bei der SPD - Jürgen W. Möllemann [FDP]: Geduld!)

Das Wichtigste in Ihrer Ankündigung, Herr Möllemann, war falsch. Sie sind zwar in den Landtag gekommen, aber in die Landesregierung nicht. Sie haben sich in die Landespolitik verabschiedet, aber nun kehren Sie in die Bundespolitik zurück.

(Zuruf von Jürgen W. Möllemann [FDP])

Nun sagt man ja, meine Damen und Herren: Reisende soll man nicht aufhalten.

(Marc Jan Eumann [SPD]: Bon voyage!)

Also, Herr Möllemann: Wir lassen Sie ziehen - ohne Wehmut. Gehen Sie!

(Beifall bei der SPD) (D)

Ich will es deutlich sagen: Wir haben Sie manchmal als Bereicherung empfunden. In wenigen Fällen waren Sie auch hilfreich. Aber ihre Showmastertalente haben manchmal die inhaltlichen Schwächen ihrer politischen Initiativen nicht überdecken können.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Dennoch, Herr Möllemann: Im Gegensatz zu Herrn Reul würden wir nicht so weit gehen und sagen, dass die Liberalen wegen ihres Vorsitzenden Möllemann zu Klamauk neigen. Das würden wir nicht so sagen.

(Zuruf von der SPD: Nein, nein!)

Herr Möllemann, wir hatten Sie gerne hier. Wir danken Ihnen für gute und böse Worte.

(Zurufe von der FDP)

Nun wollen Sie wieder in den Bundestag. Wir bleiben hier und werden - wenn Sie schon nicht mehr hier sind - erneut einen Haushalt, und zwar den des Jahres 2003, beraten und verabschie-

(Edgar Moron [SPD])

(A) den. Und auch dieser Haushalt, Herr Möllemann, wird gekennzeichnet sein durch haushaltspolitische Solidität, Kontinuität und Seriosität,

(Jürgen W. Möllemann [FDP]: Furchtbare Drohung!)

durch weitere Anstrengungen zur Verbesserung unseres Schulsystems, durch zusätzliche Instrumente und Mittel zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und zur Schaffung von Arbeitsplätzen sowie durch finanzielle Hilfen, zur Schaffung von sozialer Gerechtigkeit und einer gerechten Verteilung aller Lasten.

Meine Damen und Herren, wir verabschieden heute einen Haushalt, der die eben genannten Kriterien erfüllt und der Kurs hält - trotz schwerer Einbrüche auf der Einnahmenseite unseres Landes.

Die Landesregierung und die sie tragenden Koalitionsfraktionen leisten mit diesem Haushalt einen weiteren wichtigen Beitrag zur Zukunftssicherheit unseres Landes. Dieses Land Nordrhein-Westfalen hat in schweren Zeiten anderen Bundesländern über Jahre und Jahrzehnte hinweg geholfen. Die Menschen in diesem Land sind stolz darauf, dass wir in Nordrhein-Westfalen unsere Probleme - und die hatten wir in der Tat reichlich - immer selbst und ohne die Hilfe anderer gemeistert haben.

(B)

(Beifall bei der SPD)

Die Zukunft Deutschlands, meine Damen und Herren, wird hier in Nordrhein-Westfalen gestaltet. Darauf sind wir stolz. Ich danke Ihnen und sagen Ihnen Glückauf.

(Anhaltender Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. Helmut Linssen: Vielen Dank, Herr Kollege Moron. - Für die FDP-Fraktion erteile ich jetzt dem Kollegen Möllemann das Wort.

(Zuruf von der SPD: Zum letzten Mal! Abschlussrede! Auf Wiedersehen!)

Jürgen W. Möllemann (FDP) (von Beifall begleitet): Herr Präsident! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Man könnte glauben, es gehe auch hier um die K-Frage, wenn man die bemerkenswerten Bemühungen sieht.

(Zuruf von der SPD: M-Frage!)

Es gab einen ziemlich bemerkenswerten Wettbewerb in Bezug auf den Beifall. (C)

Diese Debatte, liebe Kolleginnen und Kollegen, wird im Westdeutschen Fernsehen live übertragen. Man hat mir gerade gesagt, die Hörer hätten angerufen und gefragt, ob etwas Schlimmes passiert sei oder warum die Männer sonst so schreien würden. Deswegen möchte ich ganz gerne zu den Grenzwerten der TA Lärm zurückkommen

(Beifall bei der FDP - Widerspruch bei der SPD)

und mich mit dem beschäftigen, was hier ansteht.

Im Übrigen, verehrter Herr Kollege Moron, wenn ausgerechnet Sie - zu Ihrer Schlussbemerkung komme ich am Schluss meiner Rede, weil sich das so geziemt - sich zum Wächter über die parlamentarischen Sitten aufschwingen wollen, dann kommt mir das so vor, als wenn Prinz Ernst August von Hannover den Knigge neu schreiben wollte.

(Beifall bei FDP und CDU - Allgemeine Heiterkeit)

Ansonsten habe ich bei Ihrer Rede - auf den Schluss komme ich, wie gesagt, noch - an zwei Stellen das Gefühl gehabt: Donnerwetter, jetzt ist ihm aber etwas gelungen. (D)

Die erste Stelle war der Moment, als Sie auf den vielleicht wirklich nicht so ganz gelungenen Begriff von Herrn Kollegen Rüttgers in Bezug auf Herrn Schartau eingingen. Denn in der Tat: Es hat ja was, wenn einer der beiden Oppositionsführer Herrn Schartau als designierten Ministerpräsidenten bezeichnet. Wenn dann allerdings der SPD-Fraktionsvorsitzende das aufnimmt, dann hat auch was.

(Beifall bei der FDP - Allgemeine Heiterkeit)

Ich komme zu der zweiten Stelle: Als Sie, lieber Herr Moron - wir haben alle noch die Bericht über den Auftritt und die Behandlung von Herrn Steinbrück in Ihrer Fraktion im Ohr -, hier eine Vertrauenserklärung für Herrn Steinbrück abgegeben haben, habe ich bei mir gedacht: Aufpassen, Steinbrück, jetzt ist es bald vorbei! Wenn Herr Moron für Herrn Steinbrück eine Vertrauenserklärung

(Jürgen W. Möllemann [FDP])

(A) abgibt, hat das letzte Stündchen für Herrn Steinbrück fast geschlagen.

(Beifall bei der FDP - Widerspruch bei der SPD)

Aber, verehrte Kolleginnen und Kollegen, zu dem, was Herr Moron im Übrigen gesagt hat, komme ich zum Schluss meiner Rede.

Zunächst gilt Folgendes: Der von Rot-Grün heute zur Abstimmung gestellte Haushalt 2002 ist das Dokument einer teils falschen, teils unzulänglichen Politik. Er macht das dringend Nötige nicht möglich. Dagegen ist das durch diesen Haushalt Mögliche an zu vielen Stellen unnötig.

Der Bund der Steuerzahler hat dazu gestern in einer Dokumentation durchaus Bedenkenswertes vorgetragen.

(Edgar Moron [SPD]: Ganz schwach!)

- Ja, ich finde es nicht so toll, dass diejenigen, die regieren, Hinweise des Bundes der Steuerzahler immer so abtun, als seien die nur deswegen nicht ernst zu nehmen, weil die eigene Regierungstätigkeit so fulminant sei. Nehmen Sie ernst, was dort gesagt worden ist.

(B) (Dr. Axel Horstmann [SPD]: Die haben die Gemeindefinanzierung zur Subvention erklärt! Da lache ich mich kaputt!)

Bei Bildung und Wissenschaft, bei Mobilität und Verkehr sowie bei der inneren Sicherheit verdient dieser Haushalt und die Politik der Landesregierung, die damit betrieben werden soll, die Note "mangelhaft". Das Haushaltsgebaren der Landesregierung bewegt sich im Bereich verfassungsrechtlicher Fragwürdigkeit.

Der Haushaltsentwurf von Minister Steinbrück und das, was danach die rot-grünen Koalitionsfraktionen daraus gemacht haben, ist die Entzauerung und Minimalisierung des bislang großspurigsten und arrogantesten Kabinettsmitglieds.

(Beifall bei der FDP)

Er ist das Papier nicht wert, auf dem er geschrieben ist. Die FDP lehnt diesen Haushalt deswegen aus politischen Gründen ab.

(Beifall bei der FDP)

Ich möchte einige Beispiele dieser unzulänglichen Politik ansprechen. (C)

Nehmen wir den Kernbereich der Landespolitik, in dem die Landespolitik auch die meisten Zuständigkeiten hat, den Bereich Bildung und Wissenschaft und hier speziell die Schulpolitik.

Die PISA-Studie stellt nun unbestrittenermaßen unseren Schulen ein miserables Zeugnis aus, macht unser Land zum Hanswurst der internationalen Bildungsszene - und die Landesregierung erstarrt im Schock. Verblüfft erleben wir Wolfgang Clements "Schock-Rock". Der geht so: kraftvoll vorgestrecktes Kinn, scharfer Blick auf Gabi, metallene Stimme: I'm shocked. - Danach entschlossenes Abwarten, entschiedene Bewegungslosigkeit und nach nochmaligem Blick auf Gabi müdes Abwinken.

(Beifall bei der FDP - Ewald Groth [GRÜNE]: Schwache Vorstellung!)

Bei diesem Schocker fiel Gabi fast vom Hocker.

(Johannes Remmel [GRÜNE]: Stefan Raab ist besser!)

Herr Ministerpräsident, jetzt im Ernst: Legen Sie Ihre bildungspolitische Schockstarre ab. (D)

Ihre Ministerin hat am 16.11. - vor fünf Wochen also - die zwölf Maßnahmen des Forums Bildung, also der Bildungsminister von Bund und Ländern, unterschrieben. Nicht eine davon ist in diesem Haushalt abgesichert.

So geht das nicht. Die Probleme sind nicht zu leugnen. Das ist so: Keine der Maßnahmen des Forums Bildung, Frau Behler - alle sind auf die Zukunft gerichtet -, ist in diesem Haushalt abgedeckt. Sie haben nicht die Kraft, Papiere, die Sie unterschrieben haben, im Kabinett durchzukämpfen.

(Beifall bei der FDP)

Sie haben dort nichts zu sagen. Das hat Ihnen der SPD-Parteitag gerade ja auch bescheinigt. So was kommt von so was.

(Beifall bei der FDP)

Es nützt nichts, solche Proklamationen von sich zu geben und dann keine Taten folgen zu lassen.

(Jürgen W. Möllemann [FDP])

(A) Die Missstände sind doch nicht zu leugnen: zu große Klassen, zu wenig Lehrer, zu viel Unterrichtsausfall, zu wenig Erziehung, zu schlechte Leistungen. Von daher ist jetzt politisches Handeln notwendig und nicht das Formulieren von Papieren allein. Vielleicht werden wir nachher eine Ankündigung von Handeln hören.

Herr Moron, Sie haben dazu kein Wort gesagt. Sie haben gesagt: Wir werden kritisch prüfen. - Es ist nicht mehr zu prüfen, was wir an Missständen haben, es ist zu beheben, und zwar durch politisches Handeln zu beheben.

(Beifall bei der FDP)

Die Vorschläge liegen auf dem Tisch.

Zum Thema Verkehr: Hunderttausende Autofahrer stehen immer öfter immer länger im Stau.

(Zuruf von der SPD: Im Tunnel!)

Sie hören in den Nachrichten die Schönfärberei und Gesundheitsbeterei des Verkehrsministers. Anschließend hören Sie die Staumeldungen und fragen sich: Spinnt dieser Minister, oder träumen wir? - In der nächsten Nachrichtensendung - diesmal im nächsten Stau - hören sie, dass sie ab 1. Januar eine weitere Erhöhung der Ökosteuern für Liter bezahlen dürfen. Da kommt Freude auf.

(B)

(Ewald Groth [GRÜNE]: 1,39 Euro!)

Und dann diese rot-grüne Stillstandspolitik bei anderen Verkehrsmitteln!

Ich habe das zum Metrorapid gerade gehört. Lieber Herr Moron, es ist ja schön, wenn er als Nukleus für eine große Lösung kommt; denn dieses Verkehrsmittel ist zu schade, um nur auf einer Teilstrecke eingesetzt zu werden. Es ist ein Start. Aber der Widerspruch kommt nicht von den Freien Demokraten, sondern aus Ihren eigenen Reihen. Was hat in der letzten Woche Herr Eichenseher hier vorgetragen? Sie reden nicht für Ihre Koalition, Sie reden für einen Teil derselben. Sie kommen doch in diesem Bereich nicht weiter.

(Beifall bei der FDP)

Ausbau der Flughäfen! Ich höre immer wieder die eindrucksvollen Bekenntnisse - meistens des Ministerpräsidenten, gelegentlich von Herrn Schwanhold - z. B. zum Ausbau des dritten internationa-

len Flughafens, den wir in Nordrhein-Westfalen haben, der für das Münsterland und für das südliche Niedersachsen von großer Bedeutung ist: Münster/Osnabrück. (C)

(Johannes Remmel [GRÜNE]: Sie erzählen doch das Gleiche wie im letzten Jahr!)

- Herr Kollege Remmel, ich habe Ihnen im letzten Jahr schon gesagt, dass Sie vorsichtig sein sollen. Ich komme noch zu Ihnen.

(Zuruf von Ewald Groth [GRÜNE])

Es nutzt nämlich nichts, wenn bei solchen festlichen Gelegenheiten gesagt wird: Wir werden nach den bereits getätigten Investitionen in die Infrastruktur dieses Flughafens - der mittlerweile einer der benutzerfreundlichsten der Republik ist - dafür sorgen, dass auch die sonstigen Kapazitäten so ausgebaut werden, dass sich dort entsprechende Mengen bewegen werden.

(Zuruf von Rüdiger Sagel [GRÜNE])

Das geht ohne eine Verlängerung der Start- und Landebahn nicht. Herr Clement, Sie wissen auch: So wenig wie Düsseldorf, so wenig wie Köln/Bonn alle infrastrukturellen Maßnahmen aus eigener Kraft geleistet haben, so wenig kann Münster/Osnabrück das. Und es ist Ihr Koalitionspartner in Gestalt des Abgeordneten Sagel - ich lese es im Münsterland jeden Tag in den Zeitungen -, der permanent verkündet: Clement und Schwanhold mögen wohl reden, aber es werde zu diesem Ausbau nicht kommen. Das verunsichert. (D)

(Beifall von Rüdiger Sagel [GRÜNE] - Zuruf)

- Ich lese es nicht jeden Tag - da haben Sie Recht -, aber manchmal fällt mein Blick darauf.

(Zuruf von Sylvia Löhrmann [GRÜNE])

Es fällt mir nur auf, dass Ihr Koalitionspartner dauernd und konsequent gegen dieses Projekt spricht. Das führt natürlich nicht zu Klarheit und auch nicht zu Entschiedenheit bei den Betreibern, die sich fragen: Werden wir alleine gelassen? Kommen die nur zu festlichen Anlässen, oder werden sie uns helfen, dieses Projekt wirklich zu vollenden?

(Zuruf von Johannes Remmel [GRÜNE])

(Jürgen W. Möllemann [FDP])

- (A) Thema innere Sicherheit! Vollzugsdefizite bei Bund und Land - darüber wurde hier bereits geredet.

(Dr. Axel Horstmann [SPD]: Sie sind jetzt Innenpolitiker! Stimmt das?)

Die Zitate aus dem Mund eines der Gewerkschaftsvorsitzenden der verschiedenen Polizeigewerkschaften waren eindeutig. Ich denke, die kennen sich in ihrem Metier aus.

In den Jahren von 1990 bis 1998 haben wir 45 Anti-Terror-Gesetze verabschiedet, und wir wissen genau, dass die Hälfte davon nicht vollzogen wird. Es geht um Vollzugsdefizite, es geht nicht um ein Defizit an neuen Gesetzen.

(Beifall bei der FDP)

Ich habe mit großer Bewunderung mal wieder die Flexibilität der Grünen erlebt. Der intellektuelle Schweinsgalopp, der im Deutschen Bundestag praktiziert worden ist, ein 1000-Seiten-Paket am Mittwoch in den Innenausschuss zu bringen und am Freitag zu verabschieden, noch bevor die Anhörungsprotokolle vorlagen, ist eine Art und Weise, den Rechtsstaat zu Tode zu schützen, die wir Liberalen nicht mittragen können.

- (B) (Beifall bei der FDP - Zuruf von Sylvia Löhrmann [GRÜNE])

Und dabei frage ich mich, wo sich denn andere in der Zeit bewegt haben.

(Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Deswegen haben wir ja unseren Einfluss geltend gemacht!)

Die Innenminister von Bund und Ländern hätten, wenn es nach manchen unter ihnen gegangen wäre, am liebsten noch mehr gemacht. Ist Ihnen, Frau Löhrmann, wohl bei der Ausweitung der Möglichkeiten der Geheimdienste, privateste Daten über viele Menschen von Reiseunternehmen, von anderen Unternehmen de facto ohne Kontrolle abzufragen?

(Zuruf von Sylvia Löhrmann [GRÜNE])

Ist Ihnen als Grüne wohl dabei? Schöne Grüne seid ihr! Aber die Flexibilität, um ja dabeizubleiben, kennen wir zur Genüge.

(Beifall bei der FDP)

Ich komme gleich darauf zurück. Ich kann nur sagen: Gegen die Brüder im Geiste - Schill, Schily

- und Beckstein - war Zorro, der Rächer, ein linksliberaler Rechtsstaatsfreak. (C)

(Beifall bei der FDP - Lachen von Dr. Axel Horstmann [SPD])

Die Diagnose rot-grüner Politik lautet bestenfalls: Echternacher Springprozession, im Regelfall aber: Die hurtigsten Trippelschrittchen nutzen eben nichts, wenn sie in die falsche Richtung gehen. Nötig ist eine Kurskorrektur. Es ist Zeit für einen Wandel und damit Zeit zum Handeln.

Das gilt für den Bereich der Bildungspolitik. Es ist bemerkenswert, wie ein- und dasselbe Parlament Missstände konstatiert, übrigens quer durch die Reihen - es bezieht sich nicht nur auf die PISA-Studie, auch auf viele andere Mangelerscheinungen -, und wie sich dann die Mehrheit in diesem Parlament, wenn es um konkrete Abhilfe geht, verweigert. Die Leute merken das. Sie werden ja Tag für Tag mit den realen Gegebenheiten in den Schulen konfrontiert.

- Und in den Hochschulen ist es nicht anders. Das Kompliment, das der Kollege Rüttgers den deutschen Hochschulen gemacht hat, war ja ein verdammt relatives. Wenn man Missstände an anderen Einrichtungen kritisiert und sagt, im Verhältnis dazu seien unsere besser, dann ist das leider noch nicht hinreichend. (D)

Dazu hat der Ministerpräsident bei seiner Reise nach Skandinavien kürzlich bemerkenswerte Ausführungen gemacht - bis hin dazu, dass er sagte: Ich muss die Situation an den Hochschulen zur Chefsache machen. Das weiß ich noch aus der Zeit, in der ich auch in einer Regierung war: Wenn drohte, dass ein Kanzler oder ein Regierungschef eine Angelegenheit zur Chefsache macht, dann ist das für den entsprechenden Fachminister nicht gerade ein Kompliment.

(Beifall bei der FDP - Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Deswegen sind Sie auch bildungspolitischer Sprecher!)

In der Bildungspolitik muss das, was Union und FDP, zum Teil in unterschiedlichen Akzenten vorgelegt haben, umgesetzt werden. Es hat keinen Zweck, Herr Kollege Moron, wenn Sie das weiter verschieben. Kein einziger Missstand, wie er durch die PISA-Studie dargestellt worden ist, wird mit dem, was Sie für das kommende Jahr mit dem Haushalt möglich machen, beseitigt werden können. Das wissen Sie.

(Jürgen W. Möllemann [FDP])

- (A) Ich frage noch einmal, Herr Ministerpräsident: Wenn Sie sagen, dass diese Studie Sie so sehr geschockt hat: Was sind die handfesten konkreten Schlussfolgerungen, die jetzt, nicht irgendwann, sondern jetzt gezogen werden?

Nun finde ich ein Weiteres beim Thema Verkehr und innere Sicherheit, immer wieder auftretend, doch bemerkenswert: Wir wissen alle, dass eine ganze Reihe der Maßnahmen, die wir für notwendig erachten, zusätzliches Geld kosten. Sobald es konkret wird, wo dieses Geld herkommen soll, geht wieder eine Abwehrschlacht los. Auch das durchschauen die Menschen.

Es nützt nichts, darauf hinzuweisen, dass der Haushalt knapp sei, und in schweren Zeiten sei das alles sehr schwierig. Man muss schon, denke ich, handfeste Vorschläge machen. Wir machen solche handfesten Vorschläge. Wir wollen die Milliarden, die in die Subventionierung der Steinkohle gesteckt werden, nicht mehr dort ausgegeben sehen. Wir brauchen dieses Geld dringend für die Infrastruktur im Bereich Bildung und Mobilität.

(Beifall bei der FDP)

- (B) Da wir auch nicht Geld drucken wollen und können, korrigieren wir damit einen Standpunkt, den wir zuzeiten günstigerer finanzieller Bedingungen auch im Kompromiss mitgetragen haben. Es ist keine Schande, eine Position unter veränderten Rahmenbedingungen zu korrigieren.

Wir meinen nur: So, wie die Lage sich entwickelt hat, macht es keinen Sinn, diese Beträge weiterhin in das Subventionsgrab Steinkohlenbergbau zu stecken. Und es macht auch keinen Sinn, daneben jetzt ein neues Subventionsgrab aufzumachen, nämlich beim Thema Windkraft. Darüber ist hier diskutiert worden.

(Beifall bei der FDP)

Aber genau das Gleiche geht wieder los, und wieder gegen den Markt mit den gleichen Konsequenzen. Wir reden bei Einsparungen in diesem Feld schon von Milliarden-Größenordnungen. Aber das reicht angesichts der Größenordnungen zusätzlich zu bewältigender Aufgaben nicht aus. Deswegen brauchen wir auch eine gemeinschaftliche Anstrengung zum Thema Abbau von Staatstätigkeit und von Staatsapparat. Daran führt kein Weg vorbei. Ich weiß, dass das sehr schwierig ist, weil alle, die sich daran gewagt haben, sofort

- (C) mit dem Besitzstandsdenken konfrontiert worden sind, alle. Aber es geht kein Weg daran vorbei. Wir haben zu viel Staatsapparat. Wir haben zu viel Staatstätigkeit.

Der Personalkostenanteil - das zu beklagen, reicht nicht aus - am Landeshaushalt ist eindeutig zu hoch. Aber davon kommt man nur runter, wenn man die Aufgaben, die heute von Landesbediensteten wahrgenommen werden, privatisiert und wenn man die Staatstätigkeit reduziert. Nur dann kann man auch das Personal entsprechend abbauen. Und am Abbau dieses Personals führt in den Bereichen, die ich hier anspreche, kein Weg vorbei.

Wir haben einen Gesetzentwurf eingebracht und bitten Sie, sich den nicht nur einmal anzuschauen, sondern ihn mit uns zu beraten. Das ist unser konkreter Vorschlag. Wir möchten gerne im kommenden Jahr, verehrte Kolleginnen und Kollegen, ein Beispiel dafür geben, dass wir beim Abbau von Staatstätigkeit und Staatsapparat nicht immer nur an die anderen denken, sondern uns selbst einbeziehen. Deswegen appelliere ich an alle Fraktionen dieses Hauses, unseren Vorschlag jetzt endlich nicht weiter dilatorisch zu behandeln, zu verschieben, sondern dieses Parlament von der kommenden Legislaturperiode an auf 151 Abgeordnete zu verkleinern, die Zahl der Ausschüsse um ein Drittel zu reduzieren und die Verwaltung um ein Drittel zu reduzieren.

(D)

Es ist wahrlich nicht unmöglich, dieses Parlament bei der limitierten Zuständigkeit mit 151 Abgeordneten effizient zu halten.

(Beifall bei der FDP)

Das sind dann vielleicht nur 100 Millionen DM, die wir sparen. Aber "nur"? Wenn die anderswo fehlen, bei Kindergärten, in Sozialeinrichtungen, möchte ich das Wörtchen "nur" nicht gebrauchen.

Weil offenkundig auch von solchen Personen, die sagen, sie wollten das gleiche Ziel verfolgen, dilatorisch weiter agiert wird, haben wir uns vorgenommen, im Frühjahr dieses Thema der Bevölkerung vorzulegen, und zwar zunächst mit einer Unterschriftenaktion und dann mit den notwendigen Schritten für Volksbegehren und Volksentscheid. Wir sind der festen Überzeugung, dass die Bürgerinnen und Bürger den Vorschlag mit viel Sympathie sehen, dass die Politiker mit gutem Beispiel vorangehen und mit Einsparungen bei

(Jürgen W. Möllemann [FDP])

- (A) sich selber - auch beim Apparat des Parlaments - beginnen.

(Beifall bei der FDP)

Zum Thema Subventionsabbau. Dazu hat gestern der Steuerzahlerbund eine Reihe anderer Beispiele genannt. Nach dem Interview in der "TAZ", das Herr Steinbrück gegeben hat, ist ihm bewusst, dass er da weit über das hinaus, was er bisher getan hat, etwas tun muss. Er sagt, zu den Subventionen gehörten auch die Personalkostenzuschüsse für eine

"sehr ausdifferenzierte Beratungsinfrastruktur, wie sie besonders auch dem grünen Partner am Herzen liegt. Das macht insgesamt 500 Millionen aus."

Das ist das Netzwerk, das Sie den Grünen geschaffen haben, damit sie ihr Personal unterbringen können.

(Beifall bei der FDP)

Das sind die Spielwiesen, von denen Sie selber meinen, dass sie nicht in Ordnung sind.

- (B) Auch das ist einer der Gründe, warum die Leute diese Art von Politik leid sind: Sie finden nicht, dass es Aufgabe des Staates ist, das grüne Personal zu finanzieren.

(Beifall bei der FDP)

Die eine Hälfte der Grünen ist beim Staat beschäftigt, die andere lebt von solchen Staatsaufgaben. Das hat sich mittlerweile herumgesprochen.

(Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Wovon leben Sie denn, Herr Möllemann?)

Daneben brauchen wir die Belebung der Wirtschaft. Es ist sehr interessant, was ich zu Vorschlägen lese, die von Ihnen bis vor kurzem noch völlig verrissen worden sind.

Sie entsinnen sich an die Debatte über die 630-Mark-Regelung. Sie, Herr Ministerpräsident, lehnten sie am Anfang genauso ab wie wir. Trotzdem ist die Regelung so gekommen. Dazu sagt Prof. Uwe Jens, immerhin sozialdemokratischer Bundestagsabgeordneter, dass das ein Fehltritt gewesen sei.

(Beifall bei der FDP)

- (C) Der Vorsitzende der Arbeitsgruppe Haushalt der Grünen-Bundestagsfraktion, der Kollege Metzger,

(Zuruf von Sylvia Löhrmann [GRÜNE])

spricht gar von einer Missgeburt, den dieses Gesetz darstelle. Ich würde einen solchen Begriff in diesem Zusammenhang gar nicht verwenden.

Herr Müller, der Bundeswirtschaftsminister, sagt: "Wenn es nach mir ginge, würden wir dieses Gesetz ändern!" Das ist ein Klasse Minister, der für die Wirtschaft zuständig ist und sagen muss: "Wenn es nach mir ginge, ..." Es geht aber nicht nach ihm, wie wir konstatieren. Da würde ich mir an seiner Stelle überlegen, was ich tue.

Zum Thema Scheinselbstständigkeit. Die Regelungen, die dazu verabschiedet worden sind, haben die Möglichkeiten, sich selbstständig zu machen, in verschiedenen Bereichen der Wirtschaft unvernünftig eingeschränkt.

Zum Thema Ökosteuer. Ich habe die gestrige Ausgabe der "Rheinischen Post" dabei. Da steht:

"Bald stehen die ersten Autobänder still, Ford und Opel in den roten Zahlen, Kurzarbeit bei Volkswagen, geringere Kaufkraft und höhere Ökosteuern."

(D) Herr Ministerpräsident, Sie vertreten mit, dass bei dieser Ausgangslage die Ökosteuer mit dem 1. Januar erneut angehoben wird. Damit übernehmen Sie eine Verantwortung dafür, dass die Menschen, die sich überlegen, ob sie ihr Geld in ein anderes Auto investieren, sagen müssen: "Es bleibt uns zu wenig übrig." So ist das nun einmal.

(Beifall bei der FDP - Minister Peer Steinbrück: Das haue ich Ihnen um die Ohren!)

- Das ist so. Sie sagen: "Das haue ich Ihnen um die Ohren." - Lassen Sie Ihr arrogantes Gehabe! Sie sind doch mittlerweile mit Hut unter der Tür durch den Fraktionssaal gelaufen. Sie können hier wirklich niemanden mehr beeindruckten, ich glaube, nicht einmal mehr sich selbst.

Die permanente Erhöhung der Ökosteuer ist wachstumswidrig

(Beifall bei der FDP)

und beschädigt erkennbar den Bereich unserer Volkswirtschaft, der mit die meisten Arbeitsplätze zur Verfügung stellt. Ich bin mir ziemlich sicher, dass sich die Leute bei Volkswagen, bei Opel und den anderen Automobilunternehmen alle schon

(Jürgen W. Möllemann [FDP])

- (A) Gedanken machen. Übrigens baut auch Daimler 6.000 Arbeitsplätze ab. Sie werden sich Gedanken darüber machen, wer denn dafür Verantwortung trägt, dass sie ihre Jobs verlieren.

(Beifall bei der FDP)

Sie denken nicht an Amerika und nicht an den 11. September, sondern daran, dass ganz handfeste Gründe, von dieser Politik verantwortet, dazu beitragen, dass sie in diese Schwierigkeiten kommen.

(Beifall bei der FDP)

Zum Thema "Arbeitsmarkt neu gestalten". Es ist bemerkenswert, dass man immer wieder hört, jeder wisse, dass es einer Deregulierung und Modernisierung der Regeln des Arbeitsmarkts bedürfe.

Herr Schartau, ich vermute, dass Sie der am wenigstens beratungsresistente Minister dieses Kabinetts sind. Deswegen möchte ich Sie einladen, zu einem Gespräch zu unserer Fraktion zu kommen, wenn Sie mögen. Das, was Sie als Option für moderne Arbeitsmarktmaßnahmen angedeutet haben, würden wir gerne mit Ihnen erörtern.

(Beifall bei der FDP)

(B)

Wir glauben, dass Bewegung in diesem Feld nötig und möglich ist.

(Ministerpräsident Wolfgang Clement: Er kommt gleich!)

- Genehmigen Sie das?

(Ministerpräsident Wolfgang Clement: Ja, bitte!)

Ich glaube, beim Designatus muss man das nicht mehr.

(Beifall bei der FDP)

Ich würde mich jedenfalls freuen, wenn er das machte. Mir hat einer Ihrer früheren Counterparts, Herr Kannegiesser, gesagt, er empfehle uns ein solches Gespräch. Deswegen würden wir es gerne führen. Das heißt ja nicht, dass wir beabsichtigen, Ihre Auffassung 1 : 1 zu übernehmen. Wir glauben, dass in diesem Feld Bewegung gemeinsam möglich ist.

(Johannes Rimmel [GRÜNE]: Schleimspur!)

- Lieber Freund, wenn Sie von "Schleimspur" sprechen, zittern Sie doch vor Angst, aus einer Koalition herauszufliegen.

(C)

(Beifall bei der FDP - Weiterer Zuruf von Johannes Rimmel [GRÜNE])

Wenn es in diesem Jahr ein prägendes Bild von den Grünen in den deutschen Medien gab, dann ist es das, was heute die FAZ anlässlich einer Allensbach-Umfrage veröffentlicht. Die Überschrift lautet: "Veränderte Wahrnehmung der Grünen". Das ist interessant. Herr Rimmel, hören Sie ruhig zu. Das bildet Sie weiter.

Im Oktober/November 1998 sagten 20 % der Bundesbürger, dass sich die Grünen nicht an ihre Grundsätze und ihre Prinzipien halten. Jetzt sagen das 45 %. 32 % sagten, sie hätten in ihrer Politik keine klare Linie. Jetzt sagen das 54 %. 40 % sagten, sie seien in sich zerstritten. Jetzt sagen das 63 %. Darauf, was sie sonst noch sagen, komme ich bei der Beantwortung der Frage von Herrn Kollegen Moron. Das ist nämlich hoch interessant.

Ich möchte gern zu dem, was noch zu tun ist, verehrte Kolleginnen und Kollegen, zwei Themen ansprechen, die die Bundespolitik und die Landespolitik gleichermaßen berühren, wie ja ohnehin das Allermeiste, was wir hier tun, nicht originäre Zuständigkeit des Landes ist. Darauf wird ja gelegentlich auch ganz gern verwiesen, wenn gesagt wird, wir hätten nur begrenzten Handlungsspielraum. Aber positiv gesehen heißt das auch, dass man gemeinsam als Parlamentarier im größten Landesparlament auch mit der Regierung etwas bewegen kann, was bewegt werden muss, wenn die Rahmenbedingungen nicht stimmen.

(D)

Denn eine der Reformruinen der Legislaturperiode, die im Bund jetzt zu Ende geht, ist der Versuch, die Krankenversicherung zu reformieren. Das ist nicht gelungen, und das ist einer der Gründe dafür, dass die Lohnzusatzkosten weiter steigen werden und nicht sinken, und das wird einer der Gründe dafür sein, dass es noch weniger gelingen wird, neue Arbeitsplätze zu schaffen. Ich halte eine vorurteilsfreie Diskussion über Kosteneinsparungen in allen Sektoren des Gesundheitswesens und dann auch klare Entscheidungen für ebenso notwendig wie eine Vereinbarung darüber, dass individuelle Steuerungsmechanismen

(Jürgen W. Möllemann [FDP])

- (A) stärker einbezogen werden müssen, damit das Kostenbewusstsein angeregt werden kann.

(Beifall bei der FDP)

Daran wird kein Weg vorbeigehen. Beides ist nötig: Einsparpotenziale überall zu identifizieren, aber auch das Verhältnis von Gemeinschaftsverantwortung und individueller Verantwortung neu zu bestimmen. Sonst werden wir die Kosten- und Beitragsexplosion nicht in den Griff bekommen. Dass die Bundesregierung das jetzt verschiebt, ist ein schwerer Fehler. Das wird bei den Tarifverhandlungen für das kommende Jahr ganz sicher berücksichtigt werden und dann möglicherweise zu ähnlich schwerwiegenden Folgerungen führen, wie das gelegentlich schon geschehen ist, übrigens gerade vor Wahljahren. Ich erinnere mich da an einiges.

Zweitens möchte ich einen Vorschlag aufgreifen, den der Bundesfinanzminister gemacht hat. Dieser Vorschlag betrifft die jungen Leute in unserem Land, aber die Steuerzahler ganz genauso. Hans Eichel hat vorgeschlagen, die Landesverteidigung nicht mehr national, sondern künftig europäisch zu gestalten, um damit den jeweiligen nationalen Anteil im Sinne einer gemeinschaftlich effizienteren Struktur deutlich reduzieren zu können. Das ist bei den Größenordnungen, die bewegt werden sollen - allein bei der Anschaffung eines neuen Flugzeugsystems 17 Milliarden nur für die deutsche Seite -, aus meiner Sicht unabdingbar notwendig. Wenn darüber geredet wird, dass das Finanzverhältnis zwischen Bund und Ländern neu geordnet werden müsse, dann müssen wir uns auch Gedanken darüber machen, wie auf der Bundesseite Geld eingespart werden kann.

(Beifall bei der FDP)

Das würde übrigens den logischen Übergang zu einer europäischen Armee ohne Wehrpflicht bedeuten. Das ist eine Forderung, die wir ohnehin haben. Wir sind das letzte Land, das sie noch hat. Diese europäische Armee würde dann eine Berufs- und Freiwilligenarmee sein und natürlich, weil kleiner und zugleich schlagkräftiger, Geld sparen helfen.

Jetzt, lieber Herr Kollege Moron, komme ich gern zu Ihren liebenswürdigen Worten am Schluss Ihrer Rede. Sie haben da etwas falsch verstanden.

(Zurufe von der SPD)

- Ja, Sie haben da etwas falsch verstanden. Das will ich Ihnen jetzt gern erläutern, Ihnen und denen, die uns zuhören und zusehen und die das wohl auch ganz interessant finden.

Sie haben auf den 11. Mai 2000 abgehoben. Das war ein interessanter Tag. Viel interessanter aber war für uns der 14. Mai. Da bekamen wir Freien Demokraten, bei 4 % startend, 9,8 %. Sie stürzten von 46 % auf 42 % ab, die Grünen stürzten von 10 % auf 7 % ab, die Union blieb bei 37 %. Wenn der Wählerwille noch irgendetwas zu besagen hat, dann hat doch ein solches Wahlergebnis wohl gemeint, dass die Menschen für dieses Land eine andere Regierung wollten.

(Beifall bei der FDP - Minister Dr. Michael Vesper: Haben wir eine Mehrheit, oder haben wir sie nicht?)

Das war so. Ja, Herr Vesper, ich verstehe schon: Ich habe mein Dienstautochen so lieb! Nicht?

(Heiterkeit bei der FDP - Zurufe von den Grünen)

- Bleiben Sie ruhig! - Am 14. Mai 2000 haben die Wählerinnen und Wähler, die uns jetzt zuschauen und zuhören, etwas anderes gewollt als diese Regierung, die dann zustande kam, jedenfalls in Teilen. Alle Umfragen, die in den Tagen nach diesem Wahltermin erhoben wurden - von der "Westdeutschen Allgemeinen", der "Rheinischen Post" und dem Westdeutschen Rundfunk - wiesen aus, dass nach dem Wahltermin 60 bis 70 % der Wähler gesagt haben: Wir wollen einen Neubeginn der Regierung in Nordrhein-Westfalen mit der FDP.

(Ministerin Bärbel Höhn: Warum reden Sie nur über die Vergangenheit? Sagen Sie doch etwas zur Zukunft!)

Ich entsinne mich noch sehr genau, wie das dann lief, als Franz Müntefering hier aufrief und mitteilte, das komme nicht infrage, denn Rot-Grün in Berlin dürfe nicht gefährdet werden und schon deshalb müsse Rot-Grün in Düsseldorf bleiben.

(Johannes Remmel [GRÜNE]: Das scheint ein Trauma zu sein!)

An diesem Tag habe ich mich entschieden, Herr Remmel, für den 22. September die "Aktion Doppelschlag" vorzubereiten.

(Lachen und Zurufe von den GRÜNEN - Gegenrufe von der FDP)

(C)

(D)

(Jürgen W. Möllemann [FDP])

(A) Die will ich Ihnen jetzt erläutern, weil der Kollege Moron in seiner höflichen Weise darum gebeten hat. - Die "FAZ" von heute überschreibt den heutigen Statusbericht von Allensbach - und alle, die Sie hier sitzen, wissen, dass Allensbach bei den letzten Wahlen immer am präzisesten am Ergebnis war -

(Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Immer mit der Ruhe, Herr Kollege!)

mit: "Verfallsdatum 22. September 2002 - Die Bevölkerung gibt der rot-grünen Regierung keine Zukunft". Das wird dann im Einzelnen dargelegt. Dort steht: Die SPD, die bei der Bundestagswahl 40,9 % hatte, rutscht jetzt auf 35,4 %. Die Union, die bei 35,1 % lag, steht auch jetzt bei 35,1 %. Die FDP, die bei 6,7 % lag, steht jetzt bei 11,5 %. - In Westdeutschland steht sie übrigens bei 12,5 % und in Nordrhein-Westfalen bei 14 %. Wir können damit ganz gut leben, verehrte Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der FDP)

Die Grünen stehen jetzt bei 6,6 %. Das ist knapp die Hälfte und gefällt mir gut. Bleiben Sie ruhig in der Größenordnung; fühlen Sie sich da wohl. Das ist sehr in Ordnung.

(B) Diese Zahlen mögen sich graduell noch ein wenig verändern; das tun sie immer. Eines sage ich Ihnen aber neun Monate vor den Wahlen: 35 plus 6 - das gibt keine Mehrheit mehr. Das Spiel ist aus, Freunde. Dazu werden wir beitragen.

(Beifall bei der FDP)

Das rot-grüne Projekt kommt da an, wo jedes Projekt einmal ankommt, nämlich an seinem Ende. Lieber Herr Moron, damit es dort auch ganz sicher ankommt, habe ich mir vorgenommen - meine Parteifreunde waren so liebenswürdig, mir das zu erlauben -, den Wahlkampf zur Bundestagswahl als Wahlkämpfer und Kandidat aktiv mit zu führen.

(Beifall bei der FDP - Ministerin Bärbel Höhn: Unter Westerwelle und nicht über ihm!)

- "Unter Westerwelle" - was soll denn das heißen? Ich führe ihn mit Herrn Westerwelle und nicht unter oder über ihm. Frau Höhn, ich weiß gar nicht, welche Gedanken Sie haben. - Diesen Wahlkampf führe ich also gemeinsam mit meinem Kollegen Westerwelle mit dem Ziel, den von der

Bevölkerung schon jetzt dringend gewünschten Wandel - weg mit Rot-Grün - auch wirklich sicher zu machen. (C)

(Frank Baranowski [SPD]: Und tschüss, Herr Möllemann!)

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, ich bin mir ganz sicher, dass wir uns in diesem Raum wieder sprechen.

(Frank Baranowski [SPD]: Wie denn? Sie sind doch dann in Berlin!)

Wenn das geschieht, passiert das, was der Designatus kürzlich schon angedeutet hat. Er hat das in seiner feinfühligem Art - mit prophetischen Gaben ausgestattet - wie folgt beschrieben: Sollte es etwa gar in Berlin zu einem Wechsel der Koalition kommen, dann - er hat gesagt, dass das der politischen Logik entspreche - würde es die Koalition hier in Düsseldorf natürlich auch nicht mehr geben und die, die es in Berlin gebe, werde es auch in Düsseldorf geben. So hat er es gesagt.

(Beifall bei der FDP)

Da will man doch gar nicht widersprechen. Sie, Herr Ministerpräsident, werden davon - das ahne ich - etwas weniger beunruhigt sein. (D)

(Ministerpräsident Wolfgang Clement: Richtig!)

Ich kann schon verstehen, warum die Grünen die ganze Zeit dazwischenrufen.

(Zuruf von Johannes Remmel [GRÜNE])

- Herr Remmel, die Zeit ist abgelaufen. Sie haben Ihre Chance gehabt und nichts daraus gemacht. Die Leute wollen Sie loswerden. Hier im Lande wäre das ja erst im Jahre 2005 möglich.

In diesem Bereich gibt es zwischen Jürgen Rüttgers und mir vielleicht Unterschiede. Deswegen hatte auch Herr Moron seine Ahnungen. Bei mir ist das mit dem Thema "Oppositionsführer" nicht mehr so lange.

(Oliver Keymis [GRÜNE]: Märchenstunde!)

Der Kollege Rüttgers muss dies aber noch ziemlich lange machen, es sei denn - aber auch dann muss er es unter Umständen wieder -, wir veränderten intern etwas. Ich habe mir bewusst die Zeit genommen, um Ihnen das hier zu erläutern.

(Jürgen W. Möllemann [FDP])

- (A) Herr Moron, ich behalte mir die Freiheit vor - das hat Ihr ehemaliger Chef, Oskar Lafontaine, ebenfalls getan -, nach dem Wahltag zu entscheiden, ob ich meinem Land Nordrhein-Westfalen besser hier im Land oder in der Bundespolitik dienen kann. Diese Entscheidung werden Sie mir nicht abnehmen.

(Beifall bei der FDP)

Die Wähler werden das berücksichtigen.

(Ministerin Bärbel Höhn: Sie haben noch nichts zu Inhalten gesagt! Wie sind eigentlich Ihre Inhalte?)

In diesem Sinne freue ich mich auf das neue Jahr. Es wird ein Jahr des Wandels und Wechsels werden. Die Menschen wissen das schon; sie werden Ihnen das vermitteln. Wir werden dazu beitragen, dass dieser Wechsel nachhaltig ausfällt. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Anhaltender Beifall bei der FDP)

- (B) **Vizepräsident Dr. Helmut Linssen:** Vielen Dank, Herr Kollege Möllemann. - Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen spricht jetzt Frau Löhrmann.

Sylvia Löhrmann (GRÜNE): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich habe mich gefragt, woran ich mich bei dem Beitrag von Herrn Möllemann erinnern fühlen soll. Normalerweise sucht man ja den roten Faden; den habe ich aber nicht gefunden. Auch einen gelben Faden habe ich nicht finden können. Der Beitrag hat mich eher an eine assoziative Märchenstunde erinnert, die zur Vorweihnachtszeit natürlich ganz gut passt.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Herr Möllemann, bezüglich Ihrer furiosen Pläne erinnere ich mich aber noch an eines. Dass es, wenn eine Koalition besteht, in der Politik Kompromisse gibt, die man schmieden muss, dass man nicht immer zu 100 % erreicht, was man sich vorgenommen hat, und man auf einen fairen Ausgleich aus sein muss, weiß ich wohl. Wenn ich mir aber Ihre Pläne bezogen auf Ihre Rolle im Bundestagswahlkampf in Erinnerung rufe - Sie müssen sich ja nicht mit der CDU, der SPD oder

(C) irgendwem sonst absprechen, sondern es kommt nur darauf an, welche Rolle Ihnen Ihre Partei gibt -, dann erkenne ich, dass Sie anders gestartet sind, als Sie jetzt gelandet sind. Erst wollten Sie Kanzlerkandidat und dann außenpolitischer Sprecher werden, jetzt sind Sie innenpolitischer Sprecher. Sie sind im Team irgendwie dabei und das ist wunderbar. Gute Reise!

(Johannes Remmel [GRÜNE]: Aber im falschen Haus!)

Bei der Rede von Herrn Rüttgers habe ich mich gefragt - das fragen sich jetzt wahrscheinlich alle CDU-Oberbürgermeister -, warum er bei seiner Aufzählung einige Oberbürgermeister genannt hat, andere wiederum nicht. Unseren Oberbürgermeister in Solingen haben Sie nicht genannt. Ich habe mich natürlich gefragt, warum nicht. Ist Solingen zu klein, ist der Oberbürgermeister nicht gut genug, oder haben Sie ihn nicht genannt, weil die Politik, die die CDU vor Ort macht, z. B. auch in meiner Stadt, sich nicht mit dem deckt, was Sie hier verkünden?

(Herbert Reul [CDU]: Ach was!)

Da wird die Stadtteilbücherei geschlossen,

(Herbert Reul [CDU]: Es sind zu viele!)

(D) da wird die Familienbildungsstätte so sehr befrachtet, dass sie nicht mehr arbeiten kann, da werden Hortplätze abgebaut, da wird bei den Schulen gespart. Das alles passt nicht mit dem zusammen, was Sie hier von neuer CDU im Westen verkünden.

(Beifall bei den GRÜNEN - Rüdiger Sagel [GRÜNE]: Das ist überall so!)

Da wird ein frei gewordenes Dezernat für Kultur, Bildung und Sport auf andere verteilt. Bildung soll jemand anderes mitmachen. Das ist die Politik der CDU. Das passt vorne und hinten nicht zusammen.

Eines aber fand ich ganz bezeichnend: Herr Rüttgers hat von Herrn Schartau als dem Nachfolger von Herrn Clement gesprochen. Das ist interessant: Von sich selber als Nachfolger von Herrn Clement spricht er schon gar nicht mehr. Die Option hat Herr Rüttgers offensichtlich schon aufgegeben.

(Beifall bei den GRÜNEN)

(Sylvia Löhrmann [GRÜNE])

- (A) Das ist beruhigend für die Kolleginnen und Kollegen der SPD.

Meine Damen und Herren, vieles von dem, was hier im Hause gesprochen wird, ist morgen leider schon vergessen. Manchmal jedoch bleiben Worte etwas länger im Ohr.

Es ist gerade einmal ein Dreivierteljahr her, dass wir den Haushalt 2001 debattiert und verabschiedet haben. Ich erinnere mich, dass Herr Rüttgers als Oppositionschef einen Teil seiner Redezeit dem Problem der Armut und insbesondere der Benachteiligung von Kindern in unserer Gesellschaft gewidmet hat. Das hat er zum Teil auch heute wieder getan. Damals war es aber viel lauter als heute und eindringlich, wie er so sein kann, sodass man meinen konnte, das sei alles aus vollster Überzeugung gesagt worden. Es machte sich ja auch gut.

Der neuen CDU im Westen - so nennt er sie in jedem Interview - heftet er gern das soziale Etikett an. Aber dann haben wir auf die Anträge der CDU in den vergangenen Monaten hier im Plenum, vor allem in den vergangenen Wochen bei den Haushaltsberatungen gewartet. Was ist denn mit Ihrem sozialen Gewissen? Wo schlägt sich das in der parlamentarischen Arbeit nieder? Was fordert die CDU hier im Haus? Wenn alles so ernst gemeint gewesen wäre und die Betroffenheit so groß, dann hätten doch zielgerichtete Anträge im Ausschuss für Arbeit, Gesundheit, Soziales und Angelegenheiten der Vertriebenen und Flüchtlinge, im Ausschuss für Kinder, Jugend und Familie und im Ausschuss für Schule und Weiterbildung kommen müssen. Doch was war? Im Großen und Ganzen Fehlanzeige! Das Geschwätz von gestern kümmert wohl nicht mehr. Nichts ist mit sozialem Gewissen. Außer ein paar Schlagworten waren Ihre hehren Sätze form-, frist- und folgenlos.

(B)

(Beifall bei GRÜNEN und SPD)

Die neue CDU im Westen, das blank geputzte neue Türschild, dahinter die gleiche alte Firma, muffig und inhaltsleer: außer der Fassade nichts drin und nichts dran; billige Polemik, ohne die Probleme, die es zu meistern gilt, ernst zu nehmen. So sieht es aus!

Der entscheidende Punkt ist, dass die vielen verschiedenen Dinge, denen Sie aufgrund der Prote-

ste, die ankommen, zum Teil sogar schnell nachgehen, nicht in einer Gesamtverantwortung zusammengeführt werden. (C)

"Was den Rednern an Tiefe fehlt, sie geben es euch an Weitschweifigkeit" - das erkannte schon Montesquieu. Recht hat er noch immer, wenn ich mir die CDU so ansehe.

Meine Damen und Herren, bevor ich mich weiteren hochintellektuellen Herausforderungen der Opposition widme, lassen Sie mich zum eigentlichen Thema des heutigen Tages kommen: der Verabschiedung des Landeshaushalts für das kommende Jahr.

Dieser Haushalt ist knapp, äußerst knapp. Er ist schwer zu fahren; das wissen wir. Und trotzdem: Wir gestalten die Zukunft für unser Land Nordrhein-Westfalen, und dies nun schon seit sechs Jahren erfolgreich.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir haben auch in diesem Haushalt soziale und ökologische Schwerpunkte realisiert. Lassen Sie mich wichtige Punkte kurz ansprechen: den Landesjugendplan, die Bibliotheken, die sozialen Wirtschaftsbetriebe, das REN-Programm, die Flüchtlingsarbeit, die Sprachförderung für Migrantenkinder. - Diese ist nicht auf null gesetzt, wie Herr Rüttgers suggeriert hat, sondern in einen anderen Haushaltstitel überführt worden. Wir haben noch etwas draufgelegt. Die Mittel für Sprachförderkurse für Migrantenkinder sind um 30 % angehoben worden. Das steht im Haushalt, das verabschieden wir heute - keine Kürzung. (D)

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zu den wichtigen Punkten gehören auch die Stiftung Wohlfahrtspflege, das Programm "Frauen in Technik und Handwerk" und vieles andere mehr. Ich will das nicht im Detail ausführen, weil es in der Beratung der Einzelhaushalte in der vergangenen Woche deutlich und ausführlich besprochen worden ist.

Ich will am Ende dieses ereignisreichen Jahres 2001 und ganz kurz vor Beginn des Wahljahres 2002 eines allerdings ganz deutlich hervorheben: Unser Land steht - ich beziehe mich da auch auf die Ausführungen der beiden ehemaligen Bundesminister der Opposition - vor einer sehr, sehr weitreichenden Entscheidung. Bei der nächsten Wahl geht es um eine Richtungsentscheidung: für

(Sylvia Löhrmann [GRÜNE])

- (A) die weitere soziale und ökologische Modernisierung, für Agrarwende und Energiewende, für Nachhaltigkeit auf allen Feldern, für Zukunftsfähigkeit und sozialen Ausgleich oder um die Rolle rückwärts in unserem Land. Darum geht es. Das ist die Richtungsentscheidung, die im nächsten Jahr ansteht.

(Beifall bei den GRÜNEN - Jürgen W. Möllemann [FDP]: Rollen Sie mal schön!)

Wir Grünen stehen weiterhin - da lassen wir uns auch nicht beirren, Herr Möllemann - für ökologische und soziale Erneuerung, für Weltoffenheit und Freiheit, für Besonnenheit und Augenmaß in der Innen- und in der Außenpolitik in NRW und in der Bundesrepublik.

Leider muss man konstatieren, dass bei der CDU bei allen positiven Ansätzen hier in NRW im vergangenen Jahr - Herr Rüttgers hat noch einmal darauf hingewiesen - die Vernunft mit dem näher rückenden Wahltermin nachlässt. Wenn nämlich auf die Wählerstimmen geschielt wird, brechen die alten Muster wieder durch.

- (B) Gesellschaftlich ist längst anerkannt, dass Einwanderung nötig und Integration wichtig ist. Die Kirchen wollen es, die Wirtschaftsverbände wollen es, die Gewerkschaften wollen es. Nur die CDU spielt wieder das alte Lied. Die neue CDU im Westen, das ist wohl doch nur "altes Wasser in alten Schläuchen".

Meine Damen und Herren, die anstehende Richtungsentscheidung für unser gesamtes Land wird auch und gerade hier in Nordrhein-Westfalen wesentlich mitbestimmt. Die Auseinandersetzungen darum führen wir Grünen gerne. Davon lassen wir uns auch nicht von Herrn Möllemann abhalten oder beirren. Lassen Sie mich ausführen, warum.

Wir Grünen haben in der politischen Verantwortung die ökologische Modernisierung vorangetrieben. Es gibt die Energiewende. Wir investieren in Energieforschung, in die Markteinführung erneuerbarer Energien, in die Biomasse. Das ist eine klare, zukunftsweisende Strategie für den Schutz der Umwelt und für neue, zukunftsfähige Arbeitsplätze.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir Grünen haben die Agrarwende begonnen, gerade hier in Nordrhein-Westfalen: Gesundere

- (C) Lebensmittel, Sicherheit für die Verbraucherinnen und Verbraucher, Zukunft für die Landwirte - das ist in NRW und im Bund Ziel unserer Politik.

Wir Grünen haben die Verkehrswende begonnen. Wir stärken den ÖPNV. Das Land fördert Busse und Bahnen jährlich mit 3,3 Milliarden DM. Wir schaffen die bessere Bahn im Nah- und Fernverkehr, und zwar für alle Nutzerinnen und Nutzer.

Wir Grünen haben die Investitionen in die Köpfe, in die Zukunft - sprich: in die Bildungspolitik - ernst genommen. Das Land investiert bis 2005 mehr als 2 Milliarden zusätzlich in unsere Schulen. Wir wissen, dass das nicht ausreicht. Wir wissen, dass wir uns um mehr bemühen müssen. Wir haben hier aber eine ganz wesentliche Priorität für mehr Lehrerinnen und Lehrer gesetzt. Und das ist auch richtig so.

Diese Antwort haben wir übrigens schon vor PISA gegeben. Wir Grünen wollen Chancengleichheit und das Recht auf Entwicklung der Fähigkeiten für alle. Das ist gerade hier in NRW unsere Politik.

Wir Grünen haben in der Frauenpolitik Zeichen gesetzt. Wir haben sie in Nordrhein-Westfalen zu einem Markenzeichen rot-grüner Politik gemacht.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir Grünen haben die Integration von Migrantinnen und Migranten als zentrales gesellschaftspolitisches Thema aus dem Nischendasein herausgeholt. Die Bildung des Migrationsausschusses in der vergangenen Wahlperiode, die Sprachförderung für Migrantenkinder, die gemeinsame Integrationsoffensive, die Berufung eines Integrationsbeauftragten, der gerade gestern der Öffentlichkeit vorgestellt wurde - all das sind Zeichen erfolgreicher grüner Politik.

Wir Grünen gehen in der Sozial- und Arbeitsmarktpolitik neue Wege. Mit den Dienstleistungspools, mit der Weiterführung des Programms "Neue Berufsfelder für Frauen in Technik und Handwerk", mit der Sicherung und Weiterentwicklung der sozialen Wirtschaftsbetriebe und durch die Bereitstellung von Mitteln für neue, modellhafte Arbeitsmarktprojekte haben wir erreicht, dass NRW in der Arbeitsmarktpolitik auch im kommenden Jahr innovative Projekte fördert.

Wir Grünen haben wichtige neue Bausteine einer modernen Sozial- und Gesundheitspolitik entwi-

(Sylvia Löhrmann [GRÜNE])

- (A) ckelt und durchgesetzt. Neue Wohnformen für alte Menschen, die Sicherung der komplementären ambulanten Dienste, die Bekämpfung von Aids und unabhängige Krebsberatungsstellen sind die Belege. Das alles sind Leistungen unserer grünen Politik, an denen Sie nicht vorbeikämen, meine Damen und Herren von der Opposition, wenn Sie nur die Lage ehrlich bilanzierten.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Und ich bin froh, dass wir mit den Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten in diesem Hause eine Mehrheit für diese Politik haben.

Ökologische Modernisierung, soziale Erneuerung, wirtschaftliche Reformen für neue Arbeitsplätze, Qualität und Chancengleichheit bei Bildung und Ausbildung - das sind die Themen, bei denen sich die Zukunftsfähigkeit unseres Landes in den nächsten Jahren entscheiden wird. Schaffen wir eine zukunftsfähige Politik, eine Politik für ein Leben mit Kindern, oder erleben wir eine eiskalte Politik, die allein am Markt und an der Verwertbarkeit orientiert ist? Schaffen wir eine Politik der Ganzheitlichkeit und Vernetzung oder rutschen wir in eine Politik des Schubladens- und Kästchendenkens ab? Hinsichtlich dieser Fragen müssen sich die Menschen entscheiden; dies werden wir im kommenden Jahr hier in NRW immer wieder deutlich machen.

(B)

Meine Damen und Herren, zukunftsfähige Politik heißt Politik für ein Leben mit Kindern.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der GRÜNEN)

Grüne Politik für Nordrhein-Westfalen ist Politik für ein Leben mit Kindern. Das buchstabieren wir auf verschiedenen Feldern auch im aktuellen Haushalt durch. Wir machen Politik für ein Leben mit Kindern, indem wir die Familien stärken. Wir haben deshalb auf Bundesebene die Familien entlastet und innerhalb von drei Jahren dreimal das Kindergeld erhöht. Das sind pro Jahr fast 1.000 DM mehr für jedes erste und zweite Kind. Davon haben Sie doch immer bloß geträumt, Herr Rüttgers; wir haben es geschafft.

(Beifall bei den GRÜNEN und einzelnen Abgeordneten der SPD)

- (C) Im Landeshaushalt haben wir die Mittel für die Kindererholung und die Familienberatung wieder aufgestockt.

Wir stärken die Jugendarbeit. Wir haben deshalb auf Bundesebene zusätzlich 35 Millionen Euro für Jugendarbeit bereitgestellt. Im Landesjugendplan haben wir die Mittel wieder auf den Vorjahresansatz gebracht.

Wir sorgen für gesunde Lebensmittel durch eine ökologische Landwirtschaft und sicheren Verbraucherschutz.

(Jürgen W. Möllemann [FDP]: Die Bauern rasen vor Begeisterung!)

Wir fördern deshalb Verbraucherzentralen, Energieberatung, Ernährungsberatung und Verbraucherschutzprojekte mit 12,8 Millionen Euro.

(Jürgen W. Möllemann [FDP]: Die Bauern sind begeistert bis zum Gehtnichtmehr!)

Wir haben BSE und die Folgen nicht verdrängt und klären in einer breiten Kampagne darüber ebenso wie über ökologischen Landbau auf. Wir setzen die neue Landwirtschaftspolitik durch und haben z. B. den Ansatz der Landesmittel für Maßnahmen der regionalen Vermarktung und ökologischen Ausrichtung der Landnutzung deutlich aufgestockt. Deshalb werden auch die erfolgreichen Aktionstage "Ökolandbau" im kommenden Jahr fortgeführt. Auch das hat, obwohl es sich Ihnen vielleicht nicht erschließt, etwas damit zu tun, dass wir das Leben mit Kindern gestalten wollen. Wir wollen, dass Kinder eine Zukunft haben und sich gesund ernähren können.

(D)

(Beifall bei den GRÜNEN)

Politik für ein Leben mit Kindern heißt auch und gerade, die Endlichkeit der Ressourcen zu beachten und den Einsatz unverantwortlicher Energien wie der Atomkraft zu beenden. Das machen wir auf der Bundesebene.

Was machen Sie, meine Damen und Herren von CDU und FDP? Auch Sie wissen zwar bis heute nicht, wo Sie die Tonnen über Tonnen von strahlendem Atommüll lassen sollen. Aber Sie kündigen schon einmal an, den Atomausstieg rückgängig zu machen. An dieser Stelle bleibt mir nur

(Sylvia Löhrmann [GRÜNE])

- (A) zweierlei: mich über Ihre Skrupellosigkeit gegenüber den zukünftigen Generationen zu wundern und mich für Ihre Ehrlichkeit zu bedanken; denn immerhin wissen die Menschen wenigstens, woran sie mit Ihnen sind.

(Beifall bei den GRÜNEN - Jürgen W. Möllemann [FDP]: Diesen wilden Angriff auf Helmut Schmidt weise ich zurück!)

Sie setzen unbeirrt auf unbeherrschbare Dinosauriertechnologien. Wir setzen dagegen auf den Ausbau der erneuerbaren Energien Sonne, Wind, Wasser und Biomasse. Deshalb haben wir das REN-Programm nicht gekürzt, sondern aufgestockt.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Übrigens sind wir dabei Vorreiter in der Bundesrepublik und in Europa.

(Jürgen W. Möllemann [FDP]: Hoppe, hoppe Reiter!)

- Herr Möllemann, hören Sie zu, vielleicht wissen Sie es noch nicht. Vielleicht wollen Sie ja einmal wissenschaftspolitischer oder forschungspolitischer Sprecher werden, wenn nichts anderes mehr übrig bleibt.

(B)

(Ewald Groth [GRÜNE]: Aber nicht hier in Nordrhein-Westfalen!)

Die EU hat gerade beschlossen, keine europäischen Forschungsgelder für die Entwicklung neuer Atomreaktoren mehr bereitzustellen. Stattdessen werden insgesamt 810 Millionen Euro für die Entwicklung erneuerbarer Energien und damit zusammenhängender Energietechnologien investiert. Das zeigt: Wir sind hier in NRW auf dem richtigen Weg und Vorreiter dieser Politik.

(Beifall bei den GRÜNEN)

In NRW bedeutet grüne, zukunftsfähige Politik auch und vor allem, ökologisch zu wirtschaften. Eine gute Umweltpolitik ist eine Politik für Kinder, meine Damen und Herren; denn nur so sichern wir ihre Zukunft. Die Umweltpolitik in NRW kann sich sehen lassen.

(Jürgen W. Möllemann [FDP]: Man trägt auf dem Holzweg auch noch Holzschuhe!)

- Ich bin früher sehr gern Rollschuh gefahren, Herr Möllemann. (C)

(Jürgen W. Möllemann [FDP]: Holzschuhe!)

- Auch das kann manchmal sehr nützlich sein. So wie ich kein Verkehrsmittel ausschließe, schließe ich auch keine Sorte Schuhwerk aus. Man muss sich der Umgebung anpassen; manchmal braucht man auch Schneeschuhe, Herr Möllemann.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir treiben den Agenda-21-Prozess voran. Gemeinsam mit der Wirtschaft, mit gesellschaftlichen Gruppen, Kirchen, Gewerkschaften und Interessenverbänden verankern wir die Nachhaltigkeit als Überlebensprinzip in allen Bereichen von Politik und Gesellschaft. Anders wird dieser Planet nicht überleben können. Wer meint, sich diesem Prinzip verweigern zu können, ist in seinem Denken im vorletzten Jahrhundert stehen geblieben.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Es reicht nämlich nicht, meine Damen und Herren, über den Rio-Prozess nur schöne Reden zu halten. Nachhaltige Politik muss man Punkt für Punkt praktisch umsetzen. Eine solche Politik gibt es nur mit Bündnis 90/Die Grünen. (D)

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir haben den produktionsintegrierten Umweltschutz, die Zusammenführung von Ökonomie und Ökologie gerade in Nordrhein-Westfalen auf den Weg gebracht und stellen dafür die notwendigen Mittel im Haushalt bereit.

(Jürgen W. Möllemann [FDP]: Die Frösche tanzen Samba!)

Nehmen Sie die Effizienzagentur, das Umweltmanagement, die Verankerung von Öko-Audit. Nehmen Sie das ambitionierte Klimaschutzkonzept für Nordrhein-Westfalen. Oder nehmen Sie die Vor- und Nachsorgeansätze in der ökologischen Wasserwirtschaft, die Lärminderung oder die Abfallwirtschaft. In all diesen Bereichen schaffen wir die ökologische Wende in Nordrhein-Westfalen und in Deutschland.

Das sind Schritte einer nachhaltigen Umweltpolitik, die die Folgen bedenkt und vorausschauend

(Sylvia Löhrmann [GRÜNE])

(A) versucht, Fehler und Belastungen für Mensch und Umwelt zu vermeiden.

Meine Damen und Herren, diejenigen, die nach wie vor immer wieder versuchen, einen Widerspruch zwischen Ökologie und Ökonomie festzustellen, will ich Folgendes sagen:

(Jürgen W. Möllemann [FDP]: Es heißt: "denjenigen"!)

- Ja, es heißt "denjenigen". Gut aufgepasst, Herr Möllemann. Sie waren einmal Lehrer; ich weiß.

(Jürgen W. Möllemann [FDP]: Das müssten Sie als Lehrerin doch auch wissen!)

- Wunderbar, ich bin Ihnen ausgesprochen dankbar. Sonst hätte ich es erst im Protokoll korrigieren müssen. Ich bin Ihnen ausgesprochen dankbar. Sie sind heute so liebenswert.

(Dr. Stefan Grüll [FDP]: Wenn der Inhalt schon nicht stimmt, dann wenigstens die Grammatik!)

- Noch ein bisschen!

(Minister Dr. Michael Vesper: Jetzt fällt ihnen nichts mehr ein!)

(B)

- Jetzt fällt ihnen nichts mehr ein. Gut!

Also noch einmal für Herrn Möllemann: Denjenigen, die nach wie vor immer wieder versuchen, einen Widerspruch zwischen Ökologie und Ökonomie festzustellen, will ich Folgendes sagen: Die beschäftigungspolitischen und ökonomischen Effekte einer anspruchsvollen Klimaschutzpolitik sind beachtlich. Das Baseler Forschungsinstitut Prognos kommt in einer wissenschaftlichen Untersuchung zu dem Schluss, dass eine Minderung der CO₂-Emissionen in Deutschland bis zum Jahre 2020 um 40 % nicht nur machbar ist, sondern auch noch 200.000 zusätzliche Arbeitsplätze schafft.

Von denen profitieren der Maschinenbau, das Baugewerbe, der öffentliche Personennahverkehr, die Bahn und die Dienstleister. Dies alles sind Zukunftsbereiche der deutschen Wirtschaft.

(Jürgen W. Möllemann [FDP]: Ich wusste gar nicht, dass wir so viele haben!)

- Sehen Sie! - In diesem Gutachten wird bekräftigt, dass der Klimaschutz, der Ausstieg aus der

Atomenergie und die beschäftigungspolitischen Ziele keine Gegensätze sind, sondern sich - im Gegenteil - positiv verstärken. (C)

Meine Damen und Herren, Politik für ein Leben mit Kindern heißt aber auch und gerade, ihnen die Möglichkeit zur Entwicklung und zur Entfaltung aller ihrer Talente zu geben. Dafür müssen und wollen wir streiten. Dabei geht es nicht nur um die Bildungspolitik. Darum war uns z. B. auch die Sicherung der Bibliotheken so wichtig. Bibliotheken sind Wissenszentren. Dass Lesefähigkeit eine der Grundvoraussetzungen für die Teilhabe am Leben in unserer Wissensgesellschaft ist, hat ja auch die viel diskutierte PISA-Studie deutlich herausgestellt.

Klar ist auch: Die Kinder müssen nicht nur für die Schule oder ihre Lehrer lernen, sondern vor allem für sich und ihr Leben.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Leben heißt eben nicht nur Marktwirtschaft, sondern hat vor allem mit dem Beherrschen der wichtigsten Kulturtechniken wie Lesen und Schreiben zu tun, mit Wissen und Erkenntnis, Einblick und Einsicht in die Zusammenhänge unserer Zivilisation und deren Gestaltung.

Aber: Bildung ist viel mehr als die Summe des Nützlichen. (D)

(Jürgen W. Möllemann [FDP]: Boah!)

Zentral für die Entwicklung der Persönlichkeit ist auch musische und künstlerische Bildung, also die Förderung der Kreativität. Gerade deshalb werden auf unser Betreiben hin gerade die Kinder- und Jugendtheater - mithin die freie Theaterszene - gefördert, die Kultursekretariate unterstützt und der internationale Kulturaustausch aufgestockt, damit der viel beschworene "Dialog der Kulturen" überhaupt in Gang kommen kann.

(Beifall bei den GRÜNEN - Ewald Groth [GRÜNE]: Bravo!)

Unsere Politik für ein Leben mit Kindern heißt natürlich auch: Wir investieren in Bildung. Wir setzen den Stufenplan "Verlässliche Schule" konsequent um, bauen Ganztagsangebote aus und Modernisieren unsere Schulen mit dem Modellvorhaben "Selbstständige Schule - NRW Schule 21".

(Beifall bei den GRÜNEN)

(Sylvia Löhrmann [GRÜNE])

- (A) Herr Rüttgers, Sie beklagen das und sagen, dies sei nicht genug und es würden nicht genug Schulen mitmachen. Da frage ich mich: Was haben Sie in all den Prozessen gemacht, als es eine schwierige Auseinandersetzung gab. Sie haben doch dazu beigetragen, dass nun weniger Schulen an diesen Vorhaben beteiligt sind. Sie haben sich an bürokratischen Gängelungen orientiert und diese aufs Tablett gelegt. Statt dieses Modellvorhaben als gut und die richtige Richtung darzustellen, haben Sie es schlecht geredet. Da hätten Sie uns unterstützen können. Schauen Sie doch einmal über Nordrhein-Westfalen hinweg: Uns beneiden sehr viele dafür, dass wir hier einen so revolutionären Weg in der Schulpolitik gehen. Darum beneiden uns ganz viele!

(Beifall bei den GRÜNEN - Ewald Groth [GRÜNE]: Bravo!)

Wir haben beispielsweise von Schweden gelernt. Wir haben auch von Italien gelernt, wo es solche Ansätze gibt. Ich hoffe, dass wir uns mit dem Schulausschuss diese Modelle im Ausland anschauen können, um hier die Widerstände zu brechen. Es ist nämlich viel zu entscheidend, was wir machen, als dass wir es uns leisten könnten, auf Sie als Partner zu verzichten. Das ist ganz wichtig.

(B)

(Beifall bei den GRÜNEN)

Nicht durch die PISA-Studie wissen wir, dass unsere Anstrengungen in der Bildungspolitik noch lange nicht abgeschlossen sind. Unser gesamtes Schul- und Bildungssystem muss mit Blick auf die Herstellung von Chancengleichheit und den Weg in die Wissensgesellschaft auf den Prüfstand. Wir sind bereit, von Besseren zu lernen.

(Dr. Jürgen Rüttgers [CDU]: Das müssen Sie auch dringend!)

- Sie übrigens auch. - Wir sind bereit, vorurteilsfrei zu diskutieren. Und wir wollen möglichst schnell entsprechende Maßnahmen ergreifen.

In dem Zusammenhang verstehe ich nicht - wir haben es ja letzte Woche erlebt -, warum Sie sich einseitig die Bildungsministerin herauspicken, ihren Rücktritt fordern und ihr vorwerfen, sie habe die Lehrer zu scharf angegriffen, obwohl einige CDU-Bildungsministerinnen - von denen müssen Sie sich Interviews durchlesen - auch die Meinung vertreten, dass man sich mit den Leistungen der

- Lehrerinnen und Lehrer auseinander setzen müsse. Von diesen Ministerinnen fordern Sie aber nicht den Rücktritt. (C)

(Beifall bei GRÜNEN und SPD)

Es geht doch darum, dass Schule besser werden muss. Es geht doch darum, dass wir Lehrerinnen und Lehrer entsprechend qualifizieren müssen.

(Beifall bei GRÜNEN und SPD)

Wir müssen sie in den Stand versetzen, mit den Kindern, die ihnen anvertraut sind, am besten arbeiten zu können. Das muss doch unser gemeinsames Ziel sein. Da ist eine einseitige Schuldzuweisung völlig fehl am Platze.

Es geht um ganz Deutschland, und Sie tragen in anderen Bundesländern genauso die Verantwortung wie wir dafür, wie unsere Gesellschaft mit Kindern umgeht und wie unsere Gesellschaft Lehrerinnen und Lehrern Wertschätzung erweist. Da darf sich niemand aus der Verantwortung herausstellen - und Sie schon gar nicht.

(Beifall bei GRÜNEN und SPD)

Wir wollen Bildung von Anfang an. Dazu brauchen wir eine zeitgemäße Frühpädagogik. Wir wollen die vorschulischen Bildungsansätze im Kindergarten vorantreiben und können uns in Nordrhein-Westfalen im Übrigen auf den längst etablierten Bildungs-, Betreuungs- und Erziehungsansatz unserer Kindergartenpolitik berufen. (D)

(Beifall bei den GRÜNEN - Ute Koczy [GRÜNE]: Sehr richtig!)

Es gilt, schon im Elementarbereich den Schatz der frühen Kindheit zu heben, und alles daran zu setzen, dies mit den berechtigten Anforderungen an eine bedarfsgerechte, qualitative und verlässliche Betreuung zu kombinieren.

Wir Grünen haben uns dieser Diskussion mit unserem Konzept "Hand in Hand" gestellt. Jetzt gilt es konkret zu werden und zügig mit der Umsetzung zu beginnen.

Grüne, zukunftsfähige Politik heißt auch Politik für Frauen, frauengerechte Politik. Eine moderne Gesellschaft kann es sich nicht leisten, auf das Potenzial qualifizierter Mädchen und Frauen zu verzichten.

(Beifall bei den GRÜNEN)

(Sylvia Löhrmann [GRÜNE])

- (A) Wir setzen das beispielsweise bei der Frauenförderung im Hochschulbereich um. Diesbezüglich haben wir im Haushalt nachgebessert. Wir greifen das bei der Beschäftigungsförderung durch Dienstleistungspools sowie durch das Programm "Frauen in Handwerk und Technik" auf. Der Antrag der Koalitionsfraktionen zum Gender-Mainstreaming ist viel belächelt worden, vor allem von den Herren im Hause. Erfreulicherweise sind letzten Endes aber dennoch gute und wichtige Debatten in den Fachausschüssen ausgelöst worden. Inzwischen muss doch dem Letzten klar sein, dass eine Demokratie ohne Demokratie und Gerechtigkeit zwischen den Geschlechtern unvollkommen bleibt.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Die EU gibt es uns vor, und wir in NRW gehen für die Bundesrepublik voran.

In diesem Jahr haben wir im Laufe der Haushaltsberatungen einen Schwerpunkt auf Politik gegen Gewalt sowie für Gewaltschutz für Frauen und Kinder gelegt. Notrufe, Beratungsstellen, geschützter Wohnraum und Präventionsmaßnahmen zeigen ebenso wie der Landesaktionsplan gegen häusliche Gewalt deutlich, dass wir die Probleme ernst nehmen und anpacken, um den Opfern von häuslicher Gewalt größtmöglichen Schutz, Unterstützung und Beratung zu bieten. Das ist notwendig und richtig.

(B)

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zu all diesen Punkten in verschiedenen Politikfeldern, zu dieser Politik der Verantwortung und der Nachhaltigkeit, die nur mit den Grünen in der Regierung möglich ist, gibt es keine Alternative.

(Beifall bei den GRÜNEN - Jürgen W. Möllemann [FDP]: Donnerwetter!)

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich einen Blick zurück auf das nun zu Ende gehende Jahr 2001 werfen.

(Jürgen W. Möllemann [FDP]: Wer pfeift denn da im Walde?)

Um es klar zu sagen: Die Arbeit der Koalition läuft gut. Das sehen wir an der Integrationsoffensive, an der Bildungsoffensive, an der Verbraucher-

schutzoffensive, an der Windenergie- und Biomasseoffensive. (C)

(Jürgen W. Möllemann [FDP]: Und an der Bodenoffensive!)

Das sehen wir aber auch an dem Haushalt, den wir heute gemeinsam verabschieden. Natürlich gab und gibt es bei so unterschiedlichen Partnern auch Konflikte. Sie soll man und sie wollen wir auch gar nicht unter den Teppich kehren. Erinnert sei dabei an die Gentechnikdiskussion.

In diesem Zusammenhang weise ich auf Folgendes hin: Die Entscheidung in der Sache trifft der Bundestag. Wir hier in Nordrhein-Westfalen werden, wie sie auch ausfallen mag, keine Sonderrolle spielen können. Die Bedenken sind jedoch real und nicht auszuräumen. Die vorsichtige Herangehensweise des Ethikrates und der Ethikkommission bestätigen ja nur unsere Kritik. Übrigens, verehrter Kollege Möllemann, Sie beschleunigen hier gar nichts.

(Jürgen W. Möllemann [FDP]: Nicht?)

Inzwischen sind Herr Rüttgers und Herr Clement in der Sache doch näher beieinander als Sie und Herr Clement. Insofern entpuppt sich doch Ihre vermeintlich große Nummer mit dem Antrag hier im Plenum im Nachhinein erst recht als Nullnummer. (D)

(Beifall bei den GRÜNEN - Zuruf von Jürgen W. Möllemann [FDP])

Das war reines Politspektakel - Jürgen Windmaschine Möllemann.

(Beifall bei den GRÜNEN - Jürgen W. Möllemann [FDP]: Wunschdenken, Frau Löhrmann!)

Da wir gerade bei der Rückschau sind: Beim Streit um die Durchsetzung des Dosenpfandes auf Bundesebene hat sich die NRW-SPD leider nicht mit Ruhm bekleckert.

(Zuruf von der SPD: Was?)

Herr Clement, Herr Schwanhold, heute können Sie schwarz auf weiß nachlesen, wie die Mehrwegquoten gefallen sind. Deshalb sage ich Ihnen klar und deutlich: Die Regelung des Umweltmini-

(Sylvia Löhrmann [GRÜNE])

- (A) sters wäre besser gewesen - besser für die Umwelt, besser für die Sauberkeit unserer Städte und Landschaften und auch besser für den Handel und die mittelständischen Getränkeunternehmen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sie müssten eigentlich zugestehen, dass das so ist. Wir sollten diesen Fehler so bald wie möglich korrigieren.

Verschweigen will ich auch nicht die unterschiedliche Herangehensweise an das Metrorapid-Projekt. Während die einen von einer Sollbruchstelle der Koalition schwadronieren, sind andere zumindest im Geiste schon bei Bau und Betrieb, obwohl einige der Grundlagen noch gänzlich ungeklärt sind. Auch hier gilt es, solide zu arbeiten statt überstürzt Porzellan zu zerschlagen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Für uns Grüne war immer klar: Es geht nicht um Ideologie. Es geht nicht darum, ob ein Zug schwebt oder auf Rädern fährt, erst recht nicht, wenn es dann leiser ist.

(Ministerpräsident Wolfgang Clement: Das ist ein Unterschied!)

- (B) - Genau. Es geht darum, ob der Metrorapid dazu beiträgt, dass der ÖPNV für alle Menschen in NRW besser wird. Wer sollte etwas dagegen haben, wenn er ein Gewinn für den Nahverkehr insgesamt und seriös finanziert ist?

(Beifall bei den GRÜNEN)

Eine klare Entscheidungsgrundlage und ein klares Verfahren sind allerdings notwendig, um auch Skeptiker zu überzeugen, die es nicht nur in unserer, sondern auch in manch anderer Partei gibt.

(Ministerpräsident Wolfgang Clement: Das werden jetzt immer weniger!)

- Ja, aber hören Sie einmal die Solinger an, hören Sie einmal den Wuppertaler Oberbürgermeister, der gehört Ihrer Partei an. Sie machen sich Sorgen.

(Zuruf von Minister Ernst Schwanhold)

- Herr Schwanhold, wir tun immer gut daran ---

(Jürgen W. Möllemann [FDP]: Zugabe!)

- Herr Möllemann freut sich und macht auch mit.

- (C) Ich sage doch nur, was ich in der Zeitung zum Beispiel von Herrn Kremendahl lese.

(Weitere Zurufe)

Das ist ja schön, aber wir tun doch gut daran - darin sind wir uns doch einig -,

(Frank Baranowski [SPD]: They never come back!)

dass wir die Bedenken von Kritikern ernst nehmen, um eine möglichst ungeteilte Zustimmung für dieses wichtige industriepolitische Vorhaben zu erreichen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir sind uns doch hoffentlich darin einig, dass wir gut daran tun, die Bedenken aufzunehmen, mit den Menschen im Land zu reden - das tun Sie, das tun wir - und Lösungen zu finden,

(Zuruf von der FDP: Reden, reden, reden!)

die den Menschen im Ruhrgebiet helfen, aber genauso etwa den Menschen im Bergischen Land.

(Jürgen W. Möllemann [FDP]: Und auf den Fidschi-Inseln!)

- (D) Darauf legen wir Wert. Wir haben dafür ein gutes Verfahren entwickelt. Das läuft alles nach Plan. Deshalb weiß ich nicht, warum Sie sich jetzt hier so aufregen.

Ein Rückblick auf das vergangene Jahr muss natürlich auch einen Blick auf den 11. September und die Folgen einschließen. Über die außenpolitischen Folgen und Entscheidungen will ich hier nicht sprechen. Meine Partei ist damit in Form einer kritischen und engagierten Diskussion sehr verantwortungsvoll umgegangen und hat einen wichtigen Prozess in dieser demokratischen Gesellschaft beschrieben. Zur innenpolitischen Dimension dessen kann und muss man aber ein paar Worte verlieren.

Die fürchterlichen Anschläge vom 11. September 2001 haben auch im Landeshaushalt zu Veränderungen geführt. Aus unserer Sicht müssen alle in diesem Zusammenhang getroffenen Maßnahmen erforderlich, wirksam und verhältnismäßig sein. Die Landesregierung hat im Rahmen eines entsprechenden Stufenkonzeptes auf die geänderte Sicherheitslage reagiert. Uns Grünen ist klar: Die Menschen in Nordrhein-Westfalen erwarten zu Recht von ihrer Regierung und auch von

(Sylvia Löhrmann [GRÜNE])

(A) uns Grünen, dass wir das Notwendige tun, um Sicherheit vor terroristischen Anschlägen zu gewährleisten.

Zur Wahrheit gehört: Absolute Sicherheit kann es nicht geben, und mehr Sicherheit um den Preis der Freiheit darf es nicht geben. Aber wir haben in Berlin und hier in Nordrhein-Westfalen besonnen und mit Augenmaß gehandelt.

Hier in Nordrhein-Westfalen schaffen wir neue Stellen für Polizei, Verfassungsschutz, Feuerwehr, und wir investieren in den Katastrophenschutz. So werden z. B. zusätzliche Angestelltenstellen im Polizeibereich geschaffen, um die Beamtinnen und Beamte, die derzeit Verwaltungstätigkeiten ausüben, von diesen Aufgaben zu entlasten. Hinzukommen Mehrausgaben zur Erhöhung der Sicherheitsstandards in der Justiz. Damit wird den faktischen Mehrbelastungen z. B. beim Objektschutz und der zusätzlichen Ermittlungstätigkeit Rechnung getragen.

Mit diesem ausgewogenen Programm schaffen wir mehr Sicherheit in Nordrhein-Westfalen, als die Opposition mit ihren gebetsmühlenartig vorgebrachten Forderungen nach immer mehr Polizei jemals erreichen könnte. Immerhin - das erkennen wir durchaus an - hat sich die CDU in ihren Haushaltsanträgen dieses Jahr realistischer gezeigt und nicht gleich 1.000 neue Polizisten auf einen Schlag gefordert.

(B) Man kann eine Haushaltsdebatte nicht führen, wenn man die Rahmenbedingungen außer Acht lässt, so, wie Sie das tun, meine Damen und Herren von der Opposition. Sie tun so, als könnte man im luftleeren Raum debattieren.

(Jürgen W. Möllemann [FDP]: Nein!)

Sie tun so, als könnte man die Gründe für den engen Finanzrahmen außer Acht lassen. Die Rahmenbedingungen zur Aufstellung des Landeshaushalts für das kommende Jahr - das wurde in den vergangenen Wochen immer wieder deutlich - sind äußerst schwierig, und trotzdem hat die Koalition die Herausforderung gemeistert.

(Beifall bei GRÜNEN und SPD)

Es ist richtig, dass wir uns mit einer schwierigen wirtschaftlichen Lage auseinander zu setzen haben: durch den weltweiten Konjunkturerinbruch, durch die Rezession in den USA. Das führt dazu,

dass die Investitionstätigkeit abnimmt, der Export lahm und die Arbeitslosenzahlen bedauerlicherweise erstmalig wieder steigen. Das aber ist der Preis einer globalisierten Weltwirtschaft. Alles ist miteinander verwoben und voneinander abhängig - im Guten wie im Schlechten. Das lassen Sie jetzt außer Acht, obwohl Sie sonst die Globalisierung per se gut heißen.

(C)

(Jürgen W. Möllemann [FDP]: Es fehlt nur noch das Wort "quasi"!)

Darum sollten wir überhaupt nicht herumreden; das ist so. Deshalb meine Damen und Herren von der Opposition: Wenn Sie uns hier immer und immer wieder weismachen wollen, Deutschland sei besonders schlecht und NRW natürlich noch schlechter, sage ich: Nehmen Sie endlich die Tatsachen zur Kenntnis und hören Sie mit der elenden Miesmacherei auf! Deutschland ist die Exportnation Nummer 1 in Europa. Deshalb ist es nur logisch, dass wir von weltwirtschaftlichen Problemen am stärksten getroffen werden. Aber - auch das sollten sie endlich einmal akzeptieren - Deutschland ist doch nicht Exportland Nummer 1, weil der Standort so mies ist, wie Sie ständig behaupten, sondern deshalb, weil die Produktivität erstklassig ist und die Qualität deutscher Produkte stimmt.

(D)

(Vorsitz: Vizepräsidentin Edith Müller)

Sie werden es wahrscheinlich nie begreifen, aber dennoch: Keines der alten Bundesländer hat einen Strukturwandel zu bewältigen, der auch nur annähernd dem gleicht, was wir in NRW bei Kohle und Stahl schaffen müssen und schaffen werden. Deshalb können Sie sich Ihre vordergründigen Zahlenspielchen schenken, weil sie mit der Realität wenig zu tun haben. Statt Ihrer ewigen Nörgelei geht es darum, die Herausforderungen offensiv anzunehmen. Das tun wir.

(Beifall bei GRÜNEN und SPD)

Das gilt aber auch für die Wirtschaft. Ein Beispiel aus den USA zeigt, wie es gehen kann. So habe ich im Übrigen auch den Ministerpräsidenten mit seinem Appell an die Unternehmen verstanden. Das Management von Sun Microsystems hat gerade einen Brief an die Aktionäre geschrieben. Darin wirbt die Geschäftsleitung bei den Aktionären um Verständnis dafür, dass sie keine Entlassungen vornimmt, auch wenn das die Gewinnerwartungen und den Kurs der Aktien drückt. Denn

(Sylvia Löhrmann [GRÜNE])

- (A) sie rechnet mit einer Besserung der konjunkturellen Lage und will die bewährte Belegschaft, das Know-how der Mitarbeiter behalten und das soziale Gefüge nicht auseinander brechen.

Dieses Beispiel sollte auch bei uns in Deutschland Schule machen. Denn es liegt im wohlverstandenen Eigeninteresse der Wirtschaft, ihrer Verantwortung, die sie gegenüber der Gesellschaft hat, gerecht zu werden.

(Beifall bei den GRÜNEN und von Ministerpräsident Wolfgang Clement)

Ich glaube, das ist ein sehr guter Weg. Ich bin anders als andere dem Ministerpräsidenten dankbar dafür.

(Ministerpräsident Wolfgang Clement: Wegen der Lehrerbeschimpfung von Herrn Rüttgers?)

- Deswegen habe ich mich ausdrücklich positiv auf Sie bezogen, weil Sie eben hier so knurrig reagiert haben, Herr Clement. Das hatte ich gar nicht vorgesehen.

(Zuruf von Jürgen W. Möllemann [FDP])

- Ja, wo er Recht hat, hat er Recht.

- (B) (Jürgen W. Möllemann [FDP]: Angst essen Seele auf!)

- Ach Gott, Angst essen Seele auf. Es freut mich, dass Sie ein bisschen über literarische Bildung verfügen.

(Heiterkeit bei der SPD)

Aber diesen Nachhilfeunterricht brauchen wir hier nicht, Herr Möllemann. Gehen Sie Ihren Weg, wir gehen unseren Weg mit unseren Punkten, die wir in der Politik durchsetzen,

(Beifall bei den GRÜNEN)

die wir uns vornehmen, an denen wir ganz beharrlich Schritt für Schritt arbeiten.

(Jürgen W. Möllemann [FDP]: Sie machen am Abgrund einen Schritt nach vorne!)

Die rot-grüne Bundesregierung hat mit der Rentenreform, mit der Steuer- und Unternehmenssteuerreform sowie der überfälligen Konsolidierung des total überschuldeten Bundeshaushalts ihre Hausaufgaben gemacht. Sie hat nach Jahren

- (C) der Lähmung unter CDU und FDP, nach Jahren steigender Lohnnebenkosten und steigender Steuern, nach Jahren steigender Abgabenbelastung und explodierender Staatsverschuldung die Wende geschafft, und die Gewerkschaften haben jahrelang moderate Abschlüsse ausgehandelt - nicht zuletzt ein Erfolg des Bündnisses für Arbeit. Deshalb sollten die Unternehmen im eigenen Interesse und im Interesse des Ganzen die Ankündigungen von Entlassungen nicht nur überdenken, sondern zurücknehmen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Der Sachverständigenrat rechnet für das nächste Jahr damit, dass sich die außenwirtschaftliche Lage aufhellt und vorhandene positive binnenwirtschaftliche Rahmenbedingungen wieder Wirkung entfalten. So, wie wir jetzt in Deutschland besonders stark negativ betroffen sind, werden wir dann besonders stark profitieren. Es besteht also kein Anlass zu Depressionen, im Gegenteil.

- (D) Allerdings haben wir aus grüner Sicht noch eine wichtige Aufgabe vor uns, die Reform des Arbeitsmarktes. Sicher, das Job-Aktiv-Gesetz ist ein guter und richtiger Einstieg, um Langzeitarbeitslosigkeit durch gezieltere Beratung und Qualifizierung zu reduzieren. Wir Grünen wollen weitere Schritte gehen, und wir diskutieren alle verschiedenen Möglichkeiten. Zum Teil gibt es da auch unterschiedliche Ansätze, aber es wird wie in anderen Parteien diskutiert. Offenbar hat Herr Möllemann hier auch noch nicht den Stein der Weisen gefunden, sonst hätte er nicht Herrn Schartau eingeladen.

Ehe man für die Subventionierung von Lohnnebenkosten zweistellige Milliardenbeträge ausgibt, muss man in der Tat die Nachhaltigkeit und Effizienz von solchen Maßnahmen prüfen. Solche zusätzlichen Subventionierungen werden ja auch ansonsten kritisiert. Aus unserer Sicht gibt es dabei nicht die eine Maßnahme zur Lösung aller Probleme, sondern es sind eine Reihe von Maßnahmen als Gesamtkonzept notwendig.

(Beifall bei den GRÜNEN - Dr. Axel Horstmann [SPD]: Das ist auch richtig!)

Wir Grünen halten dabei eine Weiterentwicklung arbeitsmarktpolitischer Instrumente zur besseren und dauerhaften Integration von Erwerbslosen mit geringer Qualifikation sowie zur Erschließung zu-

(Sylvia Löhrmann [GRÜNE])

(A) sätzlicher dauerhafter Arbeitsfelder für Zielgruppen der Arbeitsmarktpolitik für dringend erforderlich. Ich will nur zwei ansprechen:

- Insbesondere Dienstleistungspools müssen dringend weiterentwickelt werden, um klassische Bereiche der Schwarzarbeit in legale Beschäftigungsverhältnisse zu überführen. Hierfür gilt es allerdings auf Bundesebene die Steuergesetze zu ändern.
- Eine Teilzeittoffensive kann einen weiteren wichtigen Beitrag leisten. Wir haben erste Schritte unternommen, dürfen aber im Interesse der Arbeitssuchenden dabei nicht stehen bleiben.

Strukturreformen sind der richtige Weg. Sie modernisieren den Arbeitsmarkt im Sinne der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sowie der Arbeitgeber. Wir können uns auch hier auf die Wirtschaftsweisen stützen, die sagen:

"Gerade in der derzeitigen labilen wirtschaftlichen Lage stellt das Angehen von notwendigen Strukturreformen eine Chance dar, die wirtschaftlichen Perspektiven zu stabilisieren."

(B) Dieser Weg wird von uns in NRW unterstützt.

Es wird sich zeigen: Die Politik von Rot-Grün ist richtig, und die Erfolge werden sich einstellen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Die Opposition sowohl hier in Düsseldorf als auch die in Berlin - das ist auch heute einmal wieder deutlich geworden - bietet nun wahrlich keine überzeugende Alternative. Ihnen kann man dieses Land nicht überlassen.

Meine Damen und Herren, eine nachhaltige Politik, eine zukunftsfähige Politik darf nicht schon heute die finanziellen Spielräume der zukünftigen Generationen verfrühstücken. Notwendige Reformen müssen sich an drei Zielen orientieren:

Erstens. Wir müssen heraus aus der Zinsspirale. Wirklichen Handlungsspielraum - darin liegt die Gestaltungskraft - können wir nur zurückgewinnen, wenn wir die Neuverschuldung Schritt für Schritt zurückführen. Auf dieses Ziel, was wir auch im Koalitionsvertrag festgelegt haben, arbeiten wir hin. Eine schwierige Aufgabe, keine Fra-

ge! Aber wir werden diese Herausforderung annehmen. (C)

Zweitens. Wir müssen die Beamtenpensionen reformieren. Wie bei der Reform der gesetzlichen Rentenversicherung sollten zukünftig auch bei Beamten Teile der Versorgungsleistungen nicht mehr aus dem laufenden Haushalt gezahlt werden, sondern kapitalgedeckt sein. Diese und andere Maßnahmen müssen wir vorurteilsfrei diskutieren.

Drittens. Wir müssen die vorhandenen Einnahmepotenziale besser ausschöpfen. Das heißt, wir müssen die uns zustehenden Steuern auch wirklich einnehmen. Deshalb haben wir Grüne stets gefordert, die Prüfungsdichte bei Betriebsprüfungen zu erhöhen. Wir sind der festen Überzeugung, dass hier erhebliche Einnahmepotenziale - die Deutsche Steuergewerkschaft spricht bundesweit von 50 Milliarden Euro - bestehen. Schon aus Gründen der Steuergerechtigkeit müssen wir hier endlich aktiv werden.

Meine Damen und Herren, Herr Rüttgers, weil Sie auch heute darauf deutlich eingegangen sind und die Frage der Verfassungsmäßigkeit des Haushaltes angesprochen haben, möchte ich doch auf die Qualität Ihres Gesamtkonzepts in der Finanzpolitik hinweisen. (D)

Nehmen wir zunächst die Anträge, die Sie mit großem Trara der Presse vorgestellt haben:

Da fordern Sie eine jährliche pauschale Personalreduzierung um 1,5 %. Davon ausgenommen sein sollen: Schule, Wissenschaft, Justizvollzug und Polizei - mithin, das muss man wissen, fast die Gesamtheit der Landesbediensteten. So sollen in den Jahren 2002 bis 2006 pro Jahr 1.350 Stellen in der allgemeinen Verwaltung in Stellen im Schulbereich umgewandelt werden.

Aber - Herr Diegel hatte das vorgestellt - bei den Grundrechenarten scheint es zu hapern.

Nimmt man die genannten vier Bereiche heraus, so bleiben nur noch knapp 25.000 Stellen übrig. Und eine 1,5%ige Kürzung von 25.000 führt nur zu einer Kürzung um 375 Stellen. Das heißt, die angekündigten 6.000 neuen Lehrerstellen könnten so nicht geschaffen werden.

Und: Der CDU-Vorschlag nimmt die Finanzverwaltung nicht aus. Das heißt: Hier soll die

(Sylvia Löhrmann [GRÜNE])

- (A) 1,5%ige Stellenreduzierung greifen. Gleichzeitig fordert die CDU aber 500 neue Betriebsprüfer. Das passt auch nicht zusammen.

Insgesamt fordert die CDU 9.850 neue Stellen bzw. Stellenumwandlungen. Das passt doch hinten und vorne nicht zusammen, wenn man sich einmal die einzelnen Bereiche anschaut. Das sollten Sie noch einmal nachrechnen!

(Beifall bei GRÜNEN und SPD)

Aber, meine Damen und Herren von der CDU, selbst wenn Sie richtig rechnen würden: Ihr Konzept ist an sich schon unseriös. Sie wollen die Handlungsfähigkeit der Ministerien drastisch beschneiden, Sie wollen investive Mittel für das Ruhrgebiet deutlich kürzen, Sie wollen Luftbuchungen vornehmen, etwa die beim BLB im zweiten Jahr noch nicht zu erwartende Rendite verbuchen, und Sie planen einen Vorgriff auf Erlöse der Betriebsprüfer, die erst in einigen Jahren zu erzielen sind.

Ein anderes Stichwort: ZVS - Zentralstelle zur Vergabe von Studienplätzen. Also wirklich, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Reduzierung auf Null von heute auf morgen ist zwar ein beliebtes Spiel, aber gerade bei der Zentralstelle zur Vergabe von Studienplätzen kann das gar nicht funktionieren und es funktioniert auch nicht. Die ZVS ist - bei aller Kritik - an Staatsverträge gebunden, die nicht mal eben von heute auf morgen kündbar sind.

(B)

Was soll das also? Das ist unseriös, unehrlich und das ist vor allem nicht brauchbar. Das ist Ihre Politik, die Politik der neuen CDU im Westen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen von der CDU, die Anträge, die zumindest theoretisch umsetzbar wären, sind aus unserer Sicht in der Sache nicht vernünftig.

Sie wollen Mittel für den ÖPNV kürzen, das REN Programm kürzen - alles zukunftssträchtige und zukunftsfähige Bereiche.

Sie wollen die Mittel für ökologischen Landbau und Verbraucherschutz im Zusammenhang mit BSE streichen. Sie wollen also zurück und eben nicht eine umweltschonende, artgerechte Landwirtschaft und den Schutz der Menschen vor gesundheitsgefährdenden Produkten.

Obwohl Sie in den vergangenen Ausschusssitzungen viele Kürzungen des Haushaltsentwurfes geißelt hatten, u. a. im Sozialbereich, hat es zu eigenen Anträgen in der Sozialpolitik nicht gelangt. Die großen Bereiche der hauswirtschaftlichen und zeitintensiven Hilfen ebenso wie neue Wohnformen, Altenpflegeausbildung, Wohnberatung oder auch Gesundheitsförderung und Aids sind bei der CDU kein Thema für eigene Anträge!

(C)

Das alles zeigt: Sie werden Ihrer Aufgabe und vor allem Ihren eigenen Ankündigungen nicht gerecht.

Aber ich bin der Opposition dankbar dafür, dass sie zeigt, wohin mit ihr die Reise gehen würde: Vorwärts in die Vergangenheit!

Meine Damen und Herren, nehmen wir die Pläne zur Steuerreform, die die Union und die FDP auf den Markt werfen. Dadurch würden schlagartig so hohe Steuerausfälle für alle staatlichen Ebenen entstehen, dass kein Bundesland in dieser Republik mehr - nicht einmal die reichen Südländer - einen verfassungsgemäßen Haushalt beschließen könnte. Von den Kommunen ganz zu schweigen! Da nutzen auch eilfertig heute noch eingebrachte Entschließungsanträge wenig.

Dass diese Forderung nach einem Vorziehen der Steuerreform politisch unsinnig und finanzpolitisch kontraproduktiv ist, hat die Bundesbank gerade gestern in ihrem Dezemberbericht bestätigt, in dem sie feststellt, dass es derzeit keinen Spielraum für zusätzliche Steuersenkungen gibt.

(D)

(Johannes Rimmel [GRÜNE]: Hört, hört!)

"Die umfangreichen Steuersenkungen dürften für sich genommen die Wachstumschancen verbessern," schreibt die Bundesbank, mahnt aber gleichzeitig an, dass die langfristige Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen verbessert werden muss. Auch darin können wir nur zustimmen.

Aber, meine Damen und Herren, den Vogel hat natürlich wieder einmal die FDP abgeschossen. Die FDP stellt doch tatsächlich den Antrag, die Subventionen für die Steinkohle von heute auf morgen - d. h. zum 31.12.2001 - einzustellen. Das ist nicht nur politisch falsch, das ist auch ein finanzpolitischer und gesellschaftspolitischer Kamikazekurs.

(Jürgen W. Möllemann [FDP]: Donnerwetter!)

(Sylvia Löhrmann [GRÜNE])

- (A) Es wäre obendrein glatter Rechtsbruch, und Sie können das hier auch nur deshalb fordern, weil Sie genau wissen, dass Sie damit niemals durchkommen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir Grünen sind die Letzten,

(Jürgen W. Möllemann [FDP]: Sie sind die Letzten!)

denen man etwas zu Steinkohle und Subventionen erklären muss. Aber das, was die FDP hier vorschlägt,

(Jürgen W. Möllemann [FDP]: Bis zu dem Teil "Wir sind die Letzten" war der Satz richtig!)

wäre im Endeffekt nicht nur teurer, sondern es würde aktuell auch zu unvorstellbaren sozialen Verwerfungen führen.

Können Sie sich vorstellen, was passiert, wenn auf einen Schlag über 30.000 Bergleute ihren Job verlieren? - Ich möchte mir das nicht vorstellen, aber ich befürchte, dass Ihnen das egal ist.

- (B) (Beifall bei GRÜNEN und SPD - Zuruf von der SPD: Das ist verantwortungslos!)

Herr Möllemann hat soeben die Milliarden in Bezug auf den Bürokratieabbau angeführt. Aber Sie geben diese Milliarden, die Sie möglicherweise nach und nach einsparen, schon jetzt wieder aus. Sie verplanen sie bereits ab dem nächsten Haushalt. Das heißt: Das Geld, das Sie möglicherweise in einigen Jahren einsparen, beispielsweise durch die Verkleinerung des Landtags, wollen Sie heute schon einsetzen, etwa für neue Lehrerinnen und Lehrer.

Das funktioniert nicht, und zwar nicht zuletzt deshalb nicht, weil Sie hier Gesetze einbringen, die eine immense Bürokratie auslösen. So haben wir über ein Unterrichtssicherungsgesetz beraten, das sehr viel Bürokratie schaffen würde. So viel Bürokratie können Sie aber an anderer Stelle gar nicht abbauen. Also: Gerade die finanzpolitischen Vorschläge der Opposition sind das Papier nicht wert, auf dem sie gedruckt sind.

(Beifall bei den GRÜNEN - Jürgen W. Möllemann [FDP]: Donnerwetter! Es ist umweltfreundliches Papier!)

- (C) - Es freut uns, dass auch Sie jetzt gemerkt haben, dass man umweltfreundliches Papier nehmen kann.

Ich komme zur Finanzlage der Kommunen, die natürlich auch uns große Sorgen macht. Angesichts eines drohenden Gesamtfehlbedarfs aller Kommunalhaushalte in NRW in Höhe von fast 5 Milliarden DM für das laufende Haushaltsjahr und angesichts der voraussichtlichen Steuermindereinnahmen nach der November-Schätzung ist dringender Handlungsbedarf gegeben.

Wir Grüne haben immer eine Gemeindefinanzreform gefordert, die dazu beiträgt, die gravierenden Finanzprobleme der Städte, Kreise und Gemeinden zu lösen. Sie darf allerdings nicht dazu führen, dass die Steuerlast der Bürgerinnen und Bürger insgesamt steigt.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir setzen auf eine Modernisierung und Reform der Gewerbesteuer. Die Gewerbesteuer muss verlässlicher und stetiger werden. Wir wollen das Band zwischen Kommune und örtlicher Wirtschaft stärken und der systematischen Aushöhlung der Gewerbesteuer ein Ende bereiten.

(Beifall bei den GRÜNEN)

(D) Im kommenden Jahr steigen die Schlüsselzuweisungen an die Gemeinden erfreulicherweise um 0,1 %. Das ist zwar wenig, aber es ist immerhin etwas; denn der Landeshaushalt - wie Sie wissen - sinkt, und mit der Positivabrechnung aus dem Jahr 2000 werden die Kommunen im Jahr 2002 besser gestellt sein als in diesem Jahr.

Das haben wohl im Grunde auch die Oppositionsfractionen anerkannt, denn sie waren ja mit ihren Änderungsanträgen sehr zurückhaltend. Zudem - das ist letzte Woche erläutert worden - belief sich die Übereinstimmung der Opposition mit dem GFG-Entwurf auf 99 %. Das spricht für den Entwurf der Regierung.

(Beifall von Johannes Remmel [GRÜNE])

Meine Damen und Herren, auf eine Besonderheit der diesjährigen Beratungen möchte ich noch hinweisen: Einerseits wird der große Fehdehandschuh hingeworfen - das gehört wohl zum Ritual - und so getan, als ob die Koalition - insbesondere wir Grünen - der Beelzebub persönlich wären.

(Sylvia Löhrmann [GRÜNE])

- (A) Andererseits aber - oh Wunder - geht die Opposition hin - insbesondere die CDU - und stimmt vielen der von uns Grünen angeregten und vorgeschlagenen Änderungen in Bezug auf den Haushaltsentwurf in den Ausschusssitzungen zu.

(Jürgen W. Möllemann [FDP]: Erbarmen! Es ist 13.20 Uhr!)

- Mit Ihnen nicht, Herr Möllemann. - Ich will nur einige nennen: Zuwendungen an die freien Träger der Straffälligenhilfe und zur Haftvermeidung; Beziehungen zu Lettland im Umweltbereich;

(Jürgen W. Möllemann [FDP]: Habt Erbarmen!)

produktionsintegrierter Umweltschutz; naturnaher Wasserbau; Sprachförderung für Migrantenkinder; Erziehungsberatungsstellen sowie Familienerholung; Förderprogramme "Gestaltung und Öffnung von Schule" sowie "Beruf und Schule" im Schulbereich; Förderung der Flüchtlingsarbeit sowie die Betreuung und Beratung von Flüchtlingen.

Das zeigt: Gerade wir Grünen können in vielen Bereichen als Brücke dienen und sinnvollen Maßnahmen eine breite Akzeptanz im Landtag beschaffen. Grüne Politik ist tragfähig für unser Land.

(B)

(Beifall bei den GRÜNEN - Dr. Stefan Grüll [FDP]: Sagen Sie, haben Sie das nicht vorhin schon einmal vorgelesen?)

Ich wünsche mir, dass wir das auch noch bei der Verfassungsänderung zu Volksbegehren und Volksentscheid hinbekommen. Die Zeit ist reif.

Es kann doch wohl nicht sein, dass sich die beiden großen Parteien wegen Kleinigkeiten - hier geht es um ein paar Prozent - gegenseitig blockieren, und zwar in einer so wichtigen Frage, in der wir alle den Menschen in Nordrhein-Westfalen Änderungen versprochen haben.

(Beifall bei den GRÜNEN - Jürgen W. Möllemann [FDP]: Das war das Motto: "Die Zeit ist reif!")

Wir werden da nicht locker lassen und im nächsten Jahr einen neuen Vorstoß unternehmen.

Meine Damen und Herren, in 13 Tagen beginnt eine neue Zeitrechnung - der Euro kommt. Europa wächst zusammen. Die Menschen freuen sich auf

das Neue. Sie freuen sich auch auf das neue Geld sowie die Chancen, die mit dem neuen zusammenwachsenden und größer werdenden Europa verbunden sind. (C)

Wir Grüne stehen als Europapartei ohne Wenn und Aber zur europäischen Integration, und wir freuen uns, dass Barrieren und Grenzen wegfallen. Europa ist die Zukunft. Diese Zukunft wollen wir mit gestalten; denn darin liegt auch die Zukunft von Nordrhein-Westfalen. - Ich danke Ihnen.

(Anhaltender Beifall bei den GRÜNEN und Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Edith Müller: Vielen Dank, Frau Löhrmann. - Für die Landesregierung hat jetzt Finanzminister Steinbrück das Wort. Bitte schön, Herr Steinbrück.

Peer Steinbrück, Finanzminister: Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich fand auffallend, wie viel Energie der Oppositionsführer, Herr Rüttgers - nicht nur in dieser Parlamentsrede, sondern auch in früheren Parlamentsreden, insbesondere auch in Interviews -, auf die Vermittlung von Katastrophen, Untergängen, Pleiten, Depressionen und Offenbarungseiden verwandt hat. (D)

(Ernst-Martin Walsken [SPD]: Er spricht von sich!)

Dies verbindet sich sehr häufig mit Charakterisierungen des Ministerpräsidenten, aber namentlich auch von mir sowie weiteren Kabinettsmitgliedern. Häufig gibt es auch Charakterisierungen, bei denen wir mindestens in die Nähe von Lug und Trug sowie von Verfassungsbruch gebracht werden. Jedenfalls sind wir nicht mehr weit davon und von Verunglimpfungen entfernt.

Manchmal stellt sich die Frage: Was wird damit bezweckt? - Erkennbar sind solche Charakterisierungen nicht etwas, was von den Menschen in diesem Lande einseitig einer Partei zugeordnet wird, sondern all denjenigen, die politische Funktionen haben.

Ich wäre deshalb dankbar - nicht nur wegen der heutigen Rede -, Herr Rüttgers, wenn Sie etwas vorsichtiger und etwas maßvoller damit umgin-

(Minister Peer Steinbrück)

- (A) gen, weil ich mir vorstellen kann, dass Sie damit auch Ihren eigenen politischen Kollegen in der CDU einen Gefallen tun können.

Wenn sich diese Auftritte dann noch mit einer sehr platten Dichtkunst - insbesondere von Herrn Arentz in der zweiten Lesung vorgetragen - wie "Schartau-GAU" und "Clement-Elend" oder z. B. einem Refrain, den Herr Diegel mehrfach vorgelesen hat, nach dem Motto: "Ihr seht alle alt aus!" verbinden, dann hat man es in der Tat mit einer "Verzweigung" der politischen Auseinandersetzung zu tun.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Das ist so durchschaubar, weil diese Wortgebilde - diejenigen, die mehr als ich davon verstehen, reden von Alliteration - alleine darauf gerichtet sind, in irgendwelche Überschriften zu kommen. Dass das auch noch klappt, ist bedauerlich, aber es hat mit einer sachorientierten und in der Substanz angereicherten politischen Auseinandersetzung definitiv nichts zu tun.

Herr Rüttgers, warum ist es für einen Oppositionsführer so schwierig, eine Rede zu halten, die davon geprägt ist, die Herausforderungen des Landes zu beschreiben, Entwicklungen, Maßnahmen und auch die Politik der Landesregierung dort zu kritisieren, wo man einen Gegenentwurf präsentieren kann, den besseren Entwurf, das bessere Lesungsangebot, uns vielleicht durch eine richtig dosierte Kritik auf der Regierungsbank buchstäblich in Verlegenheit zu bringen? Dazu gehört auf der anderen Seite aber auch, den Zuhörern, den Zuschauern und Zuschauerinnen, den Wählerinnen und Wählern zu beschreiben, was in diesem Lande gelungen ist, was gut läuft, was den Stolz dieser Menschen gut begründen kann, der Hinweis darauf, dass Nordrhein-Westfalen ein sehr starkes Land ist, dass wir eine gute Bonität haben, erkennbar auf internationalen Finanzmärkten, dass wir in der Champions-League spielen,

(Zuruf von der CDU: Tischtennis!)

und dass vieles in der Tat gut läuft, damit Sie aus dieser Unwucht, aus dieser Maßlosigkeit herauskommen in der Annahme, dies sei nun einmal die vorgegebene Pflicht, die eine Opposition erledigen müsste.

So, wie Sie die Bundesregierung und die Landesregierung z. B. in eine fast ausschließliche Haft

- (C) für die Konjunktur hineinbringen, stellt sich die Frage: Wie argumentieren Sie dann, wenn die Konjunktur besser wird? Dann müssten Ihnen nach Lage der Dinge die Argumente ausgehen.

Abgesehen davon, dass es mir schon bei mehreren Gelegenheiten missfallen hat, dass Sie in einer konjunkturell nicht günstigen Situation dafür einseitig die Exekutive politisch verantwortlich machen und das eigene Verhalten in früheren Zeiten, als Sie Mitglied einer Bundesregierung waren, der Vergessenheit anheim fallen lassen. Wenn die Konjunktur dann besser laufen sollte - nehmen wir an, sie springt im zweiten Halbjahr des nächsten Jahres an, was wir uns alle wünschen, und wir kommen auf 1,5 bis 2 % -, wird dies garantiert nicht dem Ministerpräsidenten und dem Bundeskanzler zugeordnet, sondern der unsichtbaren Hand des Marktes. Also bitte: Entweder - oder.

Aber diese Sehnsucht nach Negativbildern, die Sie betreiben, nach Verzerrungen und Übertreibungen hat mit dem, was ich von einer Opposition in der dritten Lesung erwarte, mit einem Gegenentwurf, sehr wenig zu tun.

- (D) Lassen Sie mich hinzufügen, weil Ihnen das nicht das erste Mal passiert und Sie umgekehrt bei Charakterisierungen von mir auch nicht sehr zurückhaltend sind: Sie verwechseln sehr häufig Lautstärke mit Leidenschaft.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Dabei gehen Ihnen durchaus auch persönliche Ansprachen über die Lippen, in denen Sie mich gern als Flegel bezeichnen. Auch da wäre ich für eine gewisse Balance dankbar.

(Zuruf)

- Ja, gerade beim Lesen eines der letzten Protokolle habe ich gedacht: Donnerwetter, Herr Rüttgers ist sehr stilsicher und meint mit dem Flegel einen aus seinen eigenen Reihen, der mich gerade vorher der Lüge bezichtigt hatte, nämlich Herrn Diegel. Aber nein, dieser Anwurf war auf meine Antwort bezogen, in der ich sagte, es sei sehr schwer, die Lernresistenz von Herrn Diegel in Sachen Mittelstandsförderung zu überspringen. Das Wort "Flegel" war auf mich gemünzt und nicht etwa auf denjenigen, der mich eifertig und aus der Hüfte geschossen der Lüge bezichtigte.

(Minister Peer Steinbrück)

- (A) Ich glaube, Ihr Poesiealbum über die SPD sollten Sie stecken lassen, jedenfalls so lange, wie die CDU und Sie über die Kanzlerfrage mit beiden Armen so weit in Marmeladeneimern stecken, dass das Gestikulieren gegenüber dem politischen Gegner dazu führt, dass Ihr Schlips und Ihr Chemisette sehr beschmutzt werden.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Bei dem Zustand der CDU und dem Stand der Diskussion über Ihren Kanzlerkandidaten, bei dem Sie froh sein müssen, dass Sie über jede Wochenendpresse einigermaßen unbeschädigt und ohne Heftpflaster hinwegkommen, sollten Sie mit Noten oder Zensuren über SPD-Parteitage im Lande oder auch auf der Bundesebene vorsichtig sein.

Am meisten bekümmert mich, dass Sie die Kunst versuchen, über Fakten oder Verantwortlichkeiten hinwegzutäuschen, die Sie selber gehabt haben. Wenn Sie den Ministerpräsidenten oder die Landesregierung und darüber hinaus auch Bundeskanzler Schröder für Wachstumsraten in eine originäre Verantwortlichkeit bringen, frage ich mich, wie Sie zu dieser Verantwortung gestanden haben, als wir z. B. 1993 auf Bundesebene minus 1,1 % oder zu einem Zeitpunkt, als Sie Bundesminister gewesen sind, ziemlich genau dasselbe Wachstum wie in diesem Jahr, nämlich 0,8 %, hatten.

- (B)

Weshalb gehen Sie nicht mit den Nachrichten ausgewogen um, die besagen, dass nach einer Aufstellung der Europäischen Union im Wachstumsranking die Bundesrepublik Deutschland 1995 an der 14. von 16 Stellen, 1996 an der letzten Stelle, 1997 an der letzten Stelle und 1998 - als Sie abgetreten sind - an der 15. Stelle gewesen ist?

(Zuruf von der SPD: Hört, hört!)

Ist das nicht Ihre Mitverantwortung gewesen? Heute halten Sie eine solche Rede und versuchen, uns dies anzuhängen.

(Zuruf von Ministerpräsident Wolfgang Clement)

Sie sprechen an einer anderen Stelle im Rahmen Ihrer heutigen Rede über die gestiegenen Arbeitskosten. Mich wundert, wie selektiv Sie den

Landtag, die Medien und die Zuhörer darüber informieren, dass die Sozialversicherungsabgaben unter der von Ihnen mitgestalteten Bundesregierung auf einem Rekordniveau gelegen haben. Sie sind es gewesen, die die Bruttoarbeitskosten in Deutschland nicht zuletzt aufgrund immer weiter gesteigerter Sozialversicherungsabgaben in eine Schwindel erregende Höhe gebracht haben. Das werden Sie zumindest der Fairness halber und auch angesichts der Glaubwürdigkeit Ihres Informationsanspruches ebenfalls sagen müssen. (C)

Ein weiteres Beispiel ist der Punkt, bei dem Sie über Steuererhöhungen reden, wenn ich es richtig sehe, eine der Ziffern im Rahmen Ihres Fünf-Punkte-Programmes. Das war mein spontaner, vielleicht etwas zu heftiger Einwand gegenüber Herrn Möllemann, für den ich mich gerne entschuldige. Jemand, der selber die Mineralölsteuer viermal um über 22 Milliarden DM erhöht hat,

(Ministerpräsident Wolfgang Clement: Hört, hört!)

jemand, der als Bundesminister mit am Tisch gewesen ist, als die Tabaksteuer zweimal erhöht worden ist, und der unter Bundeskanzler Kohl mit am Kabinetttisch gesessen hat, Herr Rüttgers, der die Versicherungssteuer dreimal erhöht hat, und zwar jeweils auf Beträge von 1,4 und 7,3 Milliarden DM, der müsste etwas weniger auf die Tonne hauen, wenn darunter sein Zeh steht. (D)

(Beifall bei SPD und GRÜNEN - Marc Jan Eumann [SPD]: Das tut weh!)

Noch einmal: Was erzählen Sie den Menschen darüber, dass die Bundesregierung zur Finanzierung ihrer Terrorismusbekämpfung die Versicherungssteuer und die Tabaksteuer sehr viel geringer erhöht hat, als es das damalige Bundeskabinett mit Ihrer Zustimmung mehrere Male gemacht hat?

Es kommt hinzu, dass Sie die Mineralölsteuer nicht etwa in einer aufkommensneutralen Operation nach dem Motto: "Das geben wir an anderer Stelle zurück", erhöht haben, sondern Sie haben diese Mineralölsteuer um über 22 Milliarden DM erhöht, schlicht und einfach um mehr Deckungsmittel in Ihrem damaligen unterfinanzierten und nach Ihren Worten "desaströsen" Bundeshaushalt

(Minister Peer Steinbrück)

- (A) zu haben, während umgekehrt die Mineralölsteuer im Rahmen des Ökosteuerkonzeptes erhöht worden ist, um von den hohen Sozialversicherungsabgaben herunterzukommen und damit die Bruttoarbeitskosten zu vermindern.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Ganz nüchtern muss man zu dem Ergebnis kommen, dass das qualitativ etwas anderes ist und dass man vor diesem Hintergrund in seiner Wortwahl und in Attacken auf dem Turnierplatz vorsichtiger argumentieren müsste als Sie.

Dann komme ich zu dem Thema Verfassungsbruch, und zwar mit Genuss, weil das ein Stichwort gewesen ist, das in den letzten Wochen erkennbar wie eine Pastille verabreicht worden ist, um einen ganz bestimmten Geruch über die Landesregierung bzw. über den Landeshaushalt zu verbreiten.

Ich habe festgestellt, insbesondere Herr Möllemann, aber auch Herr Rüttgers, an wie vielen Haushaltsvollzügen Sie beteiligt waren, die nach Ihrer Definition verfassungswidrig waren. Beziehen Sie diese Vorwürfe demnach auch auf sich selber? Nach Ihrer Definition, die Sie offenbar zum Gegenstand eines Verfahrens in Münster machen möchten - ich begrüße das außerordentlich -, haben Sie in Ihrer Regierungszeit nicht weniger als fünf Mal im Haushaltsvollzug die Verfassungsgrenze überschritten bis hin zu einer Dimension von 17,3 Milliarden DM, als Sie Bundesminister waren.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Sehr geehrter Herr Rüttgers, bin ich denn von Verfassungsbrechern umzingelt, oder was ist hier der Stand der Dinge?

(Lachen und Beifall bei der SPD)

Auch mit Blick darauf, dass ich eine lange Liste habe, die zeigt, dass dasselbe Prozedere in Bayern, in Baden-Württemberg, in Hessen, in Niedersachsen und im Saarland festzustellen ist, hat man wirklich den Eindruck: Diese Republik besteht aus so vielen Verfassungsbrechern, dass Sie etwas dagegen tun sollten, und zwar auch bezogen auf Ihre eigene Mitwirkung.

(Marc Jan Eumann [SPD]: Er soll bei sich selbst anfangen!)

Denn das sind alles Haushaltsgesetze und Haushaltspläne gewesen, die Ihre Unterschrift und Ihre Zustimmung in den verschiedenen Beratungen des Bundeskabinetts tragen. Ich möchte ferner Hinweise auf die Entwicklung des Wachstums geben, die Sie sich seinerzeit als Bundesminister zumindest ebenso zuordnen müssten, wie Sie es heute umgekehrt in Ihren Attacken der leichten Brigade uns gegenüber mit Blick auf das Rekordniveau von Sozialversicherungsabgaben, mit Blick auf das Thema Steuererhöhung tun. Ich habe hier eine fantastische Liste, welche Steuererhöhungen es in der Zeit von FDP und CDU in der Republik allein in dem Jahrzehnt von 1988 bis 1998 gegeben hat, Herr Möllemann. Bis 1993 waren Sie doch auch noch Minister, oder nicht?

(Zustimmung von Jürgen W. Möllemann [FDP])

Ja, das aggregiert sich ungefähr auf eine Dimension von 120 Milliarden DM Steuererhöhungen. Wo war die FDP denn da? Waren Sie hinter den Kulissen, oder wo sind Sie gewesen?

(Beifall bei der SPD - Edgar Moron [SPD]: Sie hatten doch auch einen Dienstwagen!)

Was haben wir seit 1998 durch Steuergesetze der jetzigen Bundesregierung unter maßgeblicher Mitwirkung dieser Landesregierung für eine Entwicklung? Wir werden unter Einbeziehung der Stufen bis 2005 eine jährliche Entlastung ungefähr in Höhe von 100 Milliarden DM pro Jahr haben. Auch das ist nicht nur ein kleiner quantitativer Unterschied, sondern fällt erheblich qualitativ ins Gewicht. Vor dem Hintergrund habe ich vor Ihren pädagogischen Maßregelungen uns gegenüber, was Steuerpolitik und auch was Haushaltspolitik betrifft, nur einen sehr moderaten Respekt, nicht sehr ausgeprägt.

(Jürgen W. Möllemann [FDP]: Den Verdacht hatte ich schon!)

Die Bewertung Ihrer diversen Anträge, Herr Rüttgers, die Sie gestellt haben - Sie heben auf 102 Anträge ab -, lässt sich nicht dadurch beantworten, dass die Quantität allein schon ein Lob wert sein soll, sondern stellt sich nach der Qualität der Anträge und vor allem nach ihrem Realitätsbezug.

(C)

(D)

(Minister Peer Steinbrück)

- (A) Ich werde jetzt nicht alle 102 Anträge bewerten können. Nur: Sie wissen, dass der Antrag, mit dem Sie im nächsten Jahr Mehreinnahmen von 250 Millionen DM durch eine höhere Abführung des Bau- und Liegenschaftsbetriebes zu erzielen glauben, absolut unreal ist.

(Beifall bei der SPD)

Bei Ihnen taucht das als 125 Millionen Euro auf. Sie wissen, dass dies ein ungedeckter Scheck ist. Diejenigen in der Opposition, die Mitglied des Verwaltungsrates des BLB sind, bitte ich, darüber in ein schlichtes Privatgespräch mit der Geschäftsführung des Bau- und Liegenschaftsbetriebes zu gehen, damit sie nicht den Eindruck haben, ich würde hier Agitation und Propaganda verbreiten.

Es ist schlechterdings unvorstellbar - das ist übrigens auch nie der Ansatz gewesen -, dass im zweiten Jahr nach seiner Existenzgründung der BLB bereits eine Rendite von 250 Millionen DM erwirtschaften kann. Im Gegenteil: Ich bin sehr froh, wenn er im zweiten Jahr seine Abschreibungen finanzieren kann, und stimme dann mit Ihnen überein, dass wir, wie nach dem Seebauer-Gutachten vorgesehen, im fünften oder sechsten Jahr hoffentlich bei einer dreistelligen Rendite sind.

(B)

Ebenso wenig funktioniert der Vorschlag - ohne dass ich darauf im Detail eingehen möchte -, die 9.850 Stellen, die Sie nach Ihrem Vorschlag mehr fordern, gegenzufinanzieren, definitiv aus mehreren Gründen - schon bei einer rein quantitativen Gegenüberstellung, aber auch aus systematischen Gründen -, weil auf den Stellen, die Sie einer 1,5%igen linearen Einsparung unterwerfen wollen, Menschen sitzen, und die entsprechenden Beträge in den nächsten Jahren nicht so zu erzielen sind, wie Sie das annehmen.

Ich halte daran fest, dass die meisten Ihrer Vorschläge nicht valide und nicht solide sind.

Bei Ihrer Rede, Herr Möllemann, fiel mir auf, dass Sie sehr geschickt auf einer, wie ich finde, doch etwas zu populistischen Klaviatur gespielt haben. Das ist alles ganz gut dosiert. Das sind alles so Blinkworte, so Reizworte, wobei ich auch weiß, dass diejenigen, die uns entweder hier im Parlament oder auch an Fernsehschirmen zuhören,

(C) darauf reagieren, weil fast reflexartig bestimmte Geschmacksnerven angeregt werden. Ich möchte versuchen, das an Stichworten deutlich zu machen.

Sie gehen ein auf den Stau - das ist immer gut -, Sie gehen ein auf den Subventionsabbau, Sie gehen ein auf die Ökosteuer. Wer zahlt schon gerne die Ökosteuer? Sie gehen ein auf das Gebilde des übermächtigen Staates und der unfähigen Administrationen. Ganz zum Schluss machen Sie noch eine kleine Watsche in Richtung eines Kollegen am Kabinetttisch, weil er einen Dienstwagen hat. Damit haben Sie so ziemlich genau den Kuchen gebacken, von dem ich weiß, dass er Eindruck machen soll. Aber von der Substanz her steckt darin natürlich nichts.

Der Stau ist nichts Spezifisches in Nordrhein-Westfalen. Die FDP hat auch Verkehrsminister gestellt. Vielleicht stellt sie gerade einen Verkehrsminister in Baden-Württemberg. Deshalb ist sie zuständig für die Staus im Stuttgarter Raum. Staus sind kein Problem, das wir hier spezifisch zu lösen hätten. Wir müssen das Problem lösen. Wir müssen mehr in die Infrastruktur investieren. Aber warum so eine Verantwortlichkeitszuordnung vorgenommen wird, ist mir bei dem Stichwort verborgen geblieben.

(D)

(Jürgen W. Möllemann [FDP]: Weil Sie regieren!)

Bezüglich des Subventionsabbaus haben Sie mich aus der "TAZ" richtig zitiert. Ich halte daran fest, dass wir zu viel Personalkostenzuschüsse bezahlen, dass sie auch unter die Überschrift der Subventionen gehören und dass wir in Wirklichkeit darüber eine Art dritten Arbeitsmarkt unterhalten. Da bin ich bei den Kritikern. Nur wäre Ihre Kritik als FDP-Oppositionsführer sehr viel beeindruckender, wenn Sie auch auf die diversen indirekten steuerlichen Subventionen eingehen würden, die zugunsten Ihrer Klientel im Raum stehen.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN - Jürgen W. Möllemann [FDP]: Was meinen Sie damit?)

Wir reden in diesem Zusammenhang nicht nur über Subventionen, die direkt im Sinne von Zuschüssen fließen, sondern über ein sehr filigranes, in meinen Augen viel zu komplexes deutsches

(Minister Peer Steinbrück)

- (A) Steuerrecht, das denjenigen, die die Möglichkeit haben, ihre Steuerbemessungsgrundlage zu gestalten, erhebliche Einsparungsmöglichkeiten eröffnet. Das ist ganz anders als z. B. bei dem durchschnittlichen Lohnempfänger oder der durchschnittlichen Lohnempfängerin, die diese Chancen nicht haben.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN - Jürgen W. Möllemann [FDP]: Ändern wir es doch!)

Das sind z. B. Einkommensbezieher, die erkennbar von Ihnen genauso auf die Hörner genommen werden müssten. Wahrscheinlich brauchten Sie allerdings Courage, weil das Ihre Wählerklientel deutlich treffen könnte. Das würde mich beeindrucken, das fände ich gut.

(Zuruf von Jürgen W. Möllemann [FDP])

- Dazu zitiere ich den guten Kollegen Falthäuser und den Kollegen Uldall, die diesen Vorschlag schon als Unsinn bezeichnet haben - damit ich nicht verdächtigt werde.

(Jürgen W. Möllemann [FDP]: So einfach können Sie es sich nicht machen!)

- (B) - Ich liefere Ihnen die Argumentation. Ich habe eine begrenzte Redezeit. Nachher kommt noch der so genannte Doppelschlag, wie Sie es genannt haben.

(Jürgen W. Möllemann [FDP]: Der kommt noch!)

- Er kommt noch; da sitzt er nämlich.

(Lachen bei der SPD)

Noch einmal: Bei dem Thema Subventionsabbau versuche ich bei der FDP immer herauszuhören, ob sie auch dort eine selektive Sichtweise hat.

Zum Thema Ökosteuer: Bei dem augenblicklichen Niveau der Mineralölpreise kann ich nicht erkennen, dass es in Deutschland einen besonderen Wettbewerbsnachteil für diejenigen gibt, die über die Ökosteuer dazu beitragen, dass die Sozialversicherungsabgabenniveaus abgesenkt werden und dass damit Arbeit in Deutschland billiger wird als bisher.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Wenn Sie die Ökosteuer abschaffen wollen, müssen Sie den Steuerzahlern sagen, wie anstelle

dieser Ökosteuererhöhung die erhöhten Zuschüsse an die Nürnberger Rentenanstalt gezahlt werden sollen. (C)

(Jürgen W. Möllemann [FDP]: Nürnberger Rentenanstalt?)

- An die Nürnberger Bundesanstalt für Arbeit. Entschuldigung.

Sie müssten dann sagen, woher das Geld kommen soll, dass die Bundeszuschüsse deutlich höher werden.

Herr Möllemann, mir geht Folgendes durch den Kopf: Wenn jemand wie Sie, der sich selbst für so interessant hält wie Sie, mich großspurig nennt, ist das eine Auszeichnung.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Ihren Ausführungen zur Koalitionsentwicklung oder zu den Perspektiven dieses Jahres habe ich sehr gerne zugehört. Ich habe festgestellt, dass die CDU immer kleinlauter wurde. Sie kam gar nicht mehr vor. Die haben sie in diesem Szenario erkennbar nicht mehr auf der Platte, was ich bemerkenswert finde.

(Marc Jan Eumann [SPD]: Verstehen kann man das schon!) (D)

- Verstehen kann man das schon. Es wird, was die CDU betrifft, auch so kommen.

Lassen Sie mich abschließend sechs oder sieben Punkte zum Haushalt zusammenfassen. Ich versuche es im Telegrammstil zu machen, um die Zeit nicht über Gebühr zu beanspruchen.

Erstens. Der Landeshaushalt ist Einflussfaktoren ausgesetzt, die in der Bundesrepublik Deutschland generell wirken. Sie haben mit spezifischen Gemengelagen oder Problemen in Nordrhein-Westfalen nichts zu tun. Sie wirken genauso auf die Haushalte von Hessen, Niedersachsen, Bayern und Baden-Württemberg. Einige von Ihnen werden die gestrige Ticker-Meldung gelesen haben, nach der der hessische Finanzminister in diesem Jahr über die bisher aufgenommene Nettokreditaufnahme hinaus weitere 510 Millionen DM an neuen Krediten aufnehmen muss.

Die Investitionsquote, die auch in meinen Augen eine Entwicklung nimmt, die alles andere als positiv zu beurteilen ist, ist leider Spiegelbild der

(Minister Peer Steinbrück)

- (A) Haushaltslage, mit der wir es zu tun haben. Sie ist auch Spiegelbild eines zunehmend verkarsteten Haushaltes. Die jetzigen Haushaltsstrukturen tragen systematisch dazu bei, dass wir bei den Investitionen nicht mehr auf ein Niveau von über 10 % kommen, was konjunkturell wünschenswert wäre.

Zweitens. Die Steuermindereinnahmen, mit denen wir es zu tun haben, sind in erheblichem Ausmaß konjunkturbedingt. Sie sind auch Folgen von Steueränderungen, zu denen die CDU/CSU, Herr Rüttgers, noch weiter gehendere Vorstellungen hatte, und zwar sowohl bei der Steuerreform als auch bei der Fortentwicklung der Unternehmenssteuerreform, die Gegenstand eines erfolgreichen Vermittlungsausschussverfahrens vor einer Woche gewesen ist. Außerdem ist sie in Nordrhein-Westfalen auch von Sonderfällen geprägt, und zwar dort, wo große Kapitalgesellschaften Körperschaftsteuerwiederauszahlungen von der Finanzverwaltung Nordrhein-Westfalen bekommen, die uns erheblich zu schaffen machen.

Drittens. Die Nettokreditaufnahme, die wir gegenüber dem letzten Jahr leider um 400 Millionen DM erhöhen müssen, dient ausschließlich der Finanzierung von Steuermindereinnahmen. Sie dient definitiv nicht der Finanzierung von zusätzlichen Aufgaben. Damit tun wir etwas, was uns die Sachverständigen in Deutschland, etwa Herr Rürup oder Herr Peffekoven, in dieser schwierigen Konjunkturlage raten. Die Landesregierung liegt damit sowohl auf der Linie des wirtschafts- und finanzwissenschaftlichen Sachverständes wie auch der Linie der politischen Empfehlungen, die es dazu gibt.

- (B) Viertens. Der Landeshaushalt sinkt um 0,4 %. Das ist ein Indiz für die Sparsamkeit, die in diesem Haushalt waltet.

Den Bund der Steuerzahler möchte ich bitten, seine Vorschläge beim nächsten Mal nicht 24 Stunden vor der dritten Lesung vorzulegen.

(Beifall bei der SPD)

Dadurch bekommt eine solche Aktion eher einen propagandistischen oder agitatorischen Wert. So ist auch aufgefallen, dass das Gutachten von Prof. Birk ebenfalls wenige Tage vor der zweiten Lesung vorgelegt worden ist.

Für das nächste Mal bitte ich, die Vorschläge rechtzeitig einzubringen und darauf zu achten,

dass nicht einfach ein Warenhauskatalog geliefert wird, sondern dass auch die politischen Folgen entsprechender Streichungsvorschläge in die Bewertung des Bundes der Steuerzahler einfließen. (C)

Fünftens. Der Landeshaushalt 2002 ist selbstredend verfassungskonform. Er liegt mit etwas über 100 Millionen DM unterhalb der Verfassungsgrenze. Ich würde Sie, Herr Rüttgers, gern fragen, was der Gegenstand Ihres Weges nach Münster sein soll. Das würde ich gern von Ihnen lernen. Wenn ich Sie richtig verstanden habe, wollen Sie zum Verfassungsgerichtshof nach Münster wegen des Haushaltsplanentwurfs 2002, nicht wegen der Rücklagenbildung in den vergangenen Jahren. Ansonsten wäre ich für eine Klärung dankbar.

(Zurufe von der CDU)

- Sie wissen das noch nicht?

(Zuruf von Heinz Hardt [CDU] - Weitere Zurufe von der CDU)

- Ach, Sie haben gestern über etwas beschlossen, was Sie noch nicht wissen, Herr Hardt? Das ist aber merkwürdig.

(Lachen und Beifall bei der SPD - Zurufe von der CDU) (D)

Suchen Sie sich das inhaltlich erst in der Folge dieser Debatte aus, oder wie machen Sie das?

(Zurufe von der CDU)

Ich möchte mit Ihrer Erlaubnis, Herr Präsident, gern ein Zitat bringen, das lautet:

"Lieber Herr Minister!"

Die Anrede ist schon einmal sehr freundlich gewesen.

"Wir bitten Sie, hieraus"

- es ging um die Rücklagenbildung -

"die Konsequenzen zu ziehen."

Das war mit Verve vorgetragen.

"Ansonsten werden wir weitere Konsequenzen überlegen und auch verfassungsrechtliche Maßnahmen diesbezüglich ausdrücklich nicht ausschließen."

Bemerkenswert ist, wer das gesagt hat. Das war Herr Diegel. Noch bemerkenswerter ist, wann er

(Minister Peer Steinbrück)

(A) es gesagt hat: Am 11. Juli 1991. Donnerwetter! Das heißt: Die Frage der Verfassungskonformität mit Blick auf die Rücklagenbildung prüfen Sie seit dem 11. Juli 1991 - Herr Rüttgers, da sage ich: Donnerwetter, sind Sie aber schnell im Westen; das könnte ja mal ein bisschen fixer sein.

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD)

Sie prüfen das seit 1989. Ich habe festgestellt, dass Herr Dautzenberg - man muss sich den Namen auf der Zunge zergehen lassen - und Herr Diegel schon damals mit Herrn Trabalksi, Herrn Trinius und Herrn Schleußer diese Frage hin- und hergeschoben haben. Sie sind da nicht sehr originell, wie ich finde. Das Ganze durchzieht die Debatten in diesem Hause im Übrigen in den 90er-Jahren mehrfach.

In Bezug auf das Gutachten von Prof. Birk bin ich sehr entspannt, insbesondere da wir Herrn Prof. Birk eine Stellungnahme des Landesrechnungshofs des Landes Hessen zuordnen können, geschrieben vor etwa zwei Jahren, in der der hessische Landesrechnungshof wörtlich sagt:

(B) "Es ist nach Auffassung des Rechnungshofs durchaus in Übereinstimmung mit den rechtlichen Vorgaben, wenn zur unmittelbaren Dotierung einer Rücklage auch Einnahmen aus Verschuldung verwendet werden. Auch für die Einnahmen aus Verschuldung gilt das Gesamtdeckungsprinzip nach § 8 LHO."

Ja, wo liegt denn da Ihre Angriffslinie?

(Zurufe von der CDU)

Ich behaupte nach wie vor: Sie werden wegen der Rücklagenbildung und ihrer angeblichen Verfassungswidrigkeit nicht nach Münster gehen.

(Jürgen W. Möllemann [FDP]: Wie war es denn mit unserem Rechnungshof?)

- Der hat auch nicht von Verfassungswidrigkeit gesprochen. Der hat eine Maßregelung ausgesprochen. Das ist völlig richtig.

(Zuruf von Jürgen W. Möllemann [FDP])

Aber ich bin da sehr locker und sehr entspannt im Hinblick auf das, was dabei herauskommt, vor dem Hintergrund einer über elfjährigen Debatte, die wir in diesem Lande haben. Ich finde es be-

merkwürdig, wie lange Sie prüfen müssen, und bin sehr auf den Schriftsatz gespannt: ob Sie Ihre Verfassungsklage nur auf den Haushaltplan 2002 und nicht mehr auf die Vergangenheit beziehen wollen. (C)

Sechste Bemerkung! Der Landeshaushaltsentwurf enthält genügend Vorsorge gegenüber Risiken, insbesondere Steuerrechtsänderungen durch die Bundesregierung bzw. den Bundesrat morgen. Ich glaube, dass wir im Vermittlungsausschuss vor einer Woche sehr gut verhandelt haben, sowohl im Interesse des Mittelstandes als auch der Kommunen insgesamt und des Landeshaushalts.

Siebtens. Ihre Wiederholung, dass wir die Kommunen zur Ader lassen oder sie sogar ausbluten lassen - wie immer Ihre martialische Wortwahl auch lautet -, ist eine Mär, die in die Rubrik Propaganda und Agitation gehört. Die Steuereinnahmen des Landes werden im nächsten Jahr erkennbar nur um 0,5 % wachsen, die Steuereinnahmen der Kommunen um 1,5 %. Im Rahmen unserer Gesamtleistungen an die Kommunen unter Berücksichtigung aller Befrachtungen, auch der Krankenhausfinanzierungsumlage, werden die Gemeinden 0,1 % mehr bekommen. Der Landeshaushalt wird um 0,4 % abnehmen. Vor diesem Hintergrund wird es Ihnen schwer fallen, diese Mär aufrecht zu erhalten. (D)

Achtens. Dass die CDU/FDP-Vorschläge nicht solide und valide sind, habe ich schon auszudrücken versucht. Das gilt insbesondere für die Vorstellung, Herr Möllemann, man könne der Landesbank haftendes Eigenkapital in der Dimension von 2,4 Milliarden DM entziehen. Damit machen Sie die Westdeutsche Landesbank kaputt. Ich wäre sehr dankbar, wenn die FDP diesen Vorschlag nicht weiter in die Öffentlichkeit stellte und gegebenenfalls mit dem Vorstand der Bank, von mir aus auch mit den Gewährträgern, ein Gespräch darüber führte, wie unsinnig dieser Beitrag ist.

Ich möchte der CDU ausdrücklich danken, und zwar sowohl hier im Parlament wie insbesondere auch auf der kommunalen Ebene, dass wir die Neuordnung des Sparkassenwesens in Nordrhein-Westfalen und die Neuorganisation der WestLB so zeitpunktgenau und auch in der materiellen Substanz so haben realisieren können. Ich bin dafür ausgesprochen dankbar.

(Minister Peer Steinbrück)

- (A) Letzte Bemerkung: Die Konsolidierung in Nordrhein-Westfalen! Ich weiß, dass diese durch den Haushalt 2002 unterbrochen ist. Ich argumentiere weiterhin, dass dies in dieser Konjunktursituation alternativlos ist. Wir werden die Steuermindereinnahmen, die wir haben, nicht allein über Einsparungen ausgleichen können. Wir sind darauf angewiesen, die Nettokreditaufnahme gegenüber dem Soll in diesem Jahr um 400 Millionen zu erhöhen. Damit folgen wir dem einschlägigen Sachverstand, der sich bundesweit dazu einlässt.

Trotzdem: Für die Perspektive dieser Legislaturperiode hat die Landesregierung nicht die Absicht, von ihrem Konsolidierungsziel Abstand zu nehmen. Es wird schwierig, insbesondere im Hinblick auf das Haushaltsaufstellungsverfahren 2003. Aber es gibt dazu auch hinsichtlich der Belastungen für die nachfolgenden Generationen keine Alternative.

Ich weiß, dass Finanzminister anstrengend sind. Sie sind auch nicht immer nett. Es gibt ein Zitat eines von mir sehr geschätzten Oberbürgermeisters, das ich gern zum Abschluss bringen möchte. Er hat gesagt:

- (B) "Sparen heißt, Geld nicht ausgeben, das man hat. Wer kein Geld hat, ist kein Sparer. Wer das Geld, das er nicht hat, nicht ausgibt, der ist kein Sparer, sondern der ist Realist."

Da müssen wir alle noch ankommen. - Herzlichen Dank.

(Anhaltender Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Vizepräsidentin Edith Müller: Vielen Dank, Herr Finanzminister. - Meine Damen und Herren, weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Wir sind daher am Ende der Beratung.

(Dr. Jürgen Rüttgers [CDU] meldet sich.)

- Ich sehe, dass Herr Dr. Rüttgers sich meldet. Das Wort hat der Abgeordnete Herr Dr. Rüttgers für die Fraktion der CDU. Bitte schön.

Dr. Jürgen Rüttgers (CDU): Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! In der Geschichte des Parlamentarismus haben sich in

Deutschland sowohl im Bundestag als auch in den Landtagen bestimmte Verfahrensweisen herausgebildet. Dazu gehört u. a. die Tatsache, dass die dritte Lesung eines Haushaltes immer eine Generaldebatte ist, also eine Debatte, in der sich die Bundes- bzw. Landesregierung der Kritik der Opposition für ihre Politik im vorausgegangenen Jahr stellt. (C)

Sie haben mitbekommen, dass der Herr Ministerpräsident nicht beabsichtigt, in dieser Debatte das Wort zu ergreifen.

(Oh-Rufe bei der SPD)

Ich halte das für ein unmögliches Verfahren und Verhalten.

(Beifall bei CDU und FDP)

Herr Clement, ich weiß nicht, ob das daran liegt, dass Sie sich nicht zu einem verfassungswidrigen Haushalt bekennen wollen.

(Lachen und Oh-Rufe bei der SPD)

Ich weiß auch nicht, ob es daran liegt, dass Sie - gerade nach den Entwicklungen der letzten Monate - glauben, Ihre Argumente hier nicht vortragen zu können, weil Sie davon ausgehen, dass diese so schwach sind. (D)

(Oh-Rufe bei der SPD)

Mit diesem Wortbeitrag will ich nur eines sagen: Es gibt Dinge, die man auch als Ministerpräsident nicht machen darf. Dazu gehört eine solche Missachtung des Parlaments.

(Beifall bei CDU und FDP)

Vizepräsidentin Edith Müller: Das Wort hat Ministerpräsident Clement. Bitte schön.

Wolfgang Clement, Ministerpräsident: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Kollege Rüttgers, ich habe verstanden, dass Sie die Schwäche Ihrer Rede erklären wollten.

(Heiterkeit und Beifall bei SPD und GRÜNEN - Michael Breuer [CDU]: Es wird immer schlimmer mit Ihnen! Diese Arroganz!)

(Ministerpräsident Wolfgang Clement)

- (A) Vor allen Dingen habe ich gut verstanden, dass Sie die Hinweise des Herrn Kollegen Steinbrück auf Ihre Verantwortung während Ihrer Zeit in der Bundesregierung sehr getroffen haben, und zwar zu Recht.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Umso mehr gibt mir Ihr freundlicher Hinweis Gelegenheit, zur Situation des Landes Stellung zu nehmen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, verehrte Kolleginnen und Kollegen, nach einigen Redebeiträgen - Herr Kollege Steinbrück hat es schon zurechtgerückt - ist es notwendig, darauf hinzuweisen, worüber wir eigentlich sprechen. Wir sprechen über das Land Nordrhein-Westfalen mit 18 Millionen Bürgerinnen und Bürgern. Wir sprechen über ein Land mit einem Viertel der Wirtschaftskraft der gesamten Bundesrepublik Deutschland. Wir sprechen über ein Land, das die sechststärkste Region in Europa ist. Und wir sprechen über ein Land, das, wenn wir es als einen Freistaat betrachten würden, die elftstärkste Wirtschaftsnation der Welt ist. Das ist das, worüber Herr Kollege Rüttgers vorhin gesprochen hat.

- (B) (Dr. Bernhard Kasperek [SPD]: Das kam in seinem Beitrag nicht zum Ausdruck!)

Das ist ein Land, über das Merrill Lynch, die größte Investmentbank der Welt, gesagt hat: "economic power at the heart of Europe" - ökonomische Kraft im Herzen Europas. Das ist das Land Nordrhein-Westfalen.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Dieses Land Nordrhein-Westfalen, für das dieser Haushalt erstellt wurde, ist in der Kommunikationsbranche mit etwa 300.000 Arbeitsplätzen heute unbestritten das Land Nr. 1 in Deutschland. Das ist eine Arbeitsplatzzahl, die vor zehn Jahren niemand erwartet hätte.

Herr Kollege Arentz, ich habe heute Morgen in der Zeitung gelesen, dass Sie sich, soweit ich das wahrgenommen habe, zum ersten Mal zum Thema Medien geäußert haben. Sie haben - das habe ich jedenfalls gelesen - unseren Gesetzentwurf zum Mediengesetz als Müll bezeichnet. Da dachte ich bei mir: Erbarme dich unser, dass er sich jetzt

- auch noch zur Medienpolitik äußert. - Davon haben Sie nun wirklich keine Ahnung. (C)

(Heiterkeit und Beifall bei SPD und GRÜNEN - Marc Jan Eumann [SPD]: Er hat es gelesen, aber nicht verstanden!) - Zuruf von der CDU)

Das Land Nordrhein-Westfalen hat auf dem Gebiet der Bio- und Gentechnologie einen Spitzenplatz in der Bundesrepublik Deutschland. Herr Kollege Rüttgers, ich freue mich, dass Sie - wenn ich es in der Zeitung richtig gelesen habe - auf diesem Gebiet, jedenfalls bezüglich eines Spezialthemas, das dabei eine Rolle spielt, eine Kurve vollziehen. Wie auf so vielen Feldern, opfern Sie dem Opportunismus auch hier.

Nordrhein-Westfalen ist ein Land, das in der Mikrostruktur und Mikrosystemtechnik auf Platz 1 in Deutschland ist. Es ist ein Land, das sowohl in den neuen als auch in den klassischen Energietechniken einen Spitzenplatz in Deutschland und Europa hat. Es ist ein Land, das in der Verkehrstechnologie einen Spitzenplatz hat und diesen noch ausbauen wird. Das ist Nordrhein-Westfalen; über das Land reden wir.

- (D) Ich hoffe, dass das Parlament heute diesen Haushalt verabschieden wird, der diesem Land und auch den Möglichkeiten, die es zurzeit finanzpolitisch und finanzwirtschaftlich gibt, gerecht wird.

(Michael Breuer [CDU]: Und der Verfassung zuwiderläuft!)

Selbstverständlich ist der Haushaltsentwurf 2002 auch verfassungskonform, so wie alle anderen Entwürfe vor ihm auch. Ich denke, dass der Kollege Steinbrück Ihnen das ausreichend deutlich gemacht hat.

(Marc Jan Eumann [SPD]: Die verstehen es aber nicht! - Zurufe von CDU und FDP)

Sie sollten ein wenig Mitgefühl mit Herrn Rüttgers haben. Die Vergangenheit, die Sie mit Herrn Rüttgers geteilt haben, sollte Ihnen Anlass dazu geben, bei Zwischenrufen Zurückhaltung zu üben.

Es grenzt schon ein wenig an Vermessenheit anzunehmen, dass Parlamente, der hessische Rechnungshof und Regierungen in mindestens fünf

(Ministerpräsident Wolfgang Clement)

- (A) deutschen Ländern in den letzten fünf Jahren Verfassungsverstöße begangen hätten, um durch vorausschauende Rücklagenbildung vorhersehbare Brüche bei der Einnahmeentwicklung abzufedern. Herr Kollege Steinbrück hat es schon gesagt: Neben Nordrhein-Westfalen waren das Baden-Württemberg, Bayern, Rheinland-Pfalz und Hessen. Hängen Sie das ein wenig niedriger. Es geht um nichts anderes als um eine politische Bewertung, der Sie einen juristischen Stempel aufdrücken wollen. Mit allem Respekt werden wir sehen, wie sich das Gericht dazu verhält.

Ich zitiere jetzt den Finanzministerkollegen von Herrn Steinbrück, Herrn Faltlhauser, der in der "Süddeutschen Zeitung" vom 27. August gesagt hat:

"Ein kluger und vorausschauender Finanzminister bildet in guten Zeiten eine Rücklage, was sich in schlechten Zeiten bezahlt macht."

(Zurufe von der CDU)

Glauben Sie mir: Der Kollege Steinbrück ist ein guter und vorausschauender Finanzminister. Deshalb hat er meine volle Unterstützung.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

- (B) Die Herren Kollegen Möllemann und Rüttgers haben sich über die Lohnzusatzkosten und die Lohnkosten, die es in Deutschland gibt, ausgelassen. Ich will darauf nur mit wenigen Zahlen antworten, weil das alles belegbar ist; Herr Steinbrück hat das ja auch schon deutlich gemacht.

Es gibt ein sehr schönes Schaubild. Dieses beantwortet die Frage, wie lange ein Arbeitnehmer in Deutschland vom Beginn des Jahres an arbeiten muss, bis er Steuern und Sozialabgaben gezahlt hat, sodass das Einkommen endlich in die eigene Tasche fließt.

Wie lange also muss man für Steuern und Sozialabgaben arbeiten? Dazu gibt es Schaubilder und Benchmarking. Ich mag Benchmarking sehr wohl. In Spanien und in der Schweiz muss man dafür 128 Tage arbeiten, in Großbritannien 134 Tage, in Deutschland 138 Tage, in den Niederlanden 147 Tage, in Luxemburg 154 Tage, in Italien 157 Tage, in Frankreich 168 Tage und in Finnland, Schweden und Dänemark 170 bis 190 Tage. Das ist die Realität; das ist der Wettbewerb, um den es wirklich geht.

(Beifall bei der SPD)

Dank der Bemühungen der Bundesregierung, die Lohnnebenkosten herunterzufahren, insbesondere bei der Rentenversicherung durch die Ökosteuer, sind wir in der Bundesrepublik Gott sei Dank in einer anderen Situation. (C)

Herr Kollege Rüttgers, das, was Sie hier über Nordrhein-Westfalen gesagt haben, verstehe ich tatsächlich - wer sich das in Ruhe anhört, kann das nicht anders verstehen - als ein Schlechttreden der Situation. Es ist auffallend - prüfen Sie sich da selbst -, dass Sie immer dann, wenn Sie sagen, andere schlägen um sich, besonders laut werden. Gelegentlich hat man sogar den Eindruck, Sie verwechselten Rhetorik und Lautstärke.

(Beifall bei der SPD und einzelnen Abgeordneten der GRÜNEN)

Bei dem, was Sie gesagt haben, Herr Kollege Rüttgers, habe ich den Eindruck - um das klar zu sagen -: Sie klammern sich an das dunkle Bild Nordrhein-Westfalens, das Sie selbst zeichnen. Fast könnte man meinen, Sie hätten Angst, dass die Wirklichkeit heller ist, als Sie sie gemalt haben. Angst, Herr Kollege, ist nie ein guter Ratgeber. Aber Angst vor guten Nachrichten ist ein ganz besonders schlechter Ratgeber. (D)

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

In der Sprache der Börse könnte man sagen: Sie spekulieren auf Baisse. Dass ist an der Börse legitim. Aber in der Politik führt das zu ganz merkwürdigen Ergebnissen: dass Sie sich jetzt nämlich Sorgen machen müssen - man spürt es förmlich -, die Wirtschaft könne sich erholen, sie könne sich sogar bald erholen, vielleicht sogar in einem Jahr mit Bundestagswahl. Man hat das Gefühl, Sie haben Angst davor, dass dies eintreten könnte. Aber auch hier muss man sagen, Herr Kollege: Bangemachen gilt nicht! Die Menschen in diesem Land lassen sich nicht bange machen.

(Vorsitz: Präsident Ulrich Schmidt)

Glauben Sie mir noch eines: Dieses Land ist nicht so schlecht wie Ihre Chance, es eines Tages zu regieren.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Sie können sich noch so abrackern: Dieses Land wird nie so schlecht werden, wie Sie es zu reden versuchen. Es wird nie so schlecht werden, dass Sie es regieren könnten, Herr Kollege.

(Ministerpräsident Wolfgang Clement)

- (A) Ich will zum Schlechttreden einige Bemerkungen machen. Sie haben offensichtlich eine ganz begrenzte Aufnahmefähigkeit; denn Sie zitieren Herrn Kirchhoff, um deutlich zu machen, wie schlecht dieses Land regiert ist. Ich habe mit dem Bundeskanzler zusammen gehört, was Herr Kirchhoff auf dem Unternehmertag am 7. November 2001 in Düsseldorf gesagt hat. Da er öffentlich gesprochen hat, hätten Sie ihn hier zitieren können. Jetzt muss ich das an Ihrer Stelle tun. Der von Ihnen zitierte Kirchhoff, den Sie gegen mich verwenden wollen, hat ausdrücklich an meine Adresse gesagt, sodass der Bundeskanzler ganz nervös geworden ist:

(Heiterkeit bei SPD und Grünen - Lachen bei der CDU)

"Hier bei uns in Nordrhein-Westfalen hat man erkannt, dass zur Bewältigung der Altlasten und zur Überwindung des immer noch bestehenden Wachstumsrückstandes am besten der Mittelstand geeignet ist. Mit den von der Landesregierung schon vor Jahren gestarteten Initiativen 'Go!' und 'Move' werden Existenzgründer und auch die bestehenden kleinen und mittleren Unternehmen gefördert. Das kürzlich verabschiedete 12-Punkte-Programm enthält als vorrangige Zielsetzung ebenfalls die Stärkung der mittelständischen Wirtschaft. Es soll ein Mittelstandsgesetz entworfen werden. Lobenswert sind auch die Initiativen der Landesregierung zur Lösung von Finanzierungsproblemen für kleine und mittlere Unternehmen, zum Vorziehen von Straßenbauprojekten, zur Arbeitsmarktpolitik, zur Qualifizierung und zur Kooperation von Wissenschaft und Wirtschaft, um nur die wichtigsten Felder zu nennen."

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Das alles ist von Herrn Kirchhoff. Den zitieren Sie zwar, lassen aber all das weg, was er über die Landespolitik in Nordrhein-Westfalen gesagt hat. Meine Güte! Man muss schon eine unglaubliche Neigung haben, etwas schlecht zu reden, wenn man das überhören kann. Das konnte man eigentlich weder überhören noch überlesen. Herr Kollege Möllemann, das gilt auch für Sie!

(Zuruf von Manfred Palmen [CDU])

- Lassen Sie Ihre Hilflosigkeit doch nicht so laufen!

Sie sagen, die Gründungszahlen in Nordrhein-Westfalen seien so schrecklich schlecht. Sie nennen immer irgendwelche Statistiken. Alle Kenner wissen, dass mit diesen Statistiken auf diesem Feld ziemlich viel anzustellen ist. Wir zitieren aber alle den Verband der Vereine Creditreform e. V. Da geht es um die Unternehmensneueintragungen in das Handelsregister. Wir haben das für Nordrhein-Westfalen, Bayern, Baden-Württemberg und die alten Bundesländer zusammengestellt. Im Jahr 2000 gab es in Nordrhein-Westfalen 26.912 solcher Neueintragungen, in Bayern 18.635, in Baden-Württemberg 12.224

(Zurufe von der CDU)

- nun reg dich doch nicht auf, Junge; es ist nur gut, wenn ihr es einmal hört - und in den alten Bundesländern insgesamt 98.000. Von 1995 bis 2000 sind in Nordrhein-Westfalen 140.000 zusätzliche Unternehmen entstanden. Das ist ein schöner Erfolg.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Es würde Ihnen ganz gut zu Gesicht stehen, wenn Sie die Kraft hätten, das einmal anzuerkennen. Vor allen Dingen stünde es Ihnen gut zu Gesicht, wenn Sie es vor Weihnachten übers Herz brächten, zu sagen, dass auch andere außer Ihnen etwas können und dass nicht alle anderen ununterbrochen Fehlleistungen erbringen würden.

Sie haben vom Vorziehen der Steuerreform gesprochen. Das haben Sie in einem Halbsatz verkleidet. Ich vermute, nein, ich bin ziemlich sicher, dass das in Ihrer nächsten Rede nicht mehr vorkommen wird. Vor ein paar Monaten war das noch Ihre Hauptforderung; jetzt wird die Forderung immer schwächer. Aber ein Halbsatz war noch da. Das fordert zurzeit eigentlich keiner, der in der Wirtschaftspolitik noch ernst genommen werden will.

Sie müssten das einmal den Bürgermeistern und Oberbürgermeistern sagen, die Sie vorhin alle ausgerufen haben, als ob Sie auf einem Parteitag wären.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Gehen Sie doch in die Städte, die sie zitiert haben, z. B. nach Gelsenkirchen, und sagen: Wir ziehen die Steuerreform vor. Ihr bekommt noch ein bisschen weniger Geld. - Oder gehen Sie in

(C)

(D)

(Ministerpräsident Wolfgang Clement)

(A) das Saarland, nach Bremen, Brandenburg, Sachsen, Sachsen-Anhalt und sagen das dort einmal! Das ist so absurd, was Sie hier machen. Das nimmt kein Mensch in keiner politischen Diskussion mehr ernst. Das können Sie nur noch im verschlossenen Raum verkünden.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Die Deutsche Bundesbank hat dazu erklärt:

"Kreditfinanzierte Konjunkturprogramme, zu denen auch das Vorziehen von Steuersenkungen zu zählen wäre, sind der aktuellen gesamtwirtschaftlichen und finanzpolitischen Situation in Deutschland nicht angemessen."

Das stimmt; das wissen alle. Sie werden es auch noch lernen.

Dann haben Sie davon gesprochen, dass Sie ein Investitionsprogramm auflegen wollten. Professor Donges, der Vorsitzende des Sachverständigenrates - ich greife nur einzelne Zitate heraus, weil es sonst zu strapaziös würde -, sagt dazu:

"Wenn nämlich das ohnehin hohe gesamtstaatliche Defizit wegen konjunkturpolitischer Maßnahmen nochmals erhöht würde, wäre bei den Bürgern das Vertrauen in die Nachhaltigkeit der Finanzpolitik schnell dahin."

(B)

Daran sieht man, dass wir uns gegenwärtig in einem Stadium der Diskussion befinden, in dem Sie nichts Ernsthaftes mehr beizutragen haben. Sie können wirklich nicht glauben, mit solchen allgemeinen Sprüchen wirtschaftspolitische Kompetenz beweisen zu können; dazu ist das zu dürftig. Wissen Sie, ich jogge ständig unten am Petersberg entlang und warte auf Erhellungen, die von ihm herunterkommen könnten. Sie mögen den Petersberg noch so oft beschwören - er war jetzt der Ort einer wirklich historischen Begegnung; erst waren Sie dort, dann fand dort die Afghanistan-Konferenz statt -, Sie können aber beim besten Willen nicht verlangen, dass wir das von Ihnen auf dem Petersberg beschlossene Programm zur Eingliederung geringfügig Beschäftigter in den Arbeitsmarkt, das in Deutschland schon 15 Mal hin und her diskutiert worden ist, als eine Lösung des Problems betrachten. Dazu ist Ihr Programm viel zu allgemein.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN - Lothar Hegemann [CDU]: Jetzt kommt der Schartau!)

(C) Wir sind dabei, einzugrenzen, welche Möglichkeiten es auf diesem Gebiet gibt, und werden dazu einen Vorschlag unterbreiten.

Herr Kollege Möllemann, Sie haben erneut die Kohle angesprochen. Auch dann, wenn Sie sofort die Kohleförderung einstellen - das wissen Sie -, würden Sie keine Kosten einsparen, wohl aber den Arbeitsmarkt mit mindestens 200.000 Arbeitslosen belasteten. Was sollen also solche Milchmädchenrechnungen,

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

in denen Sie den Eindruck erwecken wollen, Sie könnten mit einer Maßnahme

(Widerspruch von Jürgen W. Möllemann [FDP])

- es tut mir Leid, das ist zu leichtgewichtig -, mit der die Belastungen von einer öffentlichen Kasse in die nächste verlagert werden, tatsächlich etwas erreichen? Für jeden Bürger ist ersichtlich, dass das Vorgehen, das Sie hier anpreisen, kein Beitrag dazu wäre, der Wirtschaft in Deutschland und erst recht in Nordrhein-Westfalen zu helfen. Das ist eine Absurdität.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten von SPD und GRÜNEN) (D)

Der Weg, den wir über viele Jahrzehnte gegangen sind - zusammen mit der CDU und streckenweise auch mit Ihnen -, war der einer Politik mit energiewirtschaftlichem und sozialem Augenmaß. Dieser Weg ist richtig und ich hoffe sehr, dass er von der Europäischen Union akzeptiert wird.

Sie haben dann den Steuerzahlerbund angesprochen. Hier lohnte sich durchaus eine ernsthaftere Diskussion; aber dazu wäre es erforderlich, wenn man die Vorschläge zuvor bekäme. Ich habe gelesen, der Bund der Steuerzahler will das Gestüt in Warendorf dicht machen. Auf eine solche Idee kann eigentlich nur ein Sesselpupser kommen;

(Heiterkeit und Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Herr Kollege, da werden Sie mir zustimmen. Das Gestüt in Warendorf ist nicht nur das Zentrum des Pferdesports, sondern auch der Pferdezucht in Nordrhein-Westfalen. Es wird geschätzt, dass mit dem, was von dort ausgeht, etwa 40.000

(Ministerpräsident Wolfgang Clement)

- (A) Arbeitsplätze zusammenhängen. Allein dies zeigt die Kurzsichtigkeit des Vorschlags.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Mit solchen Kürzungsvorschlägen kann jeder zu jeder Sekunde aus irgendeiner Ecke kommen. Daher muss immer nachgeprüft werden, welche Folgen solche Kürzungen haben. Was bedeutete es, wenn die Kohlesubvention gestrichen würde? Das bedeutete u. a. ungefähr 200.000 Arbeitslose mehr in Nordrhein-Westfalen. Was bedeutete es, wenn man das Gestüt in Warendorf dicht machte? Das bedeutete, dass das Land Nordrhein-Westfalen auf dem Gebiet der Pferdezucht, des Pferdesports und der Pferdewirtschaft - das ist ein richtiger Wirtschaftsfaktor - massiv verlöre.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Es tut mir Leid, dies ist nicht sonderlich beeindruckend.

Natürlich haben wir bei der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit nicht das erreicht, was wir erreichen wollten. Immerhin hat sich die Zahl der Arbeitslosen bundesweit von September 1998 bis zum September 2001 um über 220.000 verringert. Die Zahl der Erwerbstätigen hat sich von August 1998, also faktisch dem Antritt der Regierung Schröder, bis August dieses Jahres um über eine Million erhöht. In dieser Zeit ist die Zahl der Arbeitslosen in Nordrhein-Westfalen um über 58.000 zurückgegangen und hat die Zahl der sozialversicherungspflichtigen Erwerbstätigen um über 230.000 zugenommen. Das ist zwar nicht genug, meine Damen und Herren, aber ein Misserfolg sieht anders aus. Sie wären froh gewesen, wenn Sie in Ihrer Regierungszeit einen solchen "Misserfolg" jemals erreicht hätten.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Ein Misserfolg sieht ganz anders aus.

(Manfred Palmen [CDU]: Alles ist wunderbar!)

Wir haben nicht den geringsten Grund, von unserem Kurs abzuweichen und von unseren Zielen zu lassen. Eine bemerkenswert kluge Frau hat einmal gesagt: Es hat niemand etwas Ordentliches geleistet, der nicht etwas Außerordentliches leisten wollte. Deshalb setzen wir uns Ziele, deshalb set-

ze auch ich mir Ziele. Deshalb versuchen wir, die Ziele mit aller Kraft zu erreichen, die uns gegeben ist. Gottlob weiß die große Mehrheit der Menschen in Nordrhein-Westfalen, dass wir mit aller Ernsthaftigkeit und der Kraft, die uns gegeben ist, diese Ziele zu erreichen suchen. Die Menschen wissen auch, dass wir diesen Zielen nahe kommen, wie sie auch wissen, dass man Ziele verfehlen kann. Die Schlimmsten sind diejenigen, die sich keine Ziele setzen, anschließend aber alles besser wissen.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Das gilt auch für das gesamte Feld der Bildungspolitik. Darüber haben wir schon in der letzten Woche diskutiert, und ich habe das aus meiner Sicht im Moment zu Sagende dazu gesagt.

Es ist eines der wichtigsten Politikfelder. Wir haben es mit einer der wichtigsten Reformaufgaben in Nordrhein-Westfalen und in der Bundesrepublik Deutschland seit Jahrzehnten zu tun.

Was uns vorliegt, ist eine Studie über die Schulpolitik und die Ergebnisse der Schulpolitik in Deutschland. Sie richtet sich genauso an die Adresse von Frau Kollegin Hohlmeier wie an die Adresse von Frau Kollegin Behler. Niemand von uns - schon gar nicht Herr Reul - hat das Recht zu sagen, er habe den Stein der Weisen. Ich höre manche Töne von Ihnen, Sie hätten das alles gewünscht, und wenn wir Ihren Ratschlägen gefolgt wären, wären wir jetzt am Ziel. Warum haben sie es nicht in Bayern und Baden-Württemberg praktiziert? - Dort haben Sie die gleichen Ergebnisse wie hier.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN - Peter Budschun [SPD]: So ist es! - Herbert Reul [CDU]: Wie war es bei TIMSS?)

Es tut mir Leid, sagen zu müssen: Die Kolleginnen und Kollegen von Frau Behler in Bayern oder Baden-Württemberg reagieren - ich sage es vorsichtig - klüger als Sie. Sie wissen sehr wohl, dass wir über die Bildungspolitik und die Pädagogik in ganz Deutschland sprechen und über die Frage, ob wir da nicht einiges zu verbessern haben. Etwas mehr Besinnung als zurzeit ist gefragt.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Ich will darauf hinweisen, dass wir die finanziellen Ressourcen für die Bildungspolitik 2002 in Nord-

(C)

(D)

(Ministerpräsident Wolfgang Clement)

(A) rhein-Westfalen wie kaum ein anderes Land - das sind die Zahlen, die wegen der Haushaltsdebatte eine Rolle spielen - bereitstellen. Der Anteil der Ausgaben für schulische Bildung am Gesamtetat in Nordrhein-Westfalen wird zurzeit nur noch von Baden-Württemberg übertroffen. Er beläuft sich für die Schulpolitik auf nahezu ein Viertel; genau sind es 23,5 %. Der Durchschnitt der anderen Länder in Deutschland liegt bei 19,5 %.

Obwohl der Haushalt des Landes 2002 - wie es der Kollege Steinbrück dargestellt hat - um 0,4 % sinkt, steigt der Anteil für die schulische Bildung um 3,6 %.

All diejenigen, die sagen - diese Aussagen waren auch schon in den Vorjahren unzutreffend -, es werde jetzt gespart, muss ich belehren: Wir geben für Schule, Hochschule, Wissenschaft und Forschung von Jahr zu Jahr mehr Geld aus. Ich behaupte nicht, dass es reicht. Ich sage vielmehr: Wir müssen zusätzliche Geldquellen erschließen. Es ist nicht allein durch die öffentlichen Hände leistbar, was wir an finanziellen Mitteln für den Bildungssektor brauchen.

Klar ist doch, dass wir im Sinne des öffentlichen Bildungsauftrages, den wir wahrzunehmen haben, dieses Geld einsetzen. Wir setzen es u. a. ein für die "Verlässliche Schule", für 6.100 zusätzliche Stellen usw. Ich könnte Ihnen die anderen Positionen auch nennen.

(B)

Natürlich setzen wir das Geld auch für mehr Schüler ein. Es ist nicht so, wie es Herr Dr. Rüttgers in Interviews behauptet, dass nämlich nicht mehr Lehrer für mehr Schüler eingestellt würden. Es wird zusätzlich für Englischunterricht eingestellt, für Realschulen, für praktische Philosophie und für benachteiligte Jugendliche.

(Zurufe von der CDU)

Ich bin mir ziemlich sicher, dass die Reformen in Nordrhein-Westfalen, die Frau Kollegin Behler eingeleitet hat, Früchte tragen werden.

Übrigens: Frau Kollegin Behler verfügt außerhalb unseres Hauses und der Kritik, die Sie hier mit Lautstärke äußern, über ein außerordentliches Ansehen in der bildungspolitischen Szene in Deutschland.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN - Lachen bei der CDU - Unruhe - Glocke)

(C) - Wissen Sie, was ich am meisten an der CDU-Fraktion bewundere? - Ich bewundere an Ihnen am meisten, wie Sie sich aus dem Stand in Parteitagslaune versetzen können.

(Heiterkeit bei SPD und GRÜNEN)

Man hat den Eindruck, Sie seien permanent in Parteitagsstimmung. Herr Rüttgers hat ja auch vorhin gesagt: Wir sind in guter Laune.

(Beifall bei der CDU)

Man gewinnt den Eindruck, Sie trainieren morgens: Heute machen wir wieder gute Laune, heute ist Parteitag!

(Heiterkeit und Beifall bei SPD und GRÜNEN - Zurufe von der CDU)

Ich gebe zu: Das ist bei uns anders.

(Michael Breuer [CDU]: Ihre Parteitagsstimmung ist miserabel!)

Bei uns geht man kritischer mit Leuten um;

(Manfred Palmén [CDU]: Zu Recht!)

ich kann davon ein Lied singen.

(Zurufe von der CDU)

(D) Da genießen Sie meinen Respekt. Ich beneide auch Herrn Rüttgers darum, wie er mit so einfachen Methoden erreicht, dass bei ihm immer geklatscht wird.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Da stimmt selbst die Volksweisheit "Von nichts kommt nichts" nicht mehr.

(Heiterkeit bei SPD und GRÜNEN)

Manchmal kommt eben doch etwas.

(Heiterkeit bei SPD und GRÜNEN)

Wir werden, meine verehrten Kolleginnen und Kollegen, die eingeleitete Bildungspolitik fortsetzen.

Damit wir uns klar verstehen, Herr Möllemann: Das, was zum Thema "Selbstständige Schule" eingeleitet worden ist, ist meiner festen Überzeugung nach richtig. Ich hoffe, dass sich noch mehr Schulen entschließen, bei diesem Projekt mitzumachen.

(Ministerpräsident Wolfgang Clement)

(A) Ich bin davon überzeugt, dass die Art und Weise, wie wir an die Einführung des Abiturs binnen zwölf Jahren herangehen, richtig ist. Diesen Wege werden wir fortsetzen; da können Sie so viele schnuckelige Anträge tragen, wie Sie wollen. Wir werden diesen Weg so weitergehen. Wir werden in jeder Stadt und in jedem Kreis mindestens eine Schule haben, in der das Abitur binnen zwölf Jahren erreichbar ist.

(Herbert Reul [CDU]: Nennen Sie einzelne Städte!)

- Herr Kollege Reul, es spricht ja nichts dagegen, dass Sie es in Ihrer Heimatstadt einführen. Ich gehe davon aus, dass die Attraktivität dieses Weges noch zunehmen wird.

Ich möchte gerne darauf hinweisen, dass Nordrhein-Westfalen bezüglich der Ganztagsbetreuung nach Thüringen - was einen anderen geschichtlichen Hintergrund hat - eine absolute Spitzenstellung in der Bundesrepublik Deutschland einnimmt.

(Lothar Hegemann [CDU]: Nur für Gesamtschulen!)

Wir haben hier weit mehr als 600 Ganztagsschulen.

(B) (Herbert Reul [CDU]: Es werden auch immer mehr Schüler!)

Bayern hat ungefähr 20 Ganztagsschulen. Herr Reul kann sich gar nicht beruhigen, weil das hier so toll ist!

(Herbert Reul [CDU]: Da kann ich mich auch nicht beherrschen!)

Es ist fast wie ein pawlowscher Reflex bei ihm: Man braucht nur einen positiven Satz über Nordrhein-Westfalen zu sagen, schon explodiert er. Das hält er nicht aus.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN - Marc Jan Eumann [SPD]: Er implodiert!)

Präsident Ulrich Schmidt: Herr Ministerpräsident, möchten Sie eine Frage von Herrn Reul zulassen?

Wolfgang Clement, Ministerpräsident: Nein, das möchte ich nicht.

(Zurufe von der CDU: Auch ein Reflex!)

Sie müssen auch trainieren, dass Sie ganz ruhig bleiben, wenn etwas Gutes über Nordrhein-Westfalen berichtet wird. Das würde ich an Ihrer Stelle üben. (C)

Wir werden neben den eingeleiteten Veränderungen in der Bildungspolitik natürlich noch weitere Änderungen vornehmen müssen. Frau Kollegin Behler hat bereits einige Felder angesprochen. Ich bin mir sicher, dass wir noch auf andere Felder vordringen müssen.

Dazu gehören natürlich Reformen und eine größere Aufmerksamkeit für den Grundschulsektor insgesamt. Dazu gehört, dass wir uns stärker mit der Intensivierung der Vorschulen beschäftigen und für Kinder mit Migrationshintergrund mehr tun müssen. Das ist für Nordrhein-Westfalen ein besonders schwieriges und - das kann ich nicht verheimlichen - auch ein besonders teures Thema. Dazu gehört, dass wir uns gemeinsam mit den Lehrerinnen und Lehrern Nordrhein-Westfalens Gedanken machen, welche Wege wir im Interesse der jungen Generation in der Pädagogik einschlagen können und müssen. Selbstverständlich tun wir das ebenso mit den Eltern, die wir bitten, uns im Interesse der Kinder auf diesem Wege zu begleiten. Das gilt auch für die Organisation, Herr Kollege Rüttgers, an der Sie sich so kräftig orientieren, für die GEW. Ich meine, es wäre gut, wenn sich die GEW auf einen Weg der konstruktiven Diskussion über das, was im Bildungssektor jetzt notwendig ist, begäbe. (D)

(Beifall bei der SPD)

Ich bin auch sicher, dass sie das tun wird.

Sie haben weiter die Politik der inneren Sicherheit angesprochen. Meine Güte, ist es denn so schwer über die Lippen zu bringen, dass die sichersten Großstädte Deutschlands allesamt in Nordrhein-Westfalen liegen? Das muss doch einen Grund haben.

(Beifall bei der SPD)

Wenn das so ist, Herr Kollege Rüttgers, meine Kolleginnen und Kollegen von der CDU, so kann das doch nicht nur an unzufriedenen Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten liegen. Es muss doch wohl so sein, dass die Polizeibeamten in Nordrhein-Westfalen gut arbeiten. Wer gut arbeitet, tut es offensichtlich auch motiviert. Ich bin den Beamtinnen und Beamten der Polizei und der

(Ministerpräsident Wolfgang Clement)

(A) Justiz dankbar, insbesondere auch denen, die in den Haftanstalten ebenfalls im Interesse der inneren Sicherheit unseres Landes arbeiten.

(Michael Breuer [CDU]: Dann helfen Sie denen doch auch!)

Ich danke diesen Beamtinnen und Beamten.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN - Zuruf von der CDU)

- Sie werden mich nicht daran hindern, Frau Kollegin.

Insgesamt haben wir in Nordrhein-Westfalen im Hinblick auf die wichtigsten Fragen die richtige Steuerung. Das gilt übrigens auch für die Verkehrspolitik, Herr Kollege Möllemann. Es ist ja nicht so, als fände sie in Nordrhein-Westfalen nicht statt. Vergleichen Sie das einmal mit anderen Ländern im Westen der Bundesrepublik Deutschland. In Nordrhein-Westfalen wurden wir in den letzten 16 Jahren - ich habe darauf mehrfach hingewiesen - bis zum Antritt der Regierung Schröder im Hinblick auf Verkehrsinvestitionen im Verhältnis zu Süddeutschland benachteiligt. Das ist anhand jeder Statistik nachweisbar.

(B) (Zuruf von der CDU)

Wir sind jetzt auf dem Weg, in diesem Bereich etwas aufzuholen, wenn auch noch zu wenig. Angesichts der wachsenden Zustimmung zum Metrorapid sehe ich schon den Zeitpunkt kommen, zu dem Herr Kollege Rüttgers, der dieses Projekt zunächst auch für falsch hielt, vorne in den Metrorapid einsteigt. Ich werde ihn dort voller Freude begrüßen.

(Beifall bei der SPD)

Er ist ein überaus vernünftiges Verkehrsmittel, in das jetzt investiert werden muss. Das ist in dieser Phase der Wirtschafts- und Finanzpolitik von außerordentlicher Bedeutung. Es ist die Ansicht der Bundesregierung wie auch unsere, dass jetzt insgesamt in der Bundesrepublik alles getan werden muss, um Mittel, die für diesen Zweck frei sind, zu investieren und damit Arbeitsplätze zu schaffen. Das geschähe, wenn solche Mittel beispielsweise für den Metrorapid eingesetzt würden. Ich freue mich sehr, dass die nordrhein-westfälischen Koalitionspartner SPD und Grüne von Düsseldorf aus gemeinsam an die Berliner Koalition appellieren, eine klare Entscheidung über diese Finanz-

mittel zu treffen. Ich gehe davon aus, dass wir sowohl hinsichtlich der Machbarkeit dieses Projektes als auch seiner Finanzierung in der zweiten Hälfte des Monats Januar Klarheit bekommen werden, um dann entschieden handeln zu können.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Dieser Haushaltsentwurf ist, wie Sie alle wissen, in Anbetracht der Finanzlage, die durch die Wirtschaftslage, die Steuerreform und anderes beeinflusst wird, knapp genäht.

(Helmut Diegel [CDU]: Verfassungswidrig!)

Er bietet aber eine gute Grundlage für ein vernünftiges Handeln im Jahr 2002. Ich sage das auch meinen Kolleginnen und Kollegen gelegentlich. Es ist immerhin ein Haushalt, dessen Volumen sich auf annähernd 100 Milliarden DM beläuft. Das ist viel Geld, für das wir Verantwortung tragen. Wir geben dieses Geld sehr verantwortlich aus. Wir tun dies in der Verantwortung für dieses Land. Sie und wir stehen ungeachtet aller notwendigen Diskussionen gemeinsam in dieser Verantwortung. Ich hoffe sehr, dass das Jahr 2002 anders verläuft als das Jahr 2001.

(Zuruf von der CDU: Wir auch!)

Das zu Ende gehende Jahr hat Schreckliches über die Welt gebracht. Das hat sich auch auf unser Land ausgewirkt. Wir versuchen dem entgegenzuwirken. Ich bin sehr glücklich darüber, dass und wie die Bundesrepublik Deutschland, wie die Bundesregierung auf diese neue Situation im Rahmen unserer internationalen Beziehungen, aber auch innerhalb unseres Landes reagiert. Falls Sie mich dafür in Haftung nehmen wollen, Herr Kollege Rüttgers, so dürfen Sie das gern tun: Jawohl, ich halte den Bundeskanzler, ich halte Gerhard Schröder für den richtigen Mann zur rechten Zeit am richtigen Platz.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Das gilt, um das ebenso klar zu sagen, für die internationale Politik wie für die Wirtschafts- und Finanzpolitik - bei allen Schwierigkeiten der Diskussion. Es gibt zwischen uns einzelne Differenzen, die ausgesprochen und ausdiskutiert werden, aber die Richtung stimmt, in Berlin wie in Düsseldorf. Wir sind entschlossen, in diese Richtung weiterzugehen.

(Zuruf von der CDU: Nur mit der PDS!)

(C)

(D)

(Ministerpräsident Wolfgang Clement)

(A) Wir hoffen dabei weiterhin auf das Vertrauen unserer Bürgerinnen und Bürger in Nordrhein-Westfalen, auf das allein wir uns stützen. Alles Gute zum neuen Jahr!

(Lang anhaltender lebhafter Beifall bei der SPD - Beifall bei den GRÜNEN)

Präsident Ulrich Schmidt: Vielen Dank, Herr Ministerpräsident Clement. - Das Wort hat Herr Dr. Rüttgers.

Dr. Jürgen Rüttgers (CDU): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich weiß nicht, ob ich mich jetzt dafür bedanken muss, dass Herr Ministerpräsident geruht hat, zu uns zu sprechen.

(Zurufe von der SPD)

Erstens. Herr Ministerpräsident, das, was Sie hier versucht haben, war nicht sehr souverän.

(Heiterkeit bei und Zurufe von der SPD)

Es ist Ihre Aufgabe, sich dem Parlament zu stellen.

(B)

(Beifall bei der CDU)

Das haben Sie jetzt mit einer Rede getan, die eigentlich unter dem großen Motto stand: Wir sind auf einem guten Weg. Wir machen weiter wie bisher. Weiter so Nordrhein-Westfalen!

(Demonstrativer Beifall bei der SPD - Zuruf von der SPD: Richtig!)

Man hat glatt den Eindruck, dass Sie ein Politikverständnis haben nach dem Motto: Der Weg ist das Ziel. - Aber, lieber Herr Ministerpräsident, das hören wir jetzt seit 20 Jahren. Sie müssen auch irgendwann einmal bei dem, was Sie hier proklamieren, ankommen.

(Beifall bei der CDU)

Zweitens. Es ist wahr, die CDU-Opposition ist in guter Stimmung. Nur kein Neid! Ich kann verstehen, dass Sie das nach Ihrem Parteitag in Münster ärgert.

(Beifall bei der CDU)

Drittens. Sie haben gesagt: Hören Sie einmal, Herr Oppositionsführer, man hat ja glatt den Ein-

druck, wenn Sie über die Situation im Land reden, Sie wollen nur Angst verbreiten, Sie haben Sorge, dass sich die Wirtschaft wieder erholt, (C)

(Ministerpräsident Wolfgang Clement: Richtig!)

Sie haben Angst, dass irgendetwas gut läuft! - Wissen Sie, ich habe überhaupt keine Probleme mit diesem Land und seinem Zustand. Gott sei Dank haben wir ein wunderschönes Land Nordrhein-Westfalen,

(Demonstrativer Beifall bei der SPD)

wir haben fleißige Menschen. Dieses Land wird nur schlecht regiert. Das könnte alles noch besser laufen, und darum geht es uns.

(Beifall bei der CDU)

Es könnte besser laufen, wenn hier endlich ordentlich regiert wird. Aber an einer Stelle können Sie absolut ruhig sein - deshalb sind auch wir absolut ruhig, weil wir dieses Land lieben, dieses Land so schön ist und die Menschen so fleißig sind -:

(Ah-Rufe von der SPD)

Dieses Land ist so stark, dass selbst Ihre Regierung es im Kern nicht kaputtkriegt. Genau das ist der Zustand hier bei uns im Land. (D)

(Beifall bei der CDU - Zurufe von der SPD)

Dann will ich etwas zu den Punkten sagen, die Sie angesprochen haben:

Sie sagen: Die Konjunktur ist im Moment in einer etwas schwierigen Situation, aber reden Sie sie nicht schlecht, denn im nächsten Jahr geht es ja wieder aufwärts! - Nun habe ich dafür ja auch ein bisschen Verständnis. Das ist natürlich auch ein wenig durch die Tatsache bedingt, dass man, wenn man in der Regierung ist, eine Scheu davor hat, bestimmte Sachverhalte zu sagen, weil wir alle miteinander bei Ludwig Erhard gelernt haben, dass Wirtschaft auch etwas mit Psychologie zu tun hat. In den Schreibstuben der Ministerien entstehen dann immer so Floskeln, die irgendwie deutlich machen sollen, es geht irgendwann wieder aufwärts. Da wird dann irgendetwas formuliert nach dem Motto: Nächstes Jahr gibt es wieder einen Hoffnungsschimmer.

Das mag ja alles eine Zeit lang erlaubt sein, aber es ist nicht mehr erlaubt, wenn die Realität so mit

(Dr. Jürgen Rüttgers [CDU])

- (A) Händen zu greifen ist, dass Wirklichkeitsverweigerung nicht mehr zulässig ist, weil das dazu führt, dass alles noch schlimmer ist. Das ist der Zustand Ihrer Regierung: Nicht zu handeln, weil man sich der Wirklichkeit verweigert und sie nicht wahrnimmt.

(Beifall bei der CDU)

Gerade während wir hier debattieren, gibt es eine Meldung vom Ifo-Institut - wahrlich kluge und ehrenwerte Wissenschaftler und Ökonomen. Der erste Satz lautet:

"Ungeachtet mancher Hoffnungsschimmer beim jüngsten Geschäftsklima-Index ist die Talsohle der Konjunktur in Deutschland noch nicht erreicht. Der Tiefpunkt wird vermutlich im zweiten Quartal des Jahres kommen."

Schauen Sie, wir können uns hier alle freuen, wenn es ab dem zweiten Quartal wieder aufwärts geht! Vielleicht haben wir auch die Situation - Bundestagswahl hin, Bundestagswahl her -, dass irgendwann Ende des Jahres auf dem Arbeitsmarkt irgendetwas passiert, obwohl Sie genauso gut wissen wie ich, dass bei den prognostizierten Wachstumsraten die Arbeitsmarktschwelle nicht überschritten wird. Es wird also keinen selbst tragenden Aufschwung geben. Das heißt, wir müssen in der Politik etwas tun, auch wenn Sie uns hundertmal vorwerfen, dass wir irgendwann im Laufe des Jahres gefordert haben: Ziehen Sie die Steuerreformstufen, die Steuersenkungen vor, um der Konjunktur wieder auf die Beine zu helfen!

- (B) Wissen Sie, warum ich das so vorsichtig formuliert habe? - Nicht, weil ich davon wegwill, sondern weil schlicht dadurch, dass Sie das ganze Jahr nichts getan haben, die Zeit abgelaufen ist und wir jetzt Notprogramme z. B. für die Kommunen brauchen, damit sie wieder investieren können. Deshalb muss die Gewerbesteuerumlage von 30 auf 20 % gesenkt werden, damit investiert werden kann. Die Kommunen dürfen nicht mit 700 Millionen DM befrachtet werden, damit sie noch weniger Geld zum Investieren haben.

(Beifall bei der CDU)

Deshalb müssen die Steuererhöhungen ausgesetzt werden. Es kann doch nicht richtig sein, dass wir gerade dann, wenn wir konjunkturell unten sind, noch eins draufsetzen, indem wir die

- Ökosteuer, die Tabaksteuer und die Versicherungssteuer erhöhen. (C)

(Beifall bei der CDU und FDP)

Da geht es doch nicht um Ideologie, da geht es um Konjunktur und Ökonomie. Irgendwann müssen Sie doch etwas tun und nicht nur sagen: Wir sind auf einem guten Weg - weiter so!

(Ewald Groth [GRÜNE]: Das ist kein Konzept, das ist Quatsch!)

- Herr Groth,

(Beifall bei GRÜNEN und SPD)

guten Morgen. Keine Ahnung, aber so eine Klappe!

(Beifall bei der CDU)

Dann ein Wort zu Herrn Kirchhoff. Vermutlich sind wir beide einer Meinung, dass wir jetzt nicht den Versuch machen sollten, Herrn Kirchhoff in unsere Auseinandersetzung hineinzuziehen.

(Ministerpräsident Wolfgang Clement: Wir sind nicht einer Meinung! Ich zitiere ihn; ich ziehe ihn nicht rein!)

- (D) Ich bestreite nicht, dass Ihr Zitat richtig ist, aber ich wehre mich dagegen, dass Sie den Eindruck erwecken, als ob mein Zitat falsch ist. Mein Zitat hat er nur einen Monat später gesagt, am 12. Dezember auf seiner Pressekonferenz in Iserlohn, die zur aktuellen Situation stattgefunden hat. Dass Sie auch einmal eine positive Meldung kriegen - jeder weiß doch, wie das ist, da sitzt der Bundeskanzler, da sitzt der Ministerpräsident -, ist doch wohl völlig klar und selbstverständlich.

(Beifall bei der CDU - Lachen bei der SPD - Marc Jan Eumann [SPD]: Jetzt wird es peinlich!)

Noch etwas zu den Gründungszahlen: Das war auch eine tolle Geschichte. Ich trage Ihnen hier Zahlen vor und gebe die Quelle an. Dann sagen Sie: Das ist alles falsch, ich trage Ihnen die Zahlen von Creditreform vor. Von mir aus können Sie die Creditreformzahlen weiter nehmen; das ist gar kein Problem. Aber Sie können doch nicht durch Zahlen eines privaten Vereins Ihre eigenen amtlichen Daten des nordrhein-westfälischen Landes-

(Dr. Jürgen Rüttgers [CDU])

- (A) amtes für Statistik infrage stellen. Danach geht es mit der Gründungsbilanz nicht aufwärts, sondern Jahr für Jahr abwärts, seitdem Sie Wirtschaftsminister waren, seitdem Sie Ministerpräsident sind, um vier Prozent allein im ersten Halbjahr dieses Jahres.

(Beifall bei der CDU)

Und Sie sagen hier: Das ist doch alles prima, bei den Arbeitsplätzen geht es aufwärts.

(Hermann-Josef Arentz [CDU]: Das ist doch wohl ein Witz!)

Die Debatte kenne ich auch. Man sucht sich Zahlen, die man gerne hätte, das ist klar. Wenn es bei den Beschäftigungszahlen nach oben geht, redet die Regierung davon. Wenn es bei den Arbeitslosenzahlen nach unten geht, redet sie davon.

Nur: Die Wahrheit ist, die Arbeitsplatzzahlen lagen im Mai 2000 bei 35,1 Millionen und im April 2000 bei 36,8 Millionen, und dazwischen lag das 630-Mark-Gesetz. Es ist also real nichts dazugekommen, sondern es ist nur anders verbucht worden. Deshalb haben nicht mehr Menschen Arbeit bekommen, sondern Sie haben durch die 630-Mark-Gesetzgebung erstens viele Arbeitsplätze vernichtet und zweitens die Statistik aufgebessert.

(B)

(Beifall bei der CDU)

Dann haben Sie vom Niedriglohnsektor gesprochen. Darüber haben wir schon mehrfach diskutiert. Wir haben gesagt: Lassen Sie uns endlich weiterkommen. Heute kann man unter der Überschrift "Riester will keine Dauersubventionen von Arbeitsplätzen" lesen: "Bundesarbeitsminister Walter Riester will im koalitionsinternen Streit über eine stärkere Förderung des Niedriglohnsektors einem vorschnellen Aktionismus entgegenreten." Im Folgenden wird begründet, warum er dagegen ist.

Genau hier setzt auch mein Vorwurf an. Herr Riester, Frau Engelen-Kefer und Herr Thönnies, der stellvertretende Fraktionsvorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion, mögen ja dieser Meinung sein. Aber Ihr Designatus, wie Herr Möllemann eben so schön gesagt hat, ist durch die Gazetten gezogen und hat gesagt: Ich will den Niedriglohnsektor. Wenn er das sagt und Sie jetzt vorbringen, Sie müssten das erst einmal prüfen, frage

ich Sie: Hat er nun etwas zu sagen oder nicht? Wahrscheinlich hat er nichts zu sagen. Sie müssen etwas machen und nicht nur in den Zeitungen diskutieren.

(C)

(Beifall bei der CDU)

Jetzt sind wir beim Stichwort "Abbau von Subventionen". Ich verstehe, dass es Sie, Herr Steinbrück, maßlos ärgert, wenn just einen Tag vor der dritten Lesung ein unbotmäßiger Verband, den Sie nicht im Griff haben, kommt, eine neue Studie vorlegt und fordert, es müsse beim Subventionsabbau mehr getan werden.

Natürlich ist der Subventionsabbau eine schwierige Geschichte. Ich will zugestehen, dass wahrscheinlich viele Minister und Oppositionsführer erklärt haben, dort etwas tun zu wollen. Wenn es dann aber konkret wird und man erklären muss, ob man eine Maßnahme fördert oder nicht, bekommt man Probleme.

Man kann es sich aber wirklich nicht so einfach machen und sagen, der Bund der Steuerzahler habe keine Ahnung und nehme auch keine politische Wertung vor. Er sagt doch zuerst nur: Wir wollen, dass mehr geschieht. Wenn der Landeshaushalt 30 Milliarden Fördermittel umfasst und der Bund der Steuerzahler verlangt, dass 1,7 Milliarden eingespart werden müssen, dann ist das kein Kahlschlag, sondern eine Zielsetzung. In der Politik muss man sie zwar nicht teilen, aber man muss wenigstens den Vorschlag dieses Verbandes prüfen und darf nicht einfach sagen: Wir behalten die gesamten Fördermittel im Haushalt. Das Markenzeichen dieser Regierung ist: immer nur weiter so; nichts tun.

(D)

(Beifall bei der CDU)

Das äußert sich übrigens auch darin, dass sich Herr Steinbrück jetzt hierhin stellt und sagt: Diese Vorschläge von der Opposition sind unseriös; das müssen wir alles ablehnen; das ist alles nicht zu machen; diese Stellen können wir gar nicht bewilligen.

(Zuruf von Ministerpräsident Wolfgang Clement)

- Nein, das weiß keiner, und wer es nicht wissen will, hat genau das Problem - und das werfe ich Ihnen vor -, dass er unter Wirklichkeitsverweigerung leidet.

(Ministerpräsident Wolfgang Clement: Sie wissen nicht, wovon Sie reden!)

(Dr. Jürgen Rüttgers [CDU])

(A) - Ich weiß nicht, wovon ich rede? Ich bin jetzt ganz vorsichtig, weil ich ein Stück weit erstaunt bin,

(Zuruf von der SPD: Was führen Sie hier eigentlich auf?)

dass man sich schlichtweg hierhin setzt und sagt: Sie wissen nicht, wovon Sie reden. - Soll ich Ihnen mal etwas sagen, Herr Clement? Den Vorschlag, in jedem Ministerium der Bundesregierung 1,5 % linear abzubauen, habe ich Anfang der 90er-Jahre gemacht.

(Ministerpräsident Wolfgang Clement: Sie wissen nicht, wovon Sie reden!)

- Ich weiß genau, wovon ich rede; denn ich habe ihn in meinem Ministerium - wie übrigens alle Minister der letzten Bundesregierung - Jahr für Jahr umgesetzt. Wir haben es gemacht und bewiesen, dass es geht.

Aber Sie haben nicht mehr die Kraft, Strukturen zu verändern. Das ist der Punkt. Da liegt der Grund, warum es nicht weitergeht. Genau da liegt er und nirgendwo anders.

(Beifall bei CDU und FDP - Zuruf von den GRÜNEN)

(B)

Sie können sich nicht hierhin stellen und sagen: Wenn neue Kinder in die Schule kommen, stellen wir auch neue Lehrer ein. Wenn ich mich auf das Niveau herabließe, würde ich jetzt sagen: Sie wissen nicht, wovon Sie reden.

Natürlich stellen Sie neue Lehrer ein. Sie haben aber auch eine Vielzahl von Projekten neu angeschoben, über die man diskutieren kann und denen wir übrigens meistens - wie bei Englisch in der Grundschule und der islamischen Unterweisung - zugestimmt haben. Nur ist es doch das Normalste von der Welt, dass ich, wenn ich neue Aufgaben für die Schulen definiere, auch die Lehrer mitliefern muss. So wird die Frage des Unterrichtsausfalls kein Stück gelöst. Es gibt weiter massenhaften Unterrichtsausfall an nordrhein-westfälischen Schulen.

(Beifall bei CDU und FDP)

Ähnliches gilt für Ihre Bemerkung zum Thema Ganztagschulen. Dass die absoluten Zahlen in Nordrhein-Westfalen höher sind als in anderen Ländern, hat schlichtweg damit zu tun, dass

Nordrhein-Westfalen größer ist und mehr Einwohner hat.

(C)

(Edgar Moron [SPD]: Wir sind doch nicht 30-mal so groß wie Bayern!)

- Herr Moron, sehen Sie sich die Zahlen doch an. Ich sage doch gar nicht, dass es in Nordrhein-Westfalen weniger Ganztagschulen gibt. Passen Sie einmal auf: 620 Ganztagschulen; davon müssen Sie die Gesamtschulen und die Sonderschulen für Behinderte abrechnen; dann kommen Sie auf 238 Schulen. Die Wahrheit ist: 238 Ganztagschulen bei Hauptschule, Realschule und Gymnasium. So versucht man, mit Zahlen zu manipulieren.

(Lebhafter Beifall bei der CDU - Edgar Moron (SPD): Hat denn Bayern keine Sonderschulen?)

Der Ministerpräsident hat hier erklärt, Frau Behler verfüge in Deutschland über ein hohes Ansehen. Das kann ich nicht beurteilen. Ich weiß nur eins: Zumindest bei Herrn Moron und auf dem SPD-Parteitag ist es ziemlich unterentwickelt; das wollen wir doch einmal feststellen.

(Beifall bei der CDU)

(D)

Herr Ministerpräsident, Sie müssen selbst verantworten, dass Sie in den letzten Wochen mehrfach dazu übergegangen sind, Kolleginnen und Kollegen persönlich anzugreifen.

(Zuruf von Ministerpräsident Wolfgang Clement)

Wenn man jemanden in der Sache und für seine Arbeit angreift, so ist das in der Politik notwendig. Wir sind ja nicht in einem Mädchenpensionat. Ich muss nicht behaupten, dass Sie gut sind, und Sie brauchen auch nicht zu sagen, dass ich gut bin. Es gibt aber Sachen, wo man die Leute nicht anpackt. Darunter fällt z. B. das, was Sie am Freitag mit Herbert Reul und eben mit Hermann-Josef Arentz gemacht haben. Ich will Ihnen sagen, dass ich noch nie einen Ministerpräsidenten so unsouverän erlebt habe.

(Beifall bei der CDU - Edgar Moron [SPD]: Was haben Sie denn mit Herrn Walsken in Ihrer Rede gemacht?)

Es ist ja eine Spezialität von Herrn Steinbrück, sich hierhin zu stellen und andere Leute nach dem

(Dr. Jürgen Rüttgers [CDU])

- (A) Motto "diese ritualhaften Debatten" zu klassifizieren oder ihnen nahe zu legen, sich in der Sprache zu mäßigen. Das nützt überhaupt nichts. Es ist unsere Aufgabe als Opposition, die Regierung anzugreifen.

(Zuruf von Marc Jan Eumann [SPD])

Dass die Regierungsvertreter in diesen Haushaltsberatungen nur noch die Opposition angreifen, statt ihre eigene Politik auch nur einmal zu verteidigen, ist allerdings schlichtweg unnormal.

(Beifall bei der CDU)

Übrigens bin ich Gott sei Dank in der Politik mit Herzblut dabei. Wenn es dann einmal etwas lauter wird,

(Lachen bei der SPD - Edgar Moron [SPD]:
Er hat gar nicht zugehört!)

hoffe ich, dass das keinen stört. Mir ist aber lieber, jemand ist mit Herzblut dabei, als dass jemand arrogant und cool auftritt und alle anderen Leute für dumm hält. Das muss ich Ihnen allerdings auch einmal sagen.

(Beifall bei der CDU)

- (B) Es ist auch, Herr Steinbrück, ritualhaft und nicht normal, dass alle Anträge der Opposition abgelehnt werden, gleich, ob sie Mehrausgaben oder Einsparungen beinhalten. Ich finde es auch, Herr Clement, um einen Artikel von heute Morgen aus der "Bild"-Zeitung aufzugreifen, unnormal, wenn die Landesregierung, zumindest durch einen Gruppenleiter, die Schließung von Kirchen und ihre Umwandlung in Moscheen in Kauf nimmt.

(Zuruf von Ministerpräsident Wolfgang Clement)

- Ja, natürlich muss das ausgesprochen werden. Sie sagen: Diejenigen Kirchen, die zu unserer Kultur gehören, können wir nicht mehr restaurieren. Wir können das Geld nicht mehr geben. Die sollten doch Moscheen daraus machen. Wenn Sie solche Vorschläge durch Ihre Mitarbeiter verbreiten, dann ist das schlichtweg unanständig.

(Beifall bei der CDU)

Übrigens ist es zumindest genauso unverständlich, wenn der Finanzminister meint, fünf Tonnen Bonbons kaufen zu müssen und sie in den Finanzämtern verteilen zu lassen. Auf solch eine Idee

(C) muss man erst einmal kommen! Manchmal erinnere ich mich daran, dass das genau die Sachen sind - die übrigens genauso anderswo geschehen -, wenn plötzlich die Regierungsbauten in Berlin um 10 Millionen teurer werden, oder Frau Höhn einen Erlass vorlegt, nach dem jeder Bauer den Schweinen 20 Sekunden am Tag in die Augen schauen muss und Spielzeug in die Schweineställe installiert werden soll: Wer auf so etwas kommt, zeigt, dass er dem Ende entgegengeht. Die Regierungszeit einer Regierung, die so etwas macht, geht zu Ende.

(Beifall bei der CDU - Zurufe von der SPD - Ministerpräsident Wolfgang Clement: Sie sind außer Kontrolle, Herr Kollege!)

- Ich bin überhaupt nicht aus der Facon; ich bin auch nicht außer Kontrolle, überhaupt nicht!

(Heiterkeit bei der SPD)

Ich habe Spaß an dieser Debatte. Sie nicht; das ist mir klar.

(Marc Jan Eumann [SPD]: Sie stehen nur neben sich!)

Übrigens: In einer früheren Haushaltsberatung haben Sie einmal für sich selbst in Anspruch genommen: Wir verstehen Haushaltspolitik als solides Handwerk. - Das war am 28. März. Dann sind Sie fortgefahren: Wir werden auch künftig den Haushalt so solide gestalten, wie wir das in dieser Legislaturperiode begonnen haben. - Herr Clement, diesen Angriff auf das ehrbare Handwerk weise ich mit Entschiedenheit zurück.

(Beifall bei der CDU)

(D) Damit bin ich beim Thema Verfassungswidrigkeit. Das, was hier so vorgetragen wurde, ist schon interessant. Dass Sie sagen, er sei verfassungsgemäß, ist ja okay. Wir alle wissen, wenn man vor dem Verfassungsgerichtshof klagt, weiß niemand, wie das Ergebnis ist. Das ist so. Das weiß jeder: Vor Gericht ist man wie auf See in Gottes Hand.

(Frank Baranowski [SPD]: "Hoher" fehlt!)

Aber da wäre ich, lieber Herr Steinbrück - jetzt suche ich meinen schönen Zettel -, nicht so überheblich.

(Marc Jan Eumann [SPD]: Schlecht sortiert!)

(Dr. Jürgen Rüttgers [CDU])

- (A) Wir haben bisher als Opposition im Februar 1999, im Sommer 1999 und im Oktober 2000 beim Verfassungsgericht geklagt. Sie haben gesagt, dahin würden wir dann wieder fahren und verlieren.

Nur noch einmal zur Erinnerung! Februar 1999: Zusammenlegung von Innen- und Justizministerium - verfassungswidrig!

Sommer 1999: Aufhebung der 5-%-Sperrklausel in Kommunalparlamenten - verfassungswidrig!

Oktober 2000: Keine Änderung des Untersuchungsauftrags durch Parlamentsmehrheit - auch verfassungswidrig!

Ich wäre mit der Frage, wer bisher gegen die Verfassung verstoßen hat, ein bisschen vorsichtig. Wir nicht, aber Sie schon dreimal! Das ist Fakt.

(Beifall bei der CDU)

Wollen wir einmal abwarten, was beim vierten Mal passiert.

(Beifall bei der CDU)

- (B) Noch zwei Bemerkungen. Zunächst zu dem Satz, das sei bei den anderen Ländern auch alles üblich. Manches ist nun einmal in der Opposition, die nicht über Tausende Beamte verfügt, die schnell so etwas prüfen, wenn der Herr Ministerpräsident so etwas wissen will, anders. Wir müssen dann telefonieren. Wir haben dann z. B. einmal nachgefragt, wie das in Bayern ist; darauf haben Sie sich eben bezogen. Die Feststellung, die ich hier machen möchte, ist, Herr Steinbrück, dass die Lage in Bayern und in anderen Bundesländern völlig anders ist.

Während hier in Nordrhein-Westfalen die Grenze der Verfassungswidrigkeit, also die Stelle, an der Investition und Kreditaufnahme sich berühren, bei 49,5 Millionen Euro für 2002 liegt, beträgt die Investitionsquote in Bayern das Fünffache der Zinslastquote und ein Mehrfaches der Nettoneuverschuldung. Wie, bitte schön, wollen Sie das miteinander vergleichen? Wenn der was aus der Rücklage nimmt, dann darf er das. Sie dürfen es nicht, weil ihre Maßnahme nämlich kreditfinanziert ist. Das ist genau das, was wir Ihnen vorwerfen werden.

(Beifall bei der CDU)

Damit Sie hier nicht so tun, als ob das ganz normale Einnahmen wären, will ich Sie noch einmal darauf hinweisen, dass Sie z. B. zugunsten des Haushalts 2000 - und das steht im Gutachten von Professor Birk - im Auslaufzeitraum 1999 - das ist vom 1. Januar 2000 bis zum 3. März 2000 - zulasten des Haushaltsjahres 1999 Kredite in Höhe von 2,9 Milliarden DM aufgenommen haben, obwohl in diesem Zeitraum nur noch auf 1999 bezogene Ausgaben in Höhe von 257 Millionen DM geleistet wurden. Es ist völlig klar: Sie haben Kredite aufgenommen, obwohl Sie das für die Ausgaben des Jahres 1999 nicht mehr mussten. Sie haben Zinsen dafür bezahlt, Sie haben es in die Rücklage gelegt, nur, damit Sie im Jahr danach das Verfassungsgebot umgehen konnten. Das muss ein für alle Mal geklärt werden, damit die Trickserie bei den Haushalten in Nordrhein-Westfalen endlich aufhört.

(Beifall bei der CDU)

Das Land ist nicht schlecht. Die Regierung ist schlecht. "Weiter so!" ist keine Zukunftspolitik. Deshalb wird die CDU-Fraktion diesem Haushalt nicht zustimmen.

(Anhaltender Beifall bei der CDU)

Präsident Ulrich Schmidt: Vielen Dank, Herr Dr. Rüttgers. - Das Wort hat der Kollege Möllemann.

Jürgen W. Möllemann (FDP): Herr Präsident! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich habe keine Lust mich an einem Wettbewerb Schwarzmalerei gegen Schönfärber zu beteiligen. Beides gibt es nämlich, und beides hilft nicht.

Der Ministerpräsident hat vorhin auf die 16-jährige Amtszeit der Koalition unter der Führung des damaligen Kanzlers Helmut Kohl verwiesen, in der ich selbst als Bundesminister und als Staatsminister zehn Jahre tätig gewesen bin.

(Zuruf von den GRÜNEN: Leider, leider!)

Ich habe diese Phase, Herr Clement, so erlebt, dass sie am Anfang von ungewöhnlichem Erfolg geprägt war, übrigens auch bei der Belebung des Arbeitsmarktes und bei der Sanierung der Staatsfinanzen. Sie entsinnen sich: An der Unmöglichkeit

(C)

(D)

(Jürgen W. Möllemann [FDP])

(A) keit, die Staatsfinanzen in Ordnung zu halten, zerbrach zuvor die damalige Koalition mit Helmut Schmidt. Ich habe dessen Worte noch im Ohr, als er vor seiner Fraktion sagte: Ihr seid nicht in der Lage, das Maß an Eingriffen vorzunehmen, das notwendig ist, um Einnahmen und Ausgaben wieder in die Balance zu bekommen. Das war eine starke Phase.

Richtig ist - das kann man hier ganz einfach festhalten -, dass die letzten Jahre dieser Koalitionsregierung, an der wir beteiligt waren, davon gekennzeichnet waren, dass es Stillstand und so gut wie keine Reformfähigkeit mehr gab.

(Zuruf von der SPD)

- Ja, das ist so gewesen, und das ist dann auch vom Wähler geahndet worden. Aber dann - leider verbunden mit einer Art von Abgehobenheit und Beratungsunwilligkeit des damaligen Kanzlers Helmut Kohl, der sich selber damit aus dem Rennen genommen hat - ging nichts mehr.

Herr Clement, als ich Sie vorhin reden hörte, habe ich mich bei Ihrem Verhalten wirklich an manches in Bezug auf das Verhalten von Helmut Kohl ziemlich am Ende seiner Amtszeit erinnert.

(B) (Widerspruch bei der SPD)

- Doch, doch. Ich will Ihnen das auch erklären: Sie haben hier mit einem Habitus gestanden, den ich damals auch bei Helmut Kohl beobachtet habe, dies geschah nach dem Motto:

(Zuruf von der SPD: Es ist interessant, was Sie immer bei anderen - nie aber bei sich selber - feststellen!)

Wer hier etwas Kritisches sagt, redet das Land schlecht. Das ist die billigste Methode. Worüber sollen wir denn als Opposition reden, wenn nicht über die Missstände, wenn wir uns mit Ihnen auseinander setzen?

(Beifall bei FDP und CDU)

Natürlich sind in diesen Auseinandersetzungen auch Verbesserungsvorschläge erforderlich. Nur, wenn wir sagen, dass wir etwas verbessern wollen, dann gehört dazu zunächst eine Bestandsaufnahme - und zwar auch der Missstände.

Mein Rat an Sie ist, da Sie erst relativ kurze Zeit im Amt des Regierungschefs sind: Ersparen Sie

sich diesen Fehlweg; denn er führt dann automatisch zu Realitätsverlusten. Das hilft Ihnen nichts. (C)

Ich kann Ihnen nur sagen, dass ich das bei Ihnen beobachtet habe. Ich weiß, wozu so etwas führen kann. Ich selber habe zum Schluss gesagt: Das kann man so nicht fortsetzen. Man sollte das beenden. Das ist jedoch nicht getan worden. Daraufhin war die Reaktion der Wähler eindeutig.

Aber als ich Sie vorhin habe reden hören,

(Zuruf von der SPD: Fiel Ihnen das ein!)

habe ich das Gefühl gehabt, Sie bewegen sich auch mittlerweile schon mit der gleichen Wahrnehmung.

(Allgemeine Heiterkeit)

- Ja, das will Ihnen wirklich sagen. Das kann man nämlich tatsächlich beobachten. Man muss nur lange genug in einem Regierungsamt sein, dann kann man das auch an sich selber feststellen.

(Zuruf von der SPD: Das ist absurd!)

Vielfach ist es so, dass man dann nur noch die wahrnimmt, die einem auf die Schulter hauen und sagen: Ihr seid mordsmäßig gut drauf. Die kennt man doch alle. Natürlich gibt es diese Verbandsfuzzis aus allen Bereichen. Die formulieren immer sehr höflich: Herr Ministerpräsident! Herr Minister! Und so weiter. Dann glaubt man plötzlich, das sei die Realität. (D)

(Beifall bei FDP und CDU)

Die Realität beurteilen aber die Menschen im Lande, und für die SPD - obwohl sie den Kanzler stellt - macht diese Realität derzeit nur noch 35 % aus.

Stellen Sie sich doch bitte einmal die Frage, was diese Menschen beunruhigt. Wir haben die Missstände aufgeführt. Es kann ja sein, dass man gelegentlich dabei überzeichnet. Aber auch das ist der Job der Opposition. Dass Sie hier gleichwohl ein Bild von "blühenden Landschaften" zeichnen und sagen, hier in NRW gäbe es keine Probleme, geht nicht in Ordnung.

Ich nehme einmal ein Beispiel in Bezug auf den Bereich von Frau Behler. Das ist nämlich grandios. Ich weiß nicht, woher Sie diese Wahrnehmung von der "hoch geschätzten" Bildungsmini-

(Jürgen W. Möllemann [FDP])

(A) sterin haben. Ich kann das wirklich nicht nachvollziehen.

(Beifall bei FDP und CDU)

Ich will darauf verzichten zu sagen, dass dieses Bild bereits in den eigenen Reihen der SPD nicht gilt. Auf Parteitagen sind Ergebnisse von 60 % nichts Schlimmes. Zwölf Jahre nach der Einheit - und nachdem Honecker Gott sei Dank weg ist - wären Ergebnisse im Bereich von annähernd 100 % sehr komisch. Ich habe zwar gerade 93 % bekommen, weiß aber ganz genau, dass das keine ehrlichen Ergebnisse sind.

(Zurufe von SPD und GRÜNEN)

- Nein, das weiß ich ja. Herr Ministerpräsident, Sie müssen aber nur in x-beliebige Kollegien, zu Elternpflegschaftsversammlungen und zu Schülern gehen. Die sagen: Das kann so nicht weitergehen. Sie wissen das doch auch. Sie kriegen doch die Post.

(Beifall bei FDP und CDU)

Sie sagen weiterhin in Bezug auf den Hochschulbereich: Das muss ich zur Chefsache machen; denn es läuft schief. Was heißt das denn? - Das heißt, Ihre Ministerin kriegt es nicht "gebacken".

(B)

In Bezug auf den Schulbereich haben wir uns gedacht, die Regierung einmal selber zu fragen. Wir wollten uns nicht dauernd den Vorwurf machen lassen, wir würden uns nur von widerspenstigen Organisationen wie der GEW - das finde ich besonders toll - oder Lehrerverbänden anderer Art unseren Input holen.

Nein, wir haben gesagt: Wir fragen die Landesregierung selbst, und zwar mit einer Großen Anfrage. Es hat gedauert, bis die beantwortet wurde, aber sie wurde beantwortet. Frau Behler hat uns dann dargelegt, wo Nordrhein-Westfalen - vor der PISA-Studie und nach TIMSS - steht, und zwar im Blick auf die Schüler-Lehrer-Relation, Klassengrößen, Unterrichtsausfälle usw.

In all diesen Kategorien steht NRW unter den Bundesländern immer auf den Plätzen 13 bis 15. Wollen wir wirklich sagen, das sei eine Spitzenposition? Oder könnten Sie nicht mit einem Anflug von Selbstkritik sagen, dass da noch ein bisschen zu verbessern ist?

(Beifall bei FDP und CDU)

Sie haben hier den Eindruck erweckt, als sei alles vom Allerfeinsten. Parteipolitisch motiviert könnte ich sagen: Machen Sie so weiter. Uns fehlen von 14 % bis 18 % noch 4 %. Die holen wir uns dann da.

(C)

(Zuruf von der SPD: Schauspieler!)

- Ja, das ist ja in Ordnung. Ja, ja, Sie werden es sehen.

Herr Ministerpräsident, meine Bitte ist: Erlauben Sie der Opposition gelegentlich, Sie zu kritisieren, und nehmen Sie es nicht gleich persönlich.

Zweitens. Sie haben - Faltlhauser oder andere zitierend - gesagt: "Ein kluger Finanzminister bildet in guten Zeiten Rücklagen für schlechte Zeiten." Für den normalen Menschen mit einem normalen Haushalt ist eine Rücklage Folgendes: Wenn er 1.000 DM verdient und 900 DM ausgibt, so sind die restlichen 100 DM die Rücklage.

(Ministerpräsident Wolfgang Clement: Aber nicht in einem Unternehmen!)

- Auch in einem Unternehmen ist das dann eine Rücklage. Eine Rücklage wird dort nicht aus aufgenommenen Krediten gebildet. Der Begriff ist dann etwas merkwürdig.

(Beifall bei FDP und CDU)

(D)

Man kann ja hundert Mal darüber reden, ob andere das nicht auch machen. Aber das jetzt plötzlich zum besonders fürsorglichen Haushaltsgebaren zu erklären, finde ich etwas übertrieben. Wenn der Finanzminister dann den hessischen Rechnungshof zitiert, so muss ich fragen: Warum zitiert er nicht den eigenen Rechnungshof? Wir haben vom eigenen Rechnungshof nämlich etwas ganz anderes zu hören bekommen.

(Minister Peer Steinbrück: Haben wir doch ausgeräumt!)

- Ja, das war aber nicht in Ordnung, Herr Finanzminister. Sie haben da auch nichts ausgeräumt, sondern Sie haben uns niedergestimmt. Das haben Sie gemacht.

(Beifall bei FDP und CDU)

Sie meinen, wenn Sie mit Mehrheit abstimmen, dass dann Wahrheit durch Mehrheit entstünde. Das könnte Ihnen wohl so passen.

(Beifall bei der FDP - Allgemeine Heiterkeit)

(Jürgen W. Möllemann [FDP])

- (A) Herr Ministerpräsident, die große Nummer war gerade die Sache mit dem Landgestüt. Ich weiß nun nicht genau, was der Bund der Steuerzahler da genau im Einzelnen gesagt hat.

(Ministerpräsident Wolfgang Clement: Das konnten Sie in der Zeitung lesen!)

- Ja, aber in der Zeitung steht manchmal viel.

Ich habe gelesen, dass er sich mit der Frage beschäftigt hat: Was subventionieren wir?

Wieso die Pferdezucht in Nordrhein-Westfalen in sich kollabieren würde, wenn sie nicht mehr von öffentlich Bediensteten durchgeführt werde, sondern von einem privaten Unternehmen, das kann ich nicht mehr begreifen, seit ich gemeinsam mit Johannes Rau vor ein paar Tagen bei Konstantin Freiherr von Heeremann zum Geburtstag war und Johannes Rau die hervorragende Leistung dieses privaten Pferdezüchters gerühmt hat. Soll er jetzt auch Beamter werden?

(Beifall bei der FDP - Zuruf von Ministerin Bärbel Höhn)

- (B) Nein, liebe Freunde, wir müssen uns dazu durchringen, staatliche Beteiligungen und staatliche Tätigkeiten auf das unabdingbare Mindestmaß zu reduzieren. Der Staat hat sich zu viele Aufgaben an Land gezogen. Er kommt mit seinem Geld nicht hin. Sie hingegen bemühen sich darzulegen, dass diese Finanznot sozusagen dritten höheren Kräften zuzuschreiben sei.

Ich will einen nächsten Punkt ansprechen, der mich persönlich ärgert. Als 1989 die Mauer geöffnet wurde und wir Schritt für Schritt die Einheit in einem Tempo, wie ich es nicht erwartet hätte, bekamen, standen Sie wie wir - die damalige Regierung wie die damalige Opposition - vor der Frage, wie man das absolute, von uns nicht erwartete ökonomische Desaster, das strukturelle Desaster der ehemaligen DDR, in einer möglichst schnellen Zeit würde überwinden können.

Es war für mich als Bundesminister für Wirtschaft keine fröhliche Aufgabe, zu diesem Zweck eine Steuererhöhung vorzuschlagen. Ich habe es damals getan. Das tut ein Wirtschaftsminister nie gerne. Aber ein solches Paket von 150 Milliarden DM pro Jahr mal eben so in den Osten zu transferieren, hätte keine Regierung dieser Welt, ohne die Bürger dafür in Anspruch zu nehmen,

finanzieren können. Zumindest das hätten Sie (C) erwähnen können.

(Beifall bei der FDP und einzelnen Abgeordneten der CDU)

Im Übrigen hatte ich damals mit vielen Sozialdemokraten in dieser Frage ein ziemliches Einverständnis. Es gab einen, der alles besser wusste, und der sich dann auch auf etwas merkwürdige Weise verabschiedet hat.

Herr Ministerpräsident, Sie haben erklärt: Ich stecke mir hohe Ziele. Das hat mir auch nicht gepasst. Dann haben Sie, an meine Adresse gerichtet - vermutlich auch an die von Herrn Rüttgers, aber ich habe mich angesprochen gefühlt, weil Sie es vorher so formulierten - gesagt: Die Schlimmsten sind die, die sich keine Ziele stecken. - Andere Ziele sind aber doch auch Ziele. Man muss doch nicht Ihre Ziele teilen, um gleich der Schlimmste zu sein.

In der Bildungspolitik stellen wir uns im Moment andere Ziele als Sie, jedenfalls andere als Frau Behler.

Fangen wir mit dem Abitur nach zwölf Jahren an. Sie wissen, das es mit Ihrer Methode nichts werden wird. (D)

(Beifall bei der FDP und einzelnen Abgeordneten der CDU)

Sie werden vielleicht hinterher darauf berufen können, theoretisch wäre es in jeder Stadt an dieser oder jener Schule möglich, das Abitur nach zwölf Jahren abzulegen. Wir haben jedoch mit der Schulpolitik dafür zu sorgen, dass in kürzerer Zeit flächendeckend mehr Qualität produziert wird. Wir sind allmählich das einzige Land, dass den Schülerinnen und Schülern 13 Jahre abverlangt. Warum kommen unsere akademischen Nachwuchskräfte erst mit 28, 29 Jahren in berufliche Verantwortung und die in anderen Ländern mit 24 Jahren?

(Ministerpräsident Wolfgang Clement: Unsere sind besser!)

- Da sagen Sie, unsere sind besser. Das hat die Studie gerade hervorragend bewiesen. Es ist wirklich absurd. Ich behaupte nicht, dass unsere Schüler in jedem Punkt schlechter sind - das wird sich in einzelnen Bereichen unterschiedlich darstellen-, aber haben Sie bitte nicht die Hybris

(Jürgen W. Möllemann [FDP])

- (A) zu behaupten, die deutschen Hochschulabsolventen seien besser. Deswegen führen die deutschen Unternehmen immer häufiger zweijährige Trainee-kurse ein, damit die, die 14 Semester studiert haben, für das Erwerbsleben gebrauchsfähig gemacht werden, weil sie so gut sind. Das können Sie doch nicht ernst meinen.

(Beifall bei der FDP und von Heinz Hardt [CDU])

Nein, wir sind ziemlich weit von der Realität entfernt.

Mit dem Abitur nach zwölf Jahren wird es so nicht gehen. Man wird hier durch die Regierung festlegen müssen, dass die Lerninhalte und Lernabläufe obligatorisch so gestaltet werden, dass man sie in zwölf Jahren bewältigen kann. Wenn man die Schulen so ausstattet - übrigens auch mehr Ganztagsbetrieb in allen Schulformen offeriert -, ist das auch ohne Qualitätsverlust zu machen.

Der letzte Punkt, den ich ansprechen will, betrifft im Bereich der Bildungspolitik Ihren Umgang mit den beiden Studien TIMSS und PISA.

- (B) Heute haben Sie wieder, obwohl Sie das Wort ergriffen haben, außer einer allgemeinen Absichtserklärung dazu nichts gesagt. Sie, Herr Ministerpräsident, haben sich nicht einmal hinter den Beschluss des Forums Bildung und dessen 12 Handlungsempfehlungen gestellt.

(Vorsitz: Vizepräsident Jan Söffing)

Das sind die Handlungsempfehlungen der Bildungsminister.

(Ministerin Gabriele Behler: Nein!)

Jede einzelne dieser Handlungsempfehlungen kostet Geld. Machen Sie sich nichts vor, es sei denn, Sie belassen es bei Belanglosigkeiten.

Wenn Sie, Herr Ministerpräsident, ankündigen, in einem Nachtragshaushalt - die Finanzen für die Handlungsempfehlungen sind nicht in diesem Haushalt - die Mittel zur Verfügung zu stellen, um die Mängel, die in der PISA-Studie festgestellt worden sind, zu beheben und die Maßnahmen aus den Handlungsempfehlungen des Forums Bildung zu finanzieren, dann wäre das ein konkreter Schritt. So haben Sie es bei allgemeinen

unverbindlichen Erklärungen belassen und so werden wir die Situation nicht verbessern. (C)

Es gibt mit Blick auf unser Land keinen Grund zur Schwarzweißmalerei. Vieles ist okay. Aber es gibt auch eine Menge Mängel und deshalb ebenso wenig Anlass für Schönfärberei, wie Sie sie vorhin betrieben haben. Das weihnachtliche Leuchten war in Ihren Augen geradezu zu spüren. Es war so, als würden Sie überall auf den Tannenspitzen goldene Lichtlein blitzen sehen, aber die Misstände lieber nicht.

Wir werden, solange es notwendig ist - weil eine falsche Regierung regiert -, den Blickwinkel der Öffentlichkeit darauf richten. Ich habe Ihnen gesagt: Nach dem 22. September ändert sich ohnehin sehr vieles.

(Beifall bei der FDP)

Vizepräsident Jan Söffing: Vielen Dank, Herr Möllemann. - Für die Landesregierung hat jetzt Herr Minister Steinbrück das Wort.

Peer Steinbrück, Finanzminister: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Keine Frage, Herr Möllemann: nicht Wahrheit durch Mehrheit! Ich habe keine Probleme mit der Stellungnahme des Landesrechnungshofes. Sie ist ausgiebig debattiert worden. Ich habe nur andere Landesrechnungshöfe ebenfalls im Blick. Da muss man wissen, dass der hessische Landesrechnungshof sogar die Bildung einer Rücklage aus Krediten ausdrücklich zulässt. (D)

Der entscheidende Hinweis, Herr Rüttgers, ist: Wir bilden keine Überschüsse und haben keine Rücklagen aus Krediten gebildet, sondern aus Steuermehreinnahmen und nicht abgeflossenen Mitteln, also Ausgabeminderungen. Das ist der entscheidende Unterschied, abgesehen davon, dass Sie sich in Vorbereitung Ihrer Klageführung, Herr Hardt, wie Sie sicherlich wissen, sehr genau mit dem Gesamtdeckungsprinzip nach der Landeshaushaltsordnung vertraut machen sollten. Mich wundert, wie Sie sich dort aufbauen.

Ich habe noch einmal in die Annalen geguckt: Die Debatte geht inzwischen in der Tat über sechs, sieben, acht, neun Landtagssitzungen, beginnend

(Minister Peer Steinbrück)

(A) mit dem Ende der 80er-Jahre. Deshalb bin ich sehr gelassen, was Ihre Klage in Münster betrifft. Ich habe immer noch nicht richtig herausbekommen, ob sie sich gegen die Rücklagenbildung in der Vergangenheit oder gegen den Haushaltsplanentwurf 2002 richtet. Das ist immer noch nicht erkennbar. Ich wäre sehr dankbar, wenn Sie das einmal aufklären würden.

Ich bin nicht zuletzt sehr gelassen vor dem Hintergrund unserer Stellungnahme zu dem Birk-Gutachten, die wir dem Haushalts- und Finanzausschuss haben zukommen lassen.

Noch einmal, Herr Möllemann: Wahrheit nicht durch Mehrheit, aber eingedenk dessen, was Sie vorher gesagt haben, auch nicht Bürgerbefragung statt Wahlen. Man hat den Eindruck, dass Sie die Umfrageergebnisse für die FDP schon in Anspruch nehmen für die Zusammensetzung von Parlamenten.

(Jürgen W. Möllemann [FDP]: Im September!)

Wenn ich es richtig sehe, haben Sie die Hoffnung, dass Sie in den Umfragen langsam 102 % bis 103 % erreichen. Aber das funktioniert noch nicht so richtig.

(B) (Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD)

Ich habe den Eindruck, dass sich die Auffassung der CDU zu den verfassungsrechtlichen Fragen "Nettokreditaufnahme" und "Rücklagenbildung" im Zeitablauf gewandelt hat. Sie argumentieren unterschiedlich - ein bisschen nach dem alten Aphorismus von Tallerand, der da lautet: "Hochverrat ist eine Frage des Datums" oder offenbar des Ortes, wo er begangen wird. - Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Jan Söffing: Vielen Dank, Herr Minister. - Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor, sodass wir damit die Beratungen zum Haushalt schließen können.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir kommen jetzt zur **Abstimmung**. Wir stimmen zunächst ab über das **Gemeindefinanzierungsgesetz**, und zwar entsprechend der **Beschlussempfehlung** des Haushalts- und Finanzausschusses **Drucksache**

13/1902. Der Haushalts- und Finanzausschuss empfiehlt in dieser Drucksache, den Gesetzentwurf der Landesregierung in der Fassung nach der zweiten Lesung abzulehnen. (C)

(Beifall bei CDU und FDP)

Wer dieser Empfehlung des HFA zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Wer stimmt dagegen? - Wer enthält sich? - Damit ist die ablehnende Beschlussempfehlung des HFA mit den Stimmen der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimmen der CDU-Fraktion und FDP-Fraktion **abgelehnt**.

Als Nächstes kommen wir zur Abstimmung über den Gesetzentwurf in der Fassung nach der zweiten Lesung. Wer diesem Gesetzentwurf zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. - Wer stimmt dagegen? - Wer enthält sich? - Damit ist der Gesetzentwurf mit den Stimmen der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimmen der CDU-Fraktion und der FDP-Fraktion in der Fassung nach der zweiten Lesung entsprechend der **Beschlussempfehlung Drucksache 13/1817 angenommen**.

Wir kommen jetzt zur Abstimmung über das **Haushaltsgesetz 2002**. Der Haushalts- und Finanzausschuss empfiehlt in seiner **Beschlussempfehlung Drucksache 13/1900**, den Gesetzentwurf der Landesregierung in der Fassung nach der zweiten Lesung einschließlich der vom Ausschuss zur dritten Lesung beschlossenen Änderungen anzunehmen. Wer dem zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. - Wer stimmt dagegen? - Wer enthält sich? - Damit ist der Gesetzentwurf in dritter Lesung mit dem Stimmen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimmen von CDU und FDP **angenommen**. (D)

Wir kommen drittens zur **mittelfristigen Finanzplanung** für die Jahre 2001 bis 2005 entsprechend der **Beschlussempfehlung** des Haushalts- und Finanzausschusses **Drucksache 13/1901**. Diese bitte ich zur Kenntnis zu nehmen. Das haben wir damit **festgestellt**.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir kommen jetzt zur Abstimmung über insgesamt acht Entschließungsanträge in der Reihenfolge der Übersicht, wie sie Ihnen vorliegt, sowie über zwei weitere Entschließungsanträge der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. Das sind die ausgeteilten Drucksachen 13/2114 und 13/2115.

(Vizepräsident Jan Söffing)

- (A) Wir stimmen zunächst ab über den **Entschließungsantrag** der FDP-Fraktion **Drucksache 13/2094**, Stichwort "'Abitur nach 12 Jahren' in NRW generell einführen". Wer diesem Entschließungsantrag zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. - Wer stimmt dagegen? - Wer enthält sich? - Damit ist der Entschließungsantrag mit den Stimmen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimmen von CDU und FDP **abgelehnt**.

Wir kommen jetzt zum **Entschließungsantrag** der Fraktion der CDU **Drucksache 13/2095**, Stichwort "Abitur nach 12 Jahren in Nordrhein-Westfalen einführen".

Meine Damen und Herren, die Fraktion der CDU hat gemäß § 53 unserer Geschäftsordnung eine **namentliche Abstimmung** beantragt. Nach Abs. 2 dieses Paragraphen erfolgt namentliche Abstimmung durch Aufruf der Namen der Abgeordneten. Die Abstimmenden haben bei Namensaufruf mit Ja oder Nein zu antworten oder zu erklären, dass sie sich der Stimme enthalten.

Ich darf den Kollegen Karsli bitten, mit dem Namensaufruf zu beginnen.

(Unruhe)

- (B) - Meine Damen und Herren, ich bitte um etwas Ruhe, damit bei uns die Antwort richtig ankommt und wir zügig arbeiten können.

(Der Namensaufruf erfolgt.)

Meine Damen und Herren, hat jeder von Ihnen die Stimme abgegeben?

(Holger Ellerbrock [FDP]: Ich noch nicht! Ich stimme mit Ja!)

- Kollege Ellerbrock hat mit Ja gestimmt.

Sonst noch jemand, der an der Abstimmung bisher nicht teilgenommen hat? - Das ist nicht der Fall.

Damit schließe ich die Abstimmung. Wir zählen die Stimmen aus und geben das Ergebnis gleich bekannt.

(Die Stimmenauszählung erfolgt.)

Ich möchte Ihnen das **Ergebnis** (siehe Anlage) der namentlichen Abstimmung bekannt geben: Mit Ja haben gestimmt 103.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Mit Nein haben gestimmt 116.

(C)

Damit ist der **Entschließungsantrag Drucksache 13/2095 abgelehnt**.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD)

Wir fahren fort in der Abstimmung über die Ihnen vorliegenden Entschließungsanträge.

Wir kommen jetzt zum **Entschließungsantrag** der Fraktion der CDU **Drucksache 13/2096**: "Rettet die Kommunen - Erhöhung der Gewerbesteuerumlage zurücknehmen". Wer stimmt für diesen Entschließungsantrag? - Wer stimmt dagegen? - Wer enthält sich? - Damit ist dieser Entschließungsantrag mit den Stimmen von SPD und Bündnis 90/Grünen gegen die Stimmen von CDU und FDP **abgelehnt**.

Wir kommen jetzt zum **Entschließungsantrag** der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Grüne **Drucksache 13/2097**: "PISA benennt Defizite an deutschen Schulen". Wer stimmt für diesen Entschließungsantrag? - Wer stimmt dagegen? - Wer enthält sich? - Damit ist der Entschließungsantrag mit den Stimmen von SPD und Bündnis 90/Grünen gegen die Stimmen von CDU und FDP **angenommen**.

(D)

Wir kommen zum **Entschließungsantrag** aller vier Fraktionen **Drucksache 13/2098**, Stichwort "Integrationsoffensive". Wer stimmt für diesen Entschließungsantrag? - Wer stimmt dagegen? - Wer enthält sich? - Damit ist dieser Entschließungsantrag einstimmig **angenommen**.

Wir kommen zum **Entschließungsantrag** der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Grüne **Drucksache 13/2110**, Stichwort "Konsolidierung des Haushalts". Wer stimmt für diesen Entschließungsantrag? - Wer stimmt dagegen? - Wer enthält sich? - Damit ist dieser Entschließungsantrag mit den Stimmen von SPD und Bündnis 90/Grünen gegen die Stimmen von CDU und FDP **angenommen**.

Wir kommen zum **Entschließungsantrag** der Fraktion der FDP **Drucksache 13/2111**, Stichwort "Haushaltspolitische Wende". Wer stimmt für diesen Entschließungsantrag? - Wer stimmt dagegen? - Wer enthält sich? - Damit ist dieser Entschließungsantrag mit den Stimmen von SPD und Bündnis 90/Grünen gegen die Stimmen der FDP bei Enthaltung der CDU **abgelehnt**.

(Vizepräsident Jan Söffing)

- (A) Wir kommen zum **Entschließungsantrag** der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Grüne **Drucksache 13/2112**, Stichwort "Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung durch Gemeindefinanzreform". Wer stimmt für diesen Entschließungsantrag? - Wer stimmt dagegen? - Wer enthält sich? - Damit ist dieser Entschließungsantrag einstimmig **angenommen**.

Wir kommen zum **Entschließungsantrag** der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Grüne **Drucksache 13/2114**: "Familienselbsthilfe unterstützen und verlässlich fördern". Wer für diesen Entschließungsantrag stimmt, den bitte ich um das Handzeichen. - Wer stimmt dagegen? - Wer enthält sich? - Damit ist dieser Entschließungsantrag mit den Stimmen von SPD und Bündnis 90/Grünen bei Enthaltung von CDU und FDP **angenommen**.

Wir kommen jetzt zum **Entschließungsantrag** der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Grüne **Drucksache 13/2115**: "Soziales Frühwarnsystem weiterentwickeln". Wer stimmt für diesen Entschließungsantrag? - Wer stimmt dagegen? - Wer enthält sich? - Damit ist dieser Entschließungsantrag mit den Stimmen von SPD, Bündnis 90/Grünen und CDU bei einigen Gegenstimmen der FDP und einigen Enthaltungen der FDP **angenommen**.

(B)

Meine Damen und Herren, damit haben wir die **Haushaltsberatungen** für das Haushaltsjahr 2002 **abgeschlossen**.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Wir kommen jetzt zu:

3 Situation der Sportvereine in NRW

Große Anfrage 3
der Fraktion der CDU
Drucksache 13/705

Antwort
der Landesregierung
Drucksache 13/1337 - Neudruck

Ich eröffne die Beratung und erteile zunächst Frau Kollegin Dr. Schraps für die CDU-Fraktion das Wort.

(C) **Dr. Annemarie Schraps (CDU)**: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Große Anfrage "Situation der Sportvereine in Nordrhein-Westfalen" hat in ihren zehn Fragen eine umfassende Analyse der Sportvereine in Nordrhein-Westfalen gefordert. Die Anfrage hat bei den Verbänden und Vereinen große Zustimmung hervorgerufen. Weniger Freude herrschte allerdings über Teile der Antwort der Landesregierung.

Die Große Anfrage ist im Juni beantwortet worden. Heute haben wir sie endlich im Plenum, zwar nicht an hervorragender Stelle, was sich alle Sportler gewünscht hätten, aber immerhin als Tagesordnungspunkt 3.

Lassen Sie mich mit einem Dank an die Vereine beginnen, und dies insbesondere im ausklingenden Jahr der Freiwilligen. Wir wissen alle, dass das Ehrenamt nicht selbstverständlich ist. Aber Sport läuft nur mit Ehrenamt. Es wird immer schwieriger, Menschen zu finden, die freiwillig Verantwortung übernehmen. Die Forderung, dem Ehrenamt in allen Bereichen unseres Lebens eine spürbare und nachhaltige Anerkennung zu geben, um das Sich-Zurückziehen Freiwilliger in vielen Bereichen der Gesellschaft einzudämmen, hat bisher leider wenig Erfolg gezeigt.

(D)

Zwar wird überall eine Wertschätzung für das Ehrenamt zum Ausdruck gebracht, aber spätestens bei der Forderung, dem Sport über Medaillen, Orden und Urkunden hinaus durch einen gewissen finanziellen Dauereinsatz auch vonseiten des Landes und des Bundes zu helfen, herrscht zumeist betretenes Schweigen. Die Anfrage der CDU-Fraktion und die Antwort der Landesregierung zeigen deutlich, welche Aufgaben der Sport zum Wohle des Gemeinwesens wahrnimmt. Zugleich aber wird deutlich, welche Stellung ihm von der Landesregierung eingeräumt wird.

Bei einer differenzierten und ausführlichen Beantwortung aller Fragen hätte die große Chance einer objektiven Bewertung der fundamentalen Aufgaben des Sportes sowie der Ressourcen bestanden, die ihm von höherer Stelle dafür zugebilligt werden. Mit den Verbänden sage ich, dass hier ein Missverhältnis zuungunsten der Ressourcen deutlich würde.

Insofern macht es uns auch betroffen, wenn die Landesregierung in ihrer Antwort auf die Große Anfrage darauf hinweist, dass sie eine Fülle von